



Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll (Bandabschrift)
der 13. Sitzung – Teil 2
- endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 17. Dezember 2020, 11.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.600

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Öffentliche Beweisaufnahme (Fortsetzung)

Seite

Zeuge Wolfgang Schmidt

2

* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn der Bandabschrift
0.00 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Wolfgang Schmidt

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wurden in diesem Kontext des Finanzdialogs irgendwann einmal Warnungen zu Wirecard an Sie heran getragen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie war das, das habe ich mich noch gefragt, eigentlich der zum Amtsantritt also sozusagen. Unser Untersuchungsauftrag – der Zeitraum – der geht ja über mehr als eine Legislaturperiode. War bei der Amtsübernahme das Unternehmen irgendwann mal Thema?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Bei mir zumindest nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und ist auch in den Akten, im Aktenstudium, in der Aufbereitung aufgetaucht, dass es davor mal Thema war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich habe jetzt nicht alle Akten – sonst hätte Herr Hauer recht, dann würde das an mir liegen mit der Verzögerung – angeguckt. Das ginge nicht. Sondern das wird natürlich dann von den jeweiligen aktenvorlagepflichtigen Stellen gemacht. Deswegen kann ich ehrlicherweise zur Frage, ob das irgendwo anders eine Rolle spielte oder nicht, wenig sagen. Ich habe mir natürlich die Kleinen Anfragen angeguckt. Da wissen wir, dass Wirecard einmal auftauchte bei einer Sitzung, glaube ich, des Fintech*-Gremiums mit dem jetzigen Gesundheitsminister. Aber das war jetzt keine Sache, die irgendwie bei mir zumindest in meinen Amtsgeschäften irgendwo aufgetaucht wäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Hat das Top-Management von Wirecard eigentlich mal versucht, irgendwie Kontakt aufzunehmen, also Herr Braun, Herr Marsalek, Herr Ley?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also mit mir jedenfalls nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, und auch nicht über andere Lobbying-Agenturen, Firmen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, und auch dazu gab es ja schon die eine oder andere Kleine Anfrage, die wir wahrheitsgemäß auch unter den weiten Gesichtspunkten beantwortet haben, dass ich glaube alle Kontakte, die mit der Spitze des Bundesfinanzministeriums mit Wirecard bestanden haben, sind* öffentlich. Und das hatte ich ja vorhin geschildert, das war das Gespräch meines Kollegen Kukies mit dem CEO und dann, glaube ich, eine Teilnahme* einer gemeinsamen Podiumsdiskussion und das war's.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie hatten ja vorhin schon auf die Frage vom Kollegen Toncar ausgeführt, dass Sie auch für eine ganze Reihe von anderen Unternehmen im Kontext des Finanzdialogs auch Fürsprache geführt haben. Ich meine, das ist wahrscheinlich ja auch insgesamt die ganze Idee des Finanzdialogs gewesen. Können Sie ungefähr schätzen, für wie viele DAX-Unternehmen dieser Finanzdialog am Ende relevant war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich ehrlicherweise nicht, und ich hatte ja versucht auszuführen ein bisschen, dass die Frage der Marktöffnung ein Element des Finanzdialogs war. Für mich als jemand, der sozusagen das G20-Geschäft betreibt, vorrangig, waren natürlich insbesondere auch die politischen Vereinbarungen von besonderer Wichtigkeit. Also ich muss da nochmal sagen, die ganze Frage der Schuldentransparenz, und dass wir mit den Chinesen da, aus meiner Sicht, tatsächlich einen Schritt weiter gekommen sind, was uns jetzt bei der sogenannten DSSI – Debt Service Suspension Initiative – sehr weiter hilft, nämlich der Frage, dass auch die Chinesen als einer der größten Gläubigerstaaten inzwischen sich dieser DSSI anschließen. Und die Grundvoraussetzungen dafür, dass man erstmal überhaupt ein Schuldenmoratorium macht, ist ja, dass man offenlegt, gegenüber welchen Staaten man als Gläubiger auftritt. Und das war mit der



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

chinesischen Seite sehr lange sehr, sehr schwierig. Es war eines unserer strategischen Ziele, auch als G7, dass wir das mit den Chinesen hinkriegen. Das gleiche gilt für das ganze Thema Steuerbekämpfung, Steuerbetrugsbekämpfung, die Frage Export Credits und so ein OECD-Guideline für Capital Flows. Und das Thema Marköffnung, da habe ich jetzt konkret in Erinnerung die Deutsche Bank, ich habe in Erinnerung die Allianz, ich habe mit Herrn Bäte dazu gemailt. Ich habe in Erinnerung CEINEX, also das Joint Venture der Deutschen Börse, mit denen ich da in Kontakt stand, und für die ich mich eingesetzt habe. So, und dann sind aber auch andere Versicherungen, Ergo, mal aufgetaucht und verschiedene. Und dann eben das große Interesse Deutschlands, da geht es natürlich auch um die, sagen wir mal, Brexit-Folgen, den Finanzplatz Frankfurt zu stärken, und chinesische Banken auch dazu zu bringen, hier ein* EU-Hub zu öffnen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie, das ist ja auch noch eines der Themen um das es immer geht, wo auch behauptet wurde, man hätte die Kanzlerin vor der China-Reise, wo sie ja explizit Wirecard angesprochen hat beim Chinesischen Staatspräsidenten, sie vorher warnen müssen, und das BMF hätte die Kanzlerin warnen müssen. Gab es da irgendwann mal Überlegungen, und sind Sie der Meinung, dass das irgendwie notwendig gewesen wäre zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Erstens weiß ich nicht, bei wem die Bundeskanzlerin das angesprochen hat,* die* Frage einer Warnung.* Ich frage da so ein bisschen: wovor? Also ich hatte ja vorhin versucht, ein bisschen aufzuschlüsseln, dass mit den damaligen Kenntnissen, aber auch in der Betrachtung jetzt nochmal, nachträglich der Presseberichterstattung, da kommen wir vermutlich zu etwas unterschiedlichen Einschätzungen. Aber zum Zeitpunkt der Reise der Kanzlerin und auch zum Zeitpunkt meiner Mail* wir sozusagen in der Mitte waren*, zwischen den Vorwürfen, die im Januar/Februar in der FT erhoben worden sind, die dann aber aus meiner Sicht, sehr deutlich durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer EY, ich will nicht sagen, ausgeräumt wurden. Aber da wurde dir*

am Ende gesagt, 1,5 Millionen in Wertberichtigung seien nötig gewesen. Und es sei ein Compliance-Problem und eine Frage der Struktur, es hätte keinen Prüfungsausschuss gegeben. Man hätte jetzt* müssen* den Aufsichtsrat professionalisieren, und damit ist sozusagen dieser Vorwurf - *- Mit Statements von Braun „wir haben Fehler gemacht und sind so schnell gewachsen“ und ich weiß nicht, was er da alles auf der Bilanzpressekonferenz - *- Breit* berichtet, Spiegel-Online, Handelsblatt glaube ich, zwei Seiten. So stelle ich mir ein bisschen die Frage: Vor was genau hätte man denn warnen sollen? Und nochmal, es handelte sich um ein DAX 30-Unternehmen, das sich auf den deutsch-chinesischen Finanzdialog, eine vereinbarte Öffnung, die im strategischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland lag, berufen hat. Auf welcher Grundlage hätte die Frau Bundeskanzlerin oder hätte ich jetzt sagen sollen, nein, machen wir nicht? Hätte ich jetzt auch für schwierig empfunden. Aber das sind Fragen, die werden sie* sicherlich politisch bewerten. Da wird es den einen oder* anderen* geben, der das anders sieht, aber ich kann ja nur sagen, wie wir in der Haltung als Bundesregierung mit diesen Fragen umgehen. Und deswegen habe ich keinerlei Veranlassung, jetzt auch in der nachträglichen Sicht, das zu sagen. Und ich glaube, der Staatsminister im Bundeskanzleramt, der Kollege Hoppenstedt, hat ja in der Sondersitzung des Finanzausschusses auch relativ ausführlich zu diesem Themenkomplex Stellung genommen. Und ich würde mal sagen: weder habe ich aus dem Kanzleramt irgendwelche Vorwürfe gehört, noch habe ich das Gefühl, dass das Kanzleramt in irgendeiner Form sich nicht richtig verhalten hätte, und schon gar nicht die Frau Bundeskanzlerin.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Dankeschön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. Bevor ich jetzt an den Kollegen De Masi gebe, ist hier jemand, der mit uns sogar in seinen Geburtstag hinein feiert, ein lieber Kollege der CDU/CSU-Fraktion wird heute 43 Jahre alt, alles Gute zum Geburtstag, Matthias Hauer.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich bedanke mich und wünsche mir von Euch allen und Ihnen allen zusätzliche Redezeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ich bin gleich großzügig, eine Minute ist bestimmt drin. Okay, dann gebe ich an den Kollegen De Masi weiter für die Fraktion Die LINKE

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, ich wünsche mir erstmal, dass der Kollege Hauer eine Runde schmeißt, nachher draußen, und dann können wir weiter reden. Guten Morgen, Herr Staatssekretär, wir duzen uns, das sieht man ja auch auf Twitter, also nicht nur bei Herrn Gersker, auch selbst wir duzen uns. Ich verwende jetzt aber das „Sie“, weil ich das angemessen finde, weil wir hier einen Untersuchungsauftrag haben, nur nicht wundern. Ich stell diese Frage jetzt, weil wir sie schon so oft gestellt haben, Herr Staatssekretär, ich vermute, Sie haben keine Aktien von Wirecard besessen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, und will ich, wie ich sagte, auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist auch zu empfehlen. Ich habe eine Frage, die mich die ganze Zeit so umtreibt in dem ganzen Prozess, den wir jetzt seit Sommer dargestellt bekommen haben. Herr Hoppenstedt vom Kanzleramt bei uns im Finanzausschuss. Da wurde uns im Prinzip gesagt, es gab diesen Finanzdialog, und dann – Peng – kam Herr Guttenberg, und auf einmal haben die gepasst wie Schlüssel ins Schloss, Wirecard, und dann haben wir uns da engagiert. Wir sehen, dass Herr Fritsche, Herr Ley im Kanzleramt waren und dort erst einmal das Fernostgeschäft von Wirecard angeblich vorgestellt haben. Gleichzeitig haben wir hier aber einen sehr langen Vorlauf. Wenn ich hier in die Akten gehe, die ich jetzt nicht zitieren darf, ich glaube das kann man sagen, sieht man, dass es ja auch schon diesen „Hamburg Summit“ gab, der war im Jahr 2018. Korrekt? Und dort gab es ja Gespräche von Liu He mit der Kanzlerin und Olaf Scholz im Vorfeld in Berlin, und Vorbereitungsunterlage für dieses Gespräch mit dem Petitor* war auch bereits Wirecard. Korrekt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, das vermengt jetzt ein bisschen was. Ich glaube, die Frage Wirecard, in dem Vermerk der Botschaft, war jetzt nicht nur auf dieses Gespräch bezogen. Sondern das war eine Abfrage aufgrund der Bitte von dem Liao Min, also meinem Counterpart, an den Botschafter, dass man die Bitten, die Petita, die Sorgen der deutschen Unternehmen, haben wolle. Und das wurde dann ja aggregiert, was ich schilderte mit Frau Braun-Werner und dieser Liste, Federführung BMWi, zusammengestellt. Und die Botschaft hat in dem Drahtbericht, in dem sie berichtet über dieses Gespräch des Botschafters mit dem Vizeminister, angefügt die an der Botschaft anliegenden Punkte. Was ich noch sagen wollte, das ist ja dann nicht aufgegriffen worden und* in die Liste*, die Sie auch kennen*, der Punkte, die aus Sicht Deutschlands angesprochen, oder als sozusagen* Themen adressiert werden sollten, gegenüber den Chinesen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Naja, wir entnehmen den Unterlagen ganz deutlich, dass ja dann im Januar 2019 bei dem deutsch-chinesischen Finanzdialog mit Olaf Scholz, dass dort ja offenbar Wirecard thematisiert wurde, und auch dort etwas als eine Weisung verstanden wurde. So wird das ja - - Das haben wir jetzt an diesem Abend ja schon häufiger verlesen, nämlich dass man sich dem Prozess nicht mehr im Wege stellen soll. Ich frage nochmal, weil seit 2018 war offenbar Wirecard Thema in Gesprächen auf hochrangiger politischer Ebene, und das lässt sich den Unterlagen so entnehmen, ich kann es auch nochmal gerne dann vorlegen. Und jetzt frage ich mich: Wie kann es sein, dass man sich auf hochrangiger politischer Ebene einsetzt, aber dann am Ende - - Also erstens interessiert man sich offenbar nicht für den Übernahmekandidaten, das wundert mich. Also von Ihnen findet sich hier eine E-Mail auf den Yahoo-Account von einer Person, wo mal so irgendwas zu AllScore Payment zusammengesammelt wird. Eine Nachfrage, ob sich was da finden lässt in Bezug auf die Strafe. Das war schon danach, also als das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Wie kann das sein, dass man so enorme Ressourcen wie den Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, die Bundeskanzle-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

rin für dieses Unternehmen mobilisiert über einen so langen Zeitraum, und man geht nicht einmal auf Google?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da müssen wir, glaube ich, mal ein bisschen sortieren, weil Sie jetzt etwas tun, was ich hin und wieder auch auf Twitter erlebe. Sie vermengen Dinge, die nicht zusammen gehören, bringen Zeiten durcheinander und arbeiten mit Unterstellungen. Und deswegen würde ich dann doch gerne mal die Unterlage, von der Sie reden, gleich nochmal gemeinsam mit Ihnen beschauen. Wirecard wurde, wie ich mehrfach - -

Zwischenruf

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, dann machen wir das jetzt, dann halten wir die Zeit an.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, jetzt lassen Sie mich auch mal antworten, bitte.

Zwischenruf

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, aber dann halten wir jetzt die, Moment, wir halten jetzt die Zeit an.

Zwischenrufe

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, entschuldigen Sie, Wirecard, Sie hatten mir eine Frage gestellt, Herr Vorsitzender, ich darf doch bitte auch eine Frage beantworten, also wir sind hier nicht im amerikanischen Schauprozess, wo mit Unterstellungen gearbeitet wird.

Zwischenrufe

Fabio De Masi (DIE LINKE): Entschuldigung, Herr des Verfahrens bin bei der Befragung ich, wenn Sie eine Unterlage sehen wollen, dann legen Sie die vor und dann wird die Zeit unterbrochen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hab gesagt, danach - -

Zwischenruf

Vorsitzender Kay Gottschalk (AfD): Herr De Masi, Herr De Masi, wir stoppen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Moment, wenn Sie ein Problem damit haben, dass die Zeit unterbrochen wird, dann sieht das nicht gut aus, das will ich gleich sagen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr De Masi, Sie arbeiten schon wieder mit Unterstellungen, ich habe alle Zeit der Welt. Ich sitze hier mit Ihnen und feiere den Geburtstag vom Kollegen Hauer bis sechs Uhr morgens und freue mich darauf. Insofern können wir - - Und Sie haben, glaube ich genug Runden, ich bin völlig entspannt. Ich wollte nur, ich hatte gesagt, ich würde gern - -

Zwischenrufe

Vorsitzender Kay Gottschalk (AfD): Herr Schmidt, ganz kurz, ich möchte das jetzt - -

Zwischenrufe

Vorsitzender Kay Gottschalk (AfD): ... weil wir haben bisher immer gestoppt, das tun wir auch weiter. Die Stoppuhr steht. Sie können jetzt vorlegen. Ein wenig gebe ich auch drauf und Sie haben gleich natürlich vollumfänglich die Möglichkeit, alles zu beantworten.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Vorsitzender, dürfte ich trotzdem fragen ob ich erstmal die Frage/Antwort - - Und dann darf Herr De Masi vorlegen, weil ich glaube, es gehen ja hier ein paar Dinge durcheinander. Also, Wirecard - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das geht dann nicht mehr, weil dann ist die Zeit rum, aber wie Sie wollen.

Zwischenrufe

Vorsitzender Kay Gottschalk (AfD): Großzügig, weil wir damit mindestens jetzt mit der Diskussion eine Minute verloren und die eine Minute - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich versuche sehr schnell zu reden, also das Thema wurde nicht hochrangig thematisiert, anders als Sie jetzt eben



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

behauptet haben. Herr Scholz hat das Wort Wirecard im Zusammenhang mit dem deutsch-chinesischen Finanzdialog kein einziges Mal in den Mund genommen* Und ich hatte auch geschildert, dass die Frage, auf die sich Wirecard*, dieser Paragraph und dieser Absatz*, bezogen hat, nicht von der deutschen Seite kam, sondern von der chinesischen Seite. Die Frage der* „Hamburg Summit“: der findet alle zwei Jahre in Hamburg statt. Ich hatte in meiner alten Tätigkeit das Vergnügen – der wird von der Handelskammer organisiert – das hin und wieder zu unterstützen. Ich halte das für eine sehr, sehr sinnvolle Veranstaltung. Und die Frage Wirecard spielte, das hatte ich aber auch geschildert, weder bei den Gesprächen mit Liu He, noch in der Vorbereitung der Gespräche mit Liu He eine Rolle. So. Dann hat Wirecard auch nicht eine Rolle gespielt bei den Diskussionen zum Finanzdialog in Peking. Sie beziehen sich vermutlich auf eine Mail von Herrn Ley, in der er sich offenbar überschwänglich bedankt, wie ich hinterher wahrgenommen habe, dass das sozusagen die Türen geöffnet habe. Ich kann nur sagen, für Mails von Unternehmensvertretern kann ich nichts. Sie haben aber mit dem Tatbestand und dem Sachverhalt, wie er sich darstellt, nichts zu tun. Deswegen hat sich niemand bis dann*, wenn Sie mich zur hochrangigen politischen Ebene zählen*, im Juni, und die Frau Bundeskanzlerin ja sicherlich im Anfang September, für das Unternehmen Wirecard eingesetzt. Und es hat auch keine, in irgendeiner Form, Art Kampagne oder so etwas gegeben dafür. Und die Frage AllScore*, haben Sie netterweise darauf hingewiesen, da ging es um die Frage, dass ich in einem Pressartikel mit, ich glaube sogar mit einer von Ihnen stammenden Behauptung, konfrontiert wurde, nach dem Motto: „Wir hätten doch zum Zeitpunkt der Mail oder des Einsatzes von der Bundeskanzlerin, von der im Mai, wenn ich das richtig erinnere, 2020 verhängten Strafe der PBoC gegen All Score wissen müssen“. Und da habe ich gesagt, das ist nicht so. Und dann gab es, glaube ich, von Ihnen einen Hinweis auf eine Website – Caixin, wenn ich mich richtig erinnere. Und dann habe ich einen Freund gebeten, der des Chinesischen mächtig ist, deswegen auch seine Yahoo-Adresse, und habe ihn gebeten, ob er mal - *- Ich hatte mit dem Google-Übersetzer*. Denn ich habe ja gesagt, ich

habe die Sommerferien, genau wie Sie, auch mit Wirecard verbracht. Und ich habe ja auch versucht rauszufinden: Haben wir was falsch gemacht? Hätten wir was anders machen müssen?* Und ich wehre mich aber auch gegen diese Art von Unterstellungen, die dann kamen. Und das wollte ich tun können. Und deswegen habe ich mir das angeguckt und habe gesehen: anders, als da berichtet worden ist, war dieses Unternehmen bzw. der Geschäftsführer dieses Unternehmens mitnichten Gegenstand der Berichte. Das war der Sachverhalt. Das hat sich aber alles zugetragen. Vielleicht zitieren Sie das mal aus der Mail von Yahoo. Gefühlt irgendwann Juli/August 2020, da war das Unternehmen meines Wissens schon insolvent.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eine Frage noch?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, geht ja nicht mehr, ich bin über der Zeit. Und ich würde auch länger brauchen, jetzt hier einige Dinge einzuordnen, und deswegen machen wir das in der nächsten Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Finde ich fair. Alles klar, so machen wir das. Dann kommt jetzt der Kollege Bayaz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Herr Staatssekretär, willkommen in der Runde zu später Stunde. Ich würde gerne nochmal ein paar Sachen vorne weg mal für mich auch sortieren, auch was den Ablauf angeht. Sie haben vorhin auf eine Antwort von Herrn Hauer, herzlichen Glückwunsch, gesagt: „Bis auf die eine E-Mail hat Wirecard nie eine Rolle gespielt.“ Das ist ja übrigens gerade das Problem, warum wir auch hier sitzen, weil Wirecard offenbar an vielen Enden keine Rolle gespielt hat. Aber ich will die Zeitschiene nochmal ein bisschen einsortieren. Sie sagten auch, im Juno 2019, wie heißt diese Liste, ich habe den Namen vergessen, „Monitoringlist“, das war das Wort. Danke. Da ist das Thema irgendwie aufgekommen. Gleichzeitig, das hat uns auch der Bundesfinanzminister in der Sondersitzung im Sommer gesagt, hat er sich ab dem Februar 2019, als sozusagen auch die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Berichterstattung losging, sich immer wieder informieren lassen, das war seine Wortwahl. Es hat uns auch der Staatssekretär Kukies in einer kleineren Runde so gesagt. Wann denn jetzt? Ab wann war denn jetzt sozusagen das Thema Wirecard bei Ihnen im Haus auf dem Schirm?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, wie Sie wissen, und das ist ja, glaube ich, auch in der Chronik auch sehr sorgfältig abgebildet, müssen Sie ein bisschen unterscheiden. Ich habe geredet von der Frage, ob Wirecard eine Rolle gespielt hat im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs. Da ging es um die Frage, ob das Unternehmen sich in China, insbesondere durch den Erwerb von irgendwelchen vier landesweiten Payment-Lizenzen und dann später der Beteiligung an All-Score zu, wenn ich das richtig erinnere, 80 Prozent - - Praktisch an der Cross-Border-Payment und dann ihre Clearance und, was auch immer - - Sozusagen den Markteintritt kriegen kann. Das* andere Thema, und in diesem Zusammenhang hat Wirecard keine Rolle gespielt. Bis eben dann Gartzke sich bei mir gemeldet hat. Weil das sozusagen – das haben Sie, glaube ich, mit Herrn Peters, nehme ich an, erörtert – auf der Ebene Botschaft vor Ort gelaufen ist. Und dann gibt es natürlich den Prozess, für den ich allerdings nicht zuständig bin, sondern Kukies, die ganze Frage Bilanzkontrolle, Marktmanipulation usw. Und da haben Sie mitgekriegt, dass der Minister mit einem Vermerk vom 19.,* der dann bei ihm eingegangen ist, glaube ich am 21., informiert worden ist, über das, was die BaFin gemacht hat. Diese drei Dinge, einerseits die DPR in Bewegung setzen, wegen des Halbjahresabschlusses erstes Halbjahr 2018, zweitens Leerverkaufsverbot und drittens - -

Zwischenruf

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir drängeln, wir sind übrigens deswegen so ungeduldig, weil wir einfach megawenig Zeit haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Gut, aber ich glaube, es ist wichtig – weil wir ja immer wieder erleben, dass die Dinge auch durcheinander gehen – dass man sich die Zeit nimmt. Und ich glaube, dass

eine vernünftige Aufklärung auch eine saubere Abfolge der Dinge erfordert. So, und wenn Sie mich zu etwas fragen, dann glaube ich, ist es auch wichtig, damit es nicht alles durcheinander geht und, dass man - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen habe ich ja gesagt, die BaFin-Punkte waren gewusst. Sie haben ja dieses sogenannte Non-Paper geschrieben. Ist das ursprünglich - - Ist es eine Aufgabe der, sage ich mal, der Abteilung für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen, dass Sie sowas machen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin ja nicht der Leiter der Abteilung für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen, sondern Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen mit der Zuständigkeit für einerseits die Abteilung I und andererseits die Leitungsabteilung. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass es hier um eine hochpolitische Fragestellung geht. Und ich hatte Ihnen ja schon geschildert, dass ich im Wesentlichen meinen Sommerurlaub mit Wirecard verbracht habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, Sie sagen auch beim Non-Paper: „Das ist für Olaf und die Freunde“. Wer sind eigentlich die Freunde? Können Sie die mal namentlich nennen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie und verschiedene andere Abgeordnete.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN): Wie bitte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie, und verschiedene andere Abgeordnete. Mir ging es darum, ein Papier zu erstellen, das mal versucht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir haben das Papier ja gar nicht bekommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das ist ja auch nicht abgeschlossen, es ist niemals - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir mussten ja um Informationen, zum Teil - -



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, Herr Bayaz das stimmt nicht. Also entschuldigen Sie, aber wir haben uns bemüht – und ich glaube, das ist hin und wieder von einigen ihrer* Kollegen, ich glaube auch von Ihnen, anerkannt worden – wirklich so transparent wie wir und so schnell wie wir irgendwie konnten, zu agieren. Und ich habe mich bemüht, in einem Papier, das aber nie finalisiert worden ist, einmal das aus meiner Sicht, das so darzustellen, wie ich es sehe. Sie sehen, dass ich deswegen mit großer Freude bei Ihnen bin, weil ich jetzt endlich Gelegenheit habe, das auch mal im Zusammenhang zu erläutern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sind wir sehr froh, dass wir zum Freundeskreis des BMF dazu gehören. Wussten Sie eigentlich, dass Herr Gartzke für die E-Mail, sozusagen für die Bitte, als er an Sie heran getreten ist, dass er dafür ja bezahlt wird? Herr zu Guttenberg hat uns erzählt, da gab es verschiedene Meilensteine, BMF war auch einfach ein wichtiger Punkt. War Ihnen das in dem Moment bewusst, als Sie sozusagen auch die Information weiter gegeben haben, dass der dafür bezahlt wird, dass das im Auftrag eines Kunden stattfindet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, dass es im Auftrag eines Kunden stattfindet, davon bin ich ausgegangen, der Altruismus ist in diesen Kreisen nicht so weit verbreitet. Das ist ein bisschen das Schicksal - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg hat auch gerne Pro-Bono-Sachen gemacht, hat er uns vorhin gesagt, also von daher - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das freut mich für ihn und diejenigen, die davon profitieren. Aber ich hatte den Eindruck, dass er, wenn er geschäftlich tätig ist, dass er sich auch entlohnen lässt, wie fast jeder. Das gehört ein bisschen zum Schicksal ehrlicherweise, wenn Sie auf dieser Seite des Tisches sitzen. Sie haben ständig mit Leuten zu tun, die für das, was Sie – abgegolten mit dem sehr üppigen Gehalt eines Staatssekretärs – tun, sehr viel üppiger und noch üppiger bezahlt werden. Such is life. Also ich weiß, dass das System

ist, wie es ist. Olaf Scholz hat früher als Abgeordneter gerne mal, wenn Lobbyisten mit einem Unternehmensvertreter aufgetaucht sind, gesagt: „Sie wissen schon, dass Sie den Termin auch ohne den da gekriegt hätten?“ Und ich glaube, das ist eine ganz gute Haltung. Aber das Leben ist so, ich bin nicht naiv.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gilt jetzt aber nicht für Warburg-Termine, ja, aber das ist eine andere Geschichte, weil ich meine hier - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Soweit ich weiß, waren die allein bei ihm, ohne Berater.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin kein Hamburger, ich halte mich da raus.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Bei Olaf* bekommt man Termine, auch ohne Lobbyisten, das kann ich bestätigen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, vielleicht darf ich meine Befragung kurz weiterführen, weil ich bin jetzt auch schon in der Grenze der Zeit. Wann hat Herr Kukies Sie über den Termin informiert, den er mit Herrn Braun hatte, oder wie haben Sie davon erfahren?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Durch die Aufarbeitung, also dann, als wir diese Chronik erstellt haben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher war Ihnen das nicht bewusst? Hat er auch nie angekündigt, davor oder danach? Wen er da getroffen hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie kennen das Geschäft ja auch ein bisschen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen, ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich mich mit jedem und Herr Kukies* mit jedem seiner Termine austausche - - Ist so ein bisschen ähnlich wie – herzlichen Glückwunsch Herr Hauer – die Frage,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

die Herr Hauer gestellt hat: Wenn ich den Minister mit jeder meiner Mails sozusagen behellige, dann hätten wir nichts anderes zu tun, als* unsere Gespräche wechselseitig zu informieren. So funktioniert das nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat Herr Kukies jetzt, letzte Nachfrage, im Zuge der Aufarbeitung, haben Sie ihn sicherlich auch gefragt, oder er hat das sogar von sich aus erzählt, worum es in dem Gespräch ging?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das ist ja auch in der Antwort an den Bundestag ausgiebig erläutert worden, und wie Sie den Akten ja auch entnehmen können - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie es nochmal in Ihren Worten, das würde mich interessieren.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dann waren Herr Kukies und ich ja beide der Meinung, dass wir so transparent wie möglich sein sollten. Das bezog sich auf meine Mail, die ich Ihnen gerne vorgelegt hätte. Und Herr Kukies hat, wie Sie nachlesen können, ja auch sehr dafür plädiert, dass Ihnen die Gesprächsgegenstände auch erwähnt* werden. Und wenn Sie das erinnern aus der Chronologie und auch aus dem Vermerk, der Ihnen jetzt vorliegt – ich muss es jetzt aus dem Gedächtnis machen – dann war neben den Vorwürfen, die ja relativ frisch waren, verschiedene Fragen, was FinTechs angeht, Thema des Gesprächs.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Das Wort hat das Geburtstagskind, Matthias Hauer für die CDU/CSU.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Herr Staatssekretär. Ich würde gern zurückkommen auf den Juli 2019. Da sollte ja ein Treffen mit Ihnen in China stattfinden. Klar, das Treffen wurde letztlich abgesagt. Und da gibt es eine Mail vom 8. Juli 2019: „Lieber Yan, Themen werden sein - -“ ...und dann sind drei Themen, die geschwärzt sind, aufgezählt. Dann ist die vierte, das vierte Thema ist dann: „Payment-Lizenzen für Wirecard“. Und dann steht da: „Alles sehr unbequeme

Themen...“ Und da würde ich Sie erstmal fragen, ob Sie diese Einschätzung teilen, das was dort genannt ist, dass das alles unbequeme Themen waren?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn Sie nochmal sagen könnten, von wem diese Mail war, an wen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich sage es Ihnen gleich konkreter.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und vielleicht, ich habe ja einiges hier auch mitgebracht, aber ich weiß nicht, ob alles. Wenn Sie mir nochmal sagen könnten in welchem Bereich, also aus welchem der vielen Konvolute das stammt, von unserem oder aus dem AA?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz mal stoppen, kann Matthias Hauer nochmal die MAT-Nummer nennen, weil wir jetzt im Tonaufzeichnungsbereich nur noch sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ach so, Okay. Das müsste MAT A AA-3.02, Blatt 166 VS-NfD sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wir können die Mail gerne auch raussuchen, aber einen größeren Inhalt hat sie nicht, als ich gerade gesagt habe. Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Vielleicht sagen Sie mir vor allem aber von wem die stammt. Vom „lieben Yan“*.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Von dem Herrn Peters. Und Yan mit „Y“.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und wer ist Yan?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist der Adressat dieser Mail.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ehrlicherweise nichts. Ich sehe mich auch ein bisschen außer Stande, Mails von Leuten, die ich nur bedingt kenne, also zumindest den Absender.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe mein Original-Exemplar schon dem Herrn Peters gegeben, deshalb.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ach so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht kann noch jemand aushelfen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich suche hier auch mal parallel. Sagen Sie es nochmal. Welche Nummer war das?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Kollege De Masi gibt sie Ihnen sofort. Wenn Sie die dann hier lassen würden, dann. Danke.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Okay, das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen. Also Yan scheint, also mit „Y“, in der Tat, jetzt habe ich es verstanden, scheint der Kollege aus - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist der Kollege aus der Botschaft.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, genau, scheint ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin, kein, ach nein, „Lieber“, aus der Wirtschaftsabteilung zu sein: „WI-16“. Ich weiß nicht, was sich unter den ersten drei Spiegelstrichen verbirgt, deswegen kann ich Ihnen nicht sagen, und warum Yan - - ...aber ich nehme an, das werden Sie mit Jan, also dem anderen Jan, erörtert haben. Ich kann Ihnen das nicht sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben das mit dem Herrn Peters erörtert, aber ich frage ja Sie trotzdem. Ist das ein unbequemes Thema zu dem Zeitpunkt gewesen? Also teilen Sie die Auffassung, dass zumindest der letzte Punkt ein unbequemes Thema ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ich nicht weiß, ob er diesen Punkt ausdrücklich mit meint oder nicht - - Ich habe dazu keine Erkenntnisse. Für mich war das Thema kein unangenehmes Thema, weil es kein Thema war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Ich möchte mal zurückkommen auf Ziffer 30. Wieso hat, aus Ihrer

Sicht, die chinesische Seite diesen Punkt überhaupt eingebracht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat man sich denn auf deutscher Seite nicht auch mal gefragt, welche Unternehmen davon betroffen sein können? Ich meine, das ist ja ein Thema, das betrifft ja nicht jedes Unternehmen in Deutschland, sondern da kommen ja nicht so viele in Frage, die davon vielleicht profitieren könnten, von so einer Regelung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Weil ich ja geschildert hatte, dass das keines* der Paragraphen war* oder dieser Absätze war, über die ich mir Gedanken gemacht habe. Weil wir tatsächlich bei sehr, sehr vielen sehr, sehr hart verhandelt haben und* eben bis spät in die Nacht in China selber auch noch. Also, das war so ein Ding* das durchlief, ob das irgendwie auf einer Fachebene mal Thema gewesen ist, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat sich die deutsche Botschaft in Peking bei der chinesischen Regierung, bei der PBoC oder bei chinesischen Behörden für Wirecard eingesetzt, nach Ihrer Auffassung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ich habe ja jetzt genau die gleichen Akten studiert wie Sie, aus denen ergibt sich, wenn ich es richtig erinnere und gelesen habe, dass es hin und wieder Kontakte mit der PBoC gegeben hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kontakte? Heißt jetzt, man hat sich eingesetzt, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich nicht sagen, ich bin ja nicht an der Deutschen Botschaft, ich bin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie haben ja die Akten auch gelesen und können ja vielleicht



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

aus Ihrer Sicht des Fachmanns da eine Einschätzung vornehmen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich mich richtig erinnere, bin ich als Zeuge gehalten, aus eigenem Wissen etwas vorzutragen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das dürfen Sie gerne tun.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau, dann kann ich Ihnen sagen: kann ich Ihnen nicht viel beitragen, weil ich kein eigenes Wissen dazu habe, weil ich nicht an der Deutschen Botschaft bin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und nach Aktenstudium können Sie auch nichts dazu sagen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das habe ich gelesen, genau wie Sie.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wie bewerten Sie das?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dazu habe ich keine Bewertung vorgenommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, dann kann ich Ihnen sagen, was der Herr Peters dazu schreibt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das finde ich schön. Das interessiert mich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie das dann bewerten, aus Ihrer fachlichen Sicht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, also könnte ich, aber würde ich nicht wollen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist erstaunlich, dass Sie das schon sagen bevor ich irgendwas vorgelesen habe, dass Sie da keine Bewertung zu abgeben wollen, das finde ich nicht besonders transparent von Ihnen, muss ich hier mal ganz klar sagen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, die Transparenz beruft* sich auf die Sachverhaltsaufklä-

rung aber nicht auf die Frage, wie ich Dinge bewerte oder nicht bewerte, weil: der Untersuchungsausschuss sind ja Sie, der Dinge bewertet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, da Sie noch gar nicht wissen, was ich Ihnen vorlese, finde ich das schon sehr erstaunlich, dass Sie schon von vorne herein sagen, Sie sagen dazu nichts.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch, ich bin sehr gespannt. Ich habe gesagt, ich nehme keine Bewertung vor. Ich sage gerne was dazu.

Zwischenruf

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch, mache ich gerne, ich - - (akustisch unverständlich) ... auch Geburtstagswünsche.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also der Herr Peters schreibt in einer Mail vom 7. August 2020, in der er auch diese ganze Chronologie noch einmal schildert, das ist MAT A AA-3.08c, Blatt 123:

Zusammenfassend lässt sich sagen: Über die Aufnahme des Absatz 30 im Joint Statement des Finanzdialoges am 18. Januar

- gut, 2019 wird wahrscheinlich falsch sein -

hinaus hat sich seitens der Deutschen Botschaft in Peking niemand bei der Chinesischen Regierung aktiv für Wirecard eingesetzt. Das Joint Statement wurde inhaltlich und tatsächlich nicht durch Vertreter der Botschaft verhandelt. Spitzberg und Wirecard haben in China selbst aktiv für ihre Interessen lobbyiert. Es gab keinen Fall, bei dem ein Vertreter der Deutschen Botschaft aktiv auf die PBoC oder andere chinesische Regierungsorgane zugegangen ist oder gemeinsam mit Wirecard Termine bei chinesischen Behörden wahrgenommen hat.

So Jan Ole Peters. Und jetzt höre ich von Ihnen, es hat eben doch Kontakte der Deutschen Botschaft hinsichtlich Wirecard zur PBoC gegeben.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Das stelle ich jetzt erstmal so fest. Aber ich habe ja schon vernommen, dass Sie dazu nichts sagen wollen. Oder haben Sie da jetzt Ihre Meinung geändert?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich das richtig sehe, Sie haben eben gesagt, das ist 6. August 2020, also offensichtlich in der Aufarbeitung von Akten wahrscheinlich für eine IFG-Anfrage. Dann hatte ich gesagt, dass ich mich meine zu erinnern aus den Mails, aber nicht aus aktivem Kennen von damals, dass es in irgendeiner Mail steht. Aber Sie haben die Akten ja genauso studiert, dass es Gespräche mit der PBoC gegeben habe. Aber es mag sein, dass mich meine Erinnerung täuscht. Das ist einer dieser Fälle, wo man erstmal sich das angucken sollte. Das können wir aber wahrscheinlich besser gemeinsam tun. Also wie gesagt: Da es sich um die Botschaft handelt, kann ich Ihnen das nicht sagen. Wenn Herr Peters das sagt - Herr Peters ist näher dran als ich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Na, mich interessiert es ja nur deshalb, weil Sie jetzt das Gegenteil behauptet haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das stimmt jetzt auch nicht. Jetzt drehen Sie mir bitte nicht das Wort im Munde, auch wenn es Ihr Geburtstag ist. Ich habe mich bezogen auf meine Erinnerung von Akten, die nicht von mir stammen. Und ich habe nur gesagt: Ich habe das so in Erinnerung, dass ich das irgendwo in einer Akte gelesen habe, die Ihnen aber, wenn, auch vorliegen würde. Wenn Sie sagen, Sie haben es nicht gelesen, dann nehme ich das hiermit zurück und bitte um Entschuldigung, dass mich meine Erinnerung offensichtlich getäuscht hat. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, dass es sich auf etwas bezieht, was ich im Nachgang jetzt gelesen zu meinen glaubte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir können gerne so lange warten, bis Sie es gefunden haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, wenn es - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...vielleicht liegt es ja auch in den Akten, die Sie noch nicht eingereicht haben, das kann ja auch sein.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich habe hier nicht Akten, die wir nicht eingereicht haben. Keine Sorge. Aber es ist doch so: Wenn Herr Peters sagt: Das hat es nicht gegeben. Der ist an der Botschaft. Dann wird es das nicht gegeben haben. Da ich mich ja nur mit der Bemerkung auf meine Erinnerung bezogen habe, was ich meinte, in einer der Akten, die an Sie gegangen ist, zu erinnern, wird meine Erinnerung mich da jetzt getäuscht haben. Ich habe jetzt auch in den letzten Tagen relativ viel gelesen. Ich meinte mich zu erinnern: In diesen Mails aus dem November oder sowas, als der dann, nicht Herr Peters, sondern wie heißt der andere, der „FIN-2“?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Fuhrmann.

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... Herr Fuhrmann sich geäußert hat, in so einer Zusammenfassung oder so was. Das hab ich dunkel im Kopf.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es gibt eine Mail vom 27. November 2019, da gab Herr Fuhrmann an den Botschafter neue Erkenntnisse der PBoC weiter.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ah, genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da ging es darum, dass die PBoC etwas telefonisch zugesichert habe und - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau, das ist es doch. Hier habe ich jetzt auch: Fuhrmann, 24. Juli und dann so weiter und sofort, und dann, 28. November:

Die Informationen der PBoC waren also richtig; für die Verzögerung bei der Genehmigung der Übernahme sind bislang die beteiligten Unternehmen, und in Besonderen AllScore, verantwortlich.

Also hat mich mein Gedächtnis doch nicht getäuscht. Ich freue mich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also sind wir uns einig, dass es da doch ein Tätigwerden gegenüber der PBoC gab.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt wieder die Frage, was da ein Tätigwerden ist. Aber in der Mail vom 27. November sagt Herr Fuhrmann in der Akte, das ist die MAT A AA-3.08b, Blatt 145:

Lieber Herr von Goetze,
im Rahmen des noch anstehenden Genehmigungsverfahrens hinsichtlich der Übernahme von AllScore durch Wirecard, versicherte mir die PBoC heute telefonisch, dass keine Hindernisse („no obstacles“) für die Genehmigung der Übernahme zu erwarten seien. Voraussetzung für die Genehmigung sei allerdings, dass der Deal von den beteiligten Parteien bei der PBoC auch beantragt wird, was bisher noch nicht erfolgt sei. Die PBoC überprüft dann lediglich, ob gegen AllScore „illegal issues“ vorliegen.

Illegal Issues ist auch gut.

Wird die Übernahme durch die PBoC bestätigt, erwirbt Wirecard ein umfassendes Lizenz-Portfolio für digitale Zahlungsdienste in ganz China inklusive Cross-Border - -

...und so weiter und so fort.

Im nächsten Schritt wird jetzt mit Wirecard der aktuelle Sachstand hinsichtlich der Beantragung der Genehmigung geklärt. Ich halte Sie auf dem Laufenden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also hat man sich offensichtlich da um den weiteren Fortgang informiert, gekümmert, wie auch immer. Sie wissen auch nur das - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nochmal, ich bin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, das handelt sich hier um die Botschaft, die gehört zum Zuständigkeitsgeschäft* des Auswertigen Amtes.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, halten wir fest, dass es da offensichtlich unterschiedliche Einschätzungen gibt. Das ist zumindest meine Bewertung, die ich dazu abgebe. Mich interessiert das Thema Aktiengeschäfte von BMF-Mitarbeitern. Gibt es da eigentlich irgendwelche Anzeigepflichten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Bin jetzt nicht ganz sicher, was das mit China zu tun hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten ja schon verschiedene Themen, die Sie auch angesprochen haben, die auch nicht unbedingt mit China zu tun haben. Vielleicht könnten Sie uns da ein bisschen auf die Sprünge helfen, weil wir ja schon beim Behördenchef, den wir hier sitzen hatten, die Situation hatten, dass der nicht so richtig wusste, wem er hätte irgendwelche Aktiengeschäfte anzeigen müssen. Wir hatten gerade ein Mitarbeiter der Botschaft, der Wirecard-Aktien gekauft hat und auch nicht so richtig wusste, ob es da irgendwelche Regeln gibt, der im Übrigen aus dem BMF stammt und jetzt gerade beim Auswärtigen Amt tätig ist. Und da dachte ich, frage ich doch einfach mal einen, der es wissen muss.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, wenn ich es richtig weiß, gibt es in der Bundesrepublik, in der Bundesregierung, bisher keine Richtlinien dafür. Der Bundesminister hat oder ist – ich bin nicht sicher, wie der Verfahrensstand da gerade ist – gesagt, dass sich das ändern muss, und* zumindest für das BMF. Und ich glaube, das ist auch Gegenstand von Parlamentarischen Anfragen gewesen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also bislang gibt es da nichts?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin nicht sicher, wie weit die jetzt sind, weil das zum Zuständigkeitsbereich des Kollegen Gatzler gehört, der für die Zentralabteilung zuständig ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber bislang gibt es nichts?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, bislang gibt es in der Bundesregierung keine allgemeinen Regelungen, was den Handel mit Aktien anbelangt. Es gibt natürlich, also was Verbote oder sowas anbelangt - - Es gibt, ich glaube, einmal im Jahr, einen deutlichen Hinweis an alle Beschäftigten, insbesondere natürlich in dem Bereich, der kapitalmarktrelevant ist. Deswegen, das hatte ich vorher geschildert, ist für die Sachen – das ist ja jetzt, glaube ich, auch zum Beispiel bei dem Vermerk, oder verschiedenen Vermerken, die Sie jetzt auch vorliegen haben – befindet sich dann ja so ein Disclaimer, auch für einzelne Passagen: das ist kapitalmarktrelevant, das* Insiderinformationen sind, die eben nicht weiter gegeben werden dürfen. Und die Beschäftigten werden regelmäßig über ihre Pflichten in diesem Zusammenhang, also dass Nutzen von Insiderhandel* verboten ist, informiert. Und ich ehrlicherweise gehe davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMF, weil sie in diesem Ministerium arbeiten, ein klares Problembewusstsein haben. Da wir ja aber alle gemeinsam gelernt haben, dass es offensichtlich doch ganz sinnvoll wäre, wenn es da weitergehende Regelungen gibt, werden die – wenn ich es richtig sagen kann, aber ich bin wie gesagt, nicht zuständig und weiß es nicht genau – werden gerade überprüft, und die arbeiten dran. Ich weiß, dass für den Bundesminister der Finanzen das ein wichtiges Thema ist, das er nicht so auf sich beruhen lassen möchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da gibt es ja schon was Konkretes, was in der Pipeline ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann Ihnen wirklich*, aber ich schlage vor, wenn es Sie sehr interessiert, also a) haben* Sie* den Bundesminister irgendwann demnächst ja auch nochmal hier, der wird Ihnen viel kompetenter als ich Auskunft geben können. Und sonst mögen Sie vielleicht den Kollegen Gatzer nochmal einladen, der kommt bestimmt auch und kann Ihnen das viel profunder erläutern als ich das kann. Es tut mir leid.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir bleiben dran, da können Sie von ausgehen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Davon gehe ich aus, und ich glaube, es ist auch richtig, weil ich finde:

In der Tat – ich hatte Ihnen das ja aus eigener persönlicher Wahrnehmung geschildert – das ist schon sehr irritierend, wenn Leute, die mit einer Aufsicht beschäftigt sind, mit Aktien handeln. Ich finde, das gehört sich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zumal der BMF auch ein sehr sensibler Bereich ist in dem Zusammenhang.

Zwischenruf

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich hatte eher überrascht, dass es bislang noch keine Regelung gibt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Naja, es ist ja nicht ganz unkompliziert alles. Es ist natürlich immer - - Wenn jetzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Poststelle, nehmen wir jetzt mal ein Extrembeispiel - - Oder die im Fahrdienst tätig sind - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die sind meistens nicht die, die am meisten mit Wirecard-Aktien spekuliert haben. Das ist meine Einschätzung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das teile ich. Das Problem ist nur: Sie müssen ja eine allgemeingültige, juristisch nicht angreifbare Regelung finden, die so ist, dass sie auch Bestand hat. Und die Frage, welche Einschränkungen möglich sind und welche nicht, da haben Sie ja auch gesehen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das kriegt das BMF bestimmt hin, da habe ich keine Zweifel.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, davon gehe ich auch aus. Aber Sie haben ja gesehen: Auch in der BaFin gibt es da unterschiedliche Einschätzungen. Der Personalrat hat sich auch mit einer liebevollen Stellungnahme an uns gewandt. Und Sie haben gesehen, dass in dem FISG ja auch Regelungen, wenn ich das richtig erinnere, enthalten sind dazu. Und die Haltung des Finanzministers, glaube ich, ist deutlich geworden, er möchte, dass das abgestellt wird.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, wir bleiben dran. Aber jetzt zur nächsten Frage. Im Untersuchungszeitraum, da dürfen wir ja nur nachfragen, wann haben Sie mit dem Bundesminister Scholz über Wirecard gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht mehr präzise sagen. Aber erst im Zusammenhang, sozusagen mit dem Aufkommen der Skandale, als es dann so richtig los ging.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das heißt in 2020?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nicht vor 2020?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und da haben Sie dann mit ihm einmal gesprochen oder jeden Tag oder wie oft?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht mehr sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es kommt ja nicht so oft vor, mit so einem DAX-Konzern, dass da so ein Riesenproblem auftaucht, da spricht man ja vielleicht doch mal mit dem Chef.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, nicht nur mit dem Chef. Ich habe ja geschildert, dass wir uns sehr bemüht haben, sehr schnell alle Informationen zusammenzutragen. Das ist ja auch sehr ausführlich dokumentiert, dass wir uns bemüht haben, auch hin und wieder im Ringen mit anderen, möglichst viele Informationen an Sie als Abgeordnete heranzutragen. Insofern war das sowohl im Kreise der Kollegen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber mit Herrn Scholz meine ich jetzt. Ich meine jetzt nicht uns, sondern Sie mit Herrn Scholz. Wann haben Sie denn mit ihm das erste Mal darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ernsthaft nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann oder auch nicht mehr telefonisch, persönlich?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir reden so viel über so vieles miteinander und ich kann es nicht mehr sagen, ich kann auch nicht sagen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau das irritiert mich. Dass Sie so viel über, also ständig, miteinander reden und gerade über dieses ganz wichtige Thema, dieses Riesenanlegerschutzthema mit einem Riesenskandal dahinter, da sprechen Sie dann irgendwann in 2020 drüber, in 2019 gar nicht. Und dann wissen Sie auch nicht mehr wann, und Sie wissen auch nicht mehr bei welcher Gelegenheit, und wie oft wissen Sie auch nicht. Und das irritiert mich, weil: Wenn man solche doch maßgeblichen Punkte bespricht, dann müsste man sich da doch eigentlich erinnern.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß nicht, wie Sie das so halten, ich kann ja nur für mich reden. Und ich kann Ihnen sagen: Wir haben da natürlich sehr intensiv drüber geredet. Wann das war, und danach hatten Sie mich ja gefragt, kann ich Ihnen nicht mehr beantworten. Oder kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich es schlichtweg nicht mehr weiß. Und die Frage 2019, nochmal: Für den Bereich Wirecard und für den Bereich Finanzmärkte ist der Kollege Kukies zuständig. Der hat, wie Ihnen sehr sorgfältig berichtet worden ist, und auch* den Sondersitzungen des Finanzausschusses, in der Chronologie, dem* Bundesminister fortlaufend unterrichtet. Und wir haben dann, als es klar war, das ist hier ein schwerer Betrugsfall, natürlich gemeinsam mit den Staatssekretären und dem Bundesfinanzminister, wenn das Thema war, darüber geredet. Aber für gewöhnlich ist es so, und dafür habe ich dann auch zu viele eigene Themen, dass wenn es jetzt um die fachlichen Fragen ging, dass* der zuständige Staatssekretär und die Abteilungsleiterin mit dem Minister in Rücksprachen erörtern. Und wenn es um eine politische Bewertung geht, dann gibt es durchaus sozusagen das Kollegium, was wir in unregelmäßigen Abständen machen, wo alle sechs Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und die Büroleitung und der Abteilungsleiter L zusammenkommen. So. Und ich kann Ihnen



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

aber mit Stand heute nicht mehr sagen, an welchem Zeitpunkt wir wann über dieses Thema wie geredet haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann haben Sie das letzte Mal mit Herrn Scholz darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Was heißt sprechen, er hat mir heute Morgen in einer Kollegiumschalte viel Spaß gewünscht, auf den heutigen Abend bezogen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann frage ich mal, wann es das letzte inhaltliche Gespräch zum Thema Wirecard mit Herrn Scholz gegeben hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise auch nicht sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vor diesem „Viel Spaß“?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich glaube, das letzte war in irgendeinem Kollegium, als es um dieses Thema Insiderhandel und verschiedene Optionen ging. Und wir haben dann über die Frage*, wenn Sie das zum Themenkomplex Wirecard mit dazuzählen, ob es uns gelingt, all die Differenzen, die es noch gegeben hat, die in der Bundesregierung hin und wieder auch vorhanden sind, unterschiedliche fachliche Einschätzungen zwischen einzelnen Ministerien - - * Und* das Gesetz jetzt am Mittwoch ins Kabinett kann*, da gab es noch Fragen. Und die konnten dann am Montagabend bei uns in der Staatssekretärsrunde mit einer Nachfrist am Dienstag geklärt werden. In dem Zusammenhang, glaube ich, haben wir kurz darüber gesprochen. Und dann war unser Ministerfrühstück mit den Ministerinnen und Ministern der SPD-geführten Häuser*, haben wir den Erfolg kurz angesprochen: Dass dieses Gesetz jetzt im Bundeskabinett beschlossen worden ist, das ja die notwendige Transparenz herstellt, die Reform bei den Wirtschaftsprüfern und bei der Bilanzkontrolle und, glaube ich, einen großen Fortschritt darstellt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich muss da leider jetzt nachhaken. Ich kann da nicht locker lassen, weil ich es Ihnen nicht so richtig abnehme. Also

wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, wann Sie das erste Mal mit ihm darüber gesprochen haben, Sie wissen nicht mehr die Gelegenheit, und Sie wissen auch nicht so richtig wie oft. Können Sie da nochmal drüber nachdenken? Also ich meine, Sie haben ja gerade gesagt, 2020 war das erste Mal, das halte ich schon für schwer glaubhaft, also nicht glaubhaft. Aber wenn es sich doch auf dieses eine Jahr jetzt, was ja auch noch nicht so lange zurück liegt, beschränkt, dann können Sie mir doch wahrscheinlich sagen, ob Sie das jetzt mit ihm drei Mal diskutiert haben oder eher zehn Mal oder eher hundert Mal. Jede Woche, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Hauer, ich verstehe, dass für Sie das Thema Wirecard sozusagen die Nummer Eins der Agenda ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, wir sind hier im Untersuchungsausschuss.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ich verstehe das, deswegen sage ich das ja - -

Zwischenrufe

Zeuge Wolfgang Schmidt: ...meine Hochachtung mit großem Respekt. Ich bitte nur auch um ein bisschen um Verständnis, dass wir seit, also ich, seit Rückkehr vom G20- und G7-Treffen, ich glaube am 23. Februar, im Wesentlichen ein Thema haben, und das ist die Corona-Pandemie und -bekämpfung. Und ich kann Ihnen nur sagen: wir arbeiten, ich will nicht sagen, Tag und Nacht, aber doch weitgehend 18/7, an der Bewältigung dieser Krise, und tatsächlich ist das im Moment für meinen Verantwortungsbereich der Schwerpunkt der Tätigkeit. Deswegen bitte ich ein bisschen um Nachsicht, dass angesichts der Tatsache, dass wir einerseits - - Und ich mich auch mit der Leitungsabteilung und in der Koordinierung der SPD-geführten Häuser und auch mit den SPD-geführten Ländern und mit der SPD-Bundestagsfraktion um das epidemiologische Geschehen kümmere, und die Frage, welche Maßnahmen sinnvollerweise ergriffen werden sollen, welche Haltung der SPD-Teil der - -



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Herr Staatssekretär, ich muss Sie leider unterbrechen, weil das geht ja nur von meiner Zeit ab.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich würde das gerne erläutern - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...und deshalb muss ich Sie jetzt unterbrechen, weil es überhaupt nichts mit meiner Frage zu tun hat.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch. Ich schildere, Sie haben mir ---

Zwischenrufe

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich stelle nicht in Abrede, dass Sie sich mit der Pandemiebekämpfung auseinandersetzen und den Folgen der Pandemie. Meine Frage hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Meine Frage war, wie oft Sie sich mit Herrn Scholz darüber unterhalten haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, Sie haben gesagt, es ist wenig glaubhaft, weil aus Ihrer Sicht ich mich an jedes Gespräch, das ich mit Herrn Scholz zu Wirecard*, präzise erinnern können sollte. Und ich sage Ihnen, mein Kopf ist im Moment ganz wesentlich, insbesondere im Zeitraum Februar bis, sagen wir mal, bis Juni/Juli oder so, und dann wieder seit vielleicht September mit der Bewältigung der Pandemiefolgen*. Ich kann Ihnen nur sagen, wir sind im Moment dabei, riesige Hilfspakete zu konstruieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das wissen wir doch alles, Herr Schmidt!

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, aber Sie können es vielleicht nicht ermessen. Sie kriegen ja als Abgeordneter auch die einen oder anderen Hinweise, Briefe und E-Mail aus dem Wahlkreis von Betroffenen, DEHOGA, HDE, usw., und Sie können sich vorstellen, wie viele das bei uns sind.

Zwischenruf

Matthias Hauer (CDU/CSU): Meine Frage war, wie oft haben Sie sich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine Damen und Herren, bitte! Liebe Kollegen, wenn Sie jetzt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ... bezog sich auf den Zeitraum vor 2020.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, dazu habe ich Ihnen präzise gesagt, im Zeitraum für* 2020 habe ich mit Herrn Scholz keine Erinnerung an ein Gespräch. Nochmal, weil der Bereich Wirecard nicht der ist, der zu meinem Zuständigkeitsbereich gehört, was die Finanzbankaufsicht anbelangt, Bilanzkontrolle anbelangt. Und für den Bereich China und die Frage „Aktivität von Wirecard dort“ gab es keinerlei Veranlassung für mich, aus meiner Sicht*. Das* mögen Sie anders beurteilen, aber das meine Einschätzung*, mit Herrn Scholz darüber das Gespräch zu suchen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich versuche es in der nächsten Runde nochmal.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Ich würde da nochmal anknüpfen wollen, was der Kollege Hauer gesagt hat, würde dann aber ein knappes Jahr zurückspringen nochmal. Also das war mir jetzt noch nicht so ganz klar, und wir hatten ja eben diesen Mailverkehr mit dem Dr. Gartzke mit einer Art Wunschscheiben, was Sie modifiziert haben. Und gemäß der Chronologie aus Ihrem eigenen Hause vom 16. Juli 2020, 15:00 Uhr, „Aufzeichnung für den Finanzausschuss“ zum Thema Wirecard, steht in dieser Chronologie, 27. Juni:

Der für internationale Finanzpolitik zuständige Staatssekretär Schmidt hat sich mit einer Mail auf Grundlage der Vereinbarung des deutsch-chinesischen Finanzdialoges

- also der vom Januar 2019 -

an seinen chinesischen Ansprechpartner gewandt, um ihn über das Interesse des deutschen Unternehmens Wirecard AG am Eintritt in den chinesischen Markt zu informieren.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist das soweit korrekt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt meine Frage: Was war jetzt genau der Anlass für diese Information an das chinesische Finanzministerium über diesen geplanten Markteintritt der Wirecard AG? Also war es dieser Kontakt, dieser Mailverkehr mit Dr. Gartzke?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, also Mailverkehr* ist etwas einseitig, also der Anruf von Herrn Gartzke und die dann sich anschließende E-Mail.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gab es, das hatten Sie jetzt gesagt, eben - - Nach Berichten eines Internetmediums, das heißt „Perspektive Online“, haben Sie von Herrn Dr. Gartzke für die Kontaktaufnahme mit Ihrem chinesischen Kollegen einen vorgefertigten Brief-oder Mailentwurf erhalten. Das ist dieser, über den wir uns auch unterhalten haben eben, im Vorlauf. Oder war da noch ein anderer?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das ist der, der auch auf der Internetseite des BMF veröffentlicht ist im Rahmen der IFG-Anfrage. Der Ihnen vorliegt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, und jetzt kommen wir ja doch so in einen Grenzbereich - - Und ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie, ich habe jetzt gehört, sechs Staatssekretäre haben. Aber ich habe immer ein Problem damit, wenn man zu sehr betont - - Kein Vorwurf, sondern einfach eine Feststellung, die dann vielleicht auch - - Zu einem Behördenversagen wäre hier zu schwer, aber - - Wenn Sie eben sagen: „Das ist jetzt nicht mein Bereich“. Das würde ja dann bedeuten: Wenn der Kollege Kukies erfahren würde – zwei Monate vor Ihnen oder einen Monat vor Ihnen – dass da irgendwo im Rahmen der Chinapolitik oder von Wirecard fürchterlich was schief läuft und er jetzt sagt: „Naja, ist nicht mein Bereich, ich hefte das einfach mal ab“ und würde Sie nicht informieren. Und hier gehen wir jetzt ja in einen Bereich, da kommen wir schon sehr nahe zwischen dem Anlassverlangen, dem Leerverkauf, den Gerüchten, denen wir ja alle hier

Ihnen auch schon nahe gebracht haben und Sie auch, ob nun ex ante oder auch vielleicht damals entsprechend vorher kennengelernt haben, rücken auf den Zeitpunkt der KPMG-Sonderberichterstattung - - Also was war Ihnen zu diesem Zeitpunkt - - Mit 27. Juni, da ist ja dieses Herantreten an den chinesischen Vizefinanzminister Liao Min charakterisiert. Was war Ihnen zu diesem Zeitpunkt genau zur Wirecard AG bekannt? Denn ich glaube schon, wenn Sie in ein so wichtiges Telefonat reingehen - - Mit all dem, was Sie geschildert haben - - Daran könnte ich mich jetzt erinnern?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jetzt weiß ich nicht ganz genau, auf welches wichtige Telefonat rekurrieren Sie jetzt?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also ich habe hier stehen, dass Sie entsprechend, ich gehe davon aus, kann natürlich auch per Mail gewesen sein, an den chinesischen Finanzminister Liao Min gewandt haben, um das Interesse der Wirecard AG am Eintritt in den chinesischen Markt kundzutun.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist die Ihnen vorliegende Mail vom 27. Juni, 00:57 Uhr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: 2019, Genau.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist das. Deswegen: kein Telefonat, sondern eine E-Mail. Diese E-Mail, die habe ich geschrieben, das hatte ich ja versucht zu schildern. Und ich habe damals keinerlei Veranlassung gesehen, dazu jetzt den Kollegen Kukies zu befassen. Weil diese E-Mail im Rahmen der Vereinbarung des deutsch-chinesischen Finanzdialogs sich abspielte, also diese mehrfach angesprochene Nummer 30. Und das ein Anliegen war, was, aus meiner Sicht, deswegen sich vollständig im Rahmen dessen befand, was ja zwischen Deutschland und China vereinbart war. Und was ich, hatte ich ja geschildert, am Vortag noch von mir abgezeichnet, auch in dieser Monitoringliste, in der der Fortschritt zu den einzelnen Vereinbarungen aus dem Finanzdialog, und eben auch zu der Nummer 30, verzeichnet war. Insofern hatte ich da jetzt keinerlei Anlass, jetzt zu sagen: Ich muss jetzt nochmal



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

den Kollegen Kukies dazu befragen. Ansonsten kann ich Ihnen versichern, also erstens, wir haben vier beamtete und zwei parlamentarische Staatssekretärinnen. Sie wissen, die Aufgaben sind ein bisschen unterschiedlich, deswegen haben wir zwar sechs, aber die vier sind für die operative Steuerung des Hauses mit den verschiedenen Themenfeldern zuständig. Und die parlamentarischen Staatssekretärinnen sind ja auch vorrangig für die Vertretung des Ministers in der Öffentlichkeit zuständig und auch natürlich gegenüber Ihnen, dem Parlament. Dass wir natürlich uns über alle relevanten Vorgänge immer wieder auch austauschen, das gehört sich. Zu so einem gut geführten Haus gehört das dazu. Es wäre auf der anderen Seite, glaube ich, aber auch ein Zeichen von Missmanagement, wenn alle alles machten, dann bräuchten Sie nur Einen. Sondern dafür gibt es die berühmten beamteten Zuständigkeiten, in den Organisationskästchen auch ausgewiesen. Wir bemühen uns, mein Eindruck ist, auch ganz ordentlich, in den Fragen, die übergreifend sind, dann auch immer auf der Leitungsebene uns auszutauschen. Dass das auf der Fachebene passiert, hatte ich ja versucht zu schildern am Anfang, indem ich gesagt habe: Es gibt sozusagen einen Punkt – in diesem Fall war das das Referat I C 2 bei mir im Bereich – das für das Zusammensammeln in dieser Monitoringliste zuständig war. Aber die Zuständigkeit zu den einzelnen Punkten war* dann wieder auf die Fachreferate der verschiedenen Abteilungen*, war das die Zuständigkeit. Und in diesem Fall war das*, wenn ich das richtig erinnere, dann in der Abteilung VII, ein Referat aus dem A-Strang, ich glaube VII A 2 oder VII A 3.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt also, ich folgere dann richtig, dass Sie - - Bevor Sie jetzt in Kontakt getreten sind, gab es keine Abstimmung mit dem Herrn Bundesfinanzminister Scholz oder mit anderen Ressorts oder gar mit dem Kanzleramt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann eine letzte Frage, die mich jetzt interessiert, aufgrund der Ausführung. Ich halte das schon -- Das ist jetzt meine Ansicht -- Sie sagten unregelmäßig.

Wenn ich das auf ein Jahr beziehe – auf das Kalenderjahr – wie oft trifft sich dieses Kollegium der sechs Staatssekretäre? Vielleicht haben wir den Bundesfinanzminister, um sich da zu synchronisieren? Weil ich glaube, solche Treffen sind unheimlich wichtig, damit man dann über die Zuständigkeitskästchen auch hinauspringt und sich austauscht. Wie oft kann man das ansetzen? Sie sagten unregelmäßig. Aufs Kalenderjahr bezogen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen. Aber ich kann Ihnen berichten, dass das natürlich nicht die einzige Koordinierung ist, die wir haben. Wir haben jeden Morgen eine Morgenlage unter den Staatssekretären und montags mit den parlamentarischen Staatssekretären* dabei, wie das, glaube ich, in fast allen Häusern üblich ist. Wo wir uns natürlich über das Tagesgeschäft und wichtige Dinge austauschen. Jetzt nageln Sie mich nicht fest. Im Kollegium würde ich mal so sagen alle Woche, alle zwei Wochen oder so was. Aber das ist dann natürlich immer abhängig von Parlamentswoche, Corona - - Mal findet es statt, mal findet es nicht statt. Aber wir kommen zur Not auch, wenn es wichtige Themen sind, ad hoc zusammen. Die Koordinierung findet aber im Wesentlichen natürlich jetzt bei den Themen, die wir auf unserer Ebene als Staatssekretäre klären können, entweder bilateral oder trilateral oder eben in der Morgenlage statt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Dann geht es weiter mit den Kollegen der SPD. Wer möchte? Cansel Kiziltepe für die SPD-Fraktion. Bitteschön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Staatssekretär, ich möchte ein bisschen weg vom China kommen. Ich glaube, der Bereich ist ziemlich erschöpft. Zur Regulierung, Regulierungslücken, Kompetenzen und so weiter. Wir haben nach dem größten Bilanzbetrug erlebt, dass abgesehen davon, dass es sich um organisierte Kriminalität und bandenmäßigen Betrug handelt, es hier auch ein gewisses Aufsichtswirrwarr gab. Keiner fühlte sich zuständig. Jeder versucht, die Verantwortung von sich abzuweisen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Auch bei der Aufsicht über die Geldwäsche bestanden offensichtlich Unklarheiten. Das Bundesfinanzministerium hat ja auch Ende Juli einen Aktionsplan vorgelegt – relativ schnell muss ich auch sagen – die diese Regulierungslücken auch schließen will. Welche Gespräche gab es im Vorfeld dieses Aktionsplanes? Woher haben Sie die Expertise? Haben Sie sich mit Verbänden ausgetauscht? Wir hatten ja schon mal eine Novelle der Wirtschaftsprüfer im Jahr 2016. Und es gab eine lange breite Diskussion nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Es gab einen EU-Kommissionsvorschlag dazu, der lange diskutiert wurde. Viele Vorschläge aus dem Jahr 2011 sind ja auch in dem Aktionsplan berücksichtigt. Vielleicht können Sie dazu nochmal was sagen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich befürchte, dass ich Sie jetzt ähnlich enttäuschen muss wie den Kollege Hauer. Das sind Themenbereiche, für die ich* beamtlich* wieder nicht zuständig bin. Das heißt, hin und wieder haben Leute mir auch was geschickt, das habe ich dann brav und ordentlich dem Kollegen Kukies und der Kollegin Wimmer, die die Abteilungsleiterin der Abteilung VII ist, weitergeleitet. Ich hab mich jetzt natürlich im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses und -verfahrens ein bisschen mit den Inhalten beschäftigt. Und mit der Frage, ob wir alles das tun, was sinnhaft ist. Oder wie sich das politisch so darstellt. Aber mit wem jeweils die Fachabteilungen, mit wem Kukies und mit wem der Bundesminister sich dazu ausgetauscht hat, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben aber den Sommer damit verbracht, sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Und die Wirtschaftsprüfer sind hier ja auch sehr stark im Fokus. Auch wenn einige meinen, blauäugig oder naiv gewesen zu sein, was dieses Unternehmen angeht, muss man ja auch feststellen, dass EY über Jahre hinweg uneingeschränkt testiert hat. Es gibt auch Vorschläge in dem Aktionsplan, die darauf eingehen. Können Sie Ihre persönliche Sichtweise darstellen, zu den Verbesserungsvorschlägen im Aktionsplan. Warum lief es nicht so gut? Und was muss besser sein?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nochmal, ich befinde mich jetzt auf einem Gebiet, dass ich – ähnlich wie die meisten von Ihnen – jetzt mir neu erschließe. Einige sind Experten, ich war es bis dato nicht. Ich kann sagen, dass, glaube ich, deutlich geworden ist, dass das zweistufige Verfahren, was wir in Deutschland haben, für Fälle von Betrug absolut nicht ausreichend ist. Deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, dass die BaFin reformiert und mit hoheitlicheren Aufgaben oder Befugnissen ausgestattet wird. Die Frage, welche Rolle die privatwirtschaftlich organisierte DPR spielen soll, ist, glaube ich, eine, die richtigerweise gefragt wird und gestellt wird. Und ich glaube im Aktionsplan auch einigermaßen gut beantwortet wird. Also die Schwierigkeiten sind doch jetzt sehr offensichtlich geworden. Ich glaube, es ist auch ein Thema, welche Befugnisse die DPR hat. Wie lange die Verfahren da dauern. Die Frage der Rotation der Abschlussprüferinnen und -prüfer. Da hat sich ja jetzt in der Bundesregierung der Kompromiss ergeben, das auf zehn Jahre zu beschränken, wie es ja bisher auch für die Finanzsektor üblich ist. Ich persönlich – wenn Sie mich fragen als jemand, der nun auch das Vergnügen hat, in zwei Aufsichtsräten zu sitzen und auch einem Prüfungsausschuss vorzustehen – finde, dass die Frage der Cooperate Governance ganz zentral ist. Ich glaube – das ist jetzt meine Wahrnehmung – dass das natürlich auch ein Problem bei Wirecard gewesen ist, dass die bis zum Frühjahr 2019 keinen Prüfungsausschuss hatten. Wenn die – alte Menschen in allen Ehren – einen 74-jährigen Aufsichtsratschef haben, der auf die Berichte in der FT vom 15. Oktober sagt: „Wir haben so viel zu tun – we have other things to do“. Und er habe das noch nicht zur Kenntnis nehmen können, als Aufsichtsratsvorsitzender, dann ist da ja erkennbar etwas mit der Aufsicht in dem Unternehmen nicht in Ordnung. Dass das etwas ist, was nicht richtig ist, und so nicht bleiben kann für ein börsennotiertes Unternehmen, ist, glaube ich, auch klar. Dass ich als Sozialdemokrat finde, dass mitbestimmte geführte Unternehmen – wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Aufsichtsgremien mit sitzen – besser geführt sind, weil dann hin und wieder auch die Kenntnis aus der Belegschaft mit eingeführt wird, ist* etwas. Aber das ist eine politische Bewertung, die überlasse ich natürlich –



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Güntzler schmunzelt schon – die überlasse ich natürlich Ihnen. Und das wird ja dann – Herr Hauer hat ja auch darauf hingewiesen – es gilt immer das Struck'sche Gesetz, wenn ich das hinzufügen darf. Das wird ja jetzt im parlamentarischen Verfahren bestimmt intensiv beraten. Wenn* ich finde, die Bundesregierung hat ein ganz ordentliches Angebot gemacht. Ich hoffe, dass Sie das alle unterstützen, und dass wir dann schnell diesen Reformschritt gehen. Ob dann nach dem Ausschuss weitere notwendig sind, wird man ja dann sehen. Da werden Sie wahrscheinlich die eine oder andere Erkenntnis noch hinzugewinnen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist auch mein Punkt. Es gab bei Wirecard weder einen Betriebsrat noch eine Arbeitnehmer*innenbank im Aufsichtsrat. Das hängt natürlich auch mit der Tochterstruktur zusammen, um eine paritätische Mitbestimmung auch zu umgehen. Das ist aber ein weiteres Problem, dass es gibt. Allerdings muss man den Nachfolger diesbezüglich auch im Blick behalten, dass ist ja Delivery Hero – der die Wirecard im DAX 30 nachgefolgt sind. Ich wollte Sie nochmal fragen: Kennen Sie die Vorschläge der APAS für eine Reform in diesem Bereich?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin ehrlicherweise nicht sicher. Es kann sein, dass ich die mal zur Kenntnis genommen habe – also gesehen habe. Aber da gilt das gleiche, was ich dem Kollegen Hauer gesagt habe. Ich bin seit März – bis auf diese Phase dieser intensiven Diskussion mit Ihnen und die Sommerferien – doch eher mit anderen Themen im Moment beschäftigt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die APAS ist ja eine Aufsichtsbehörde, die offenbar – was ich auch nicht wusste – keinerlei Fachaufsicht unterliegt. Die ESMA hatte ja auch Vorschläge gemacht, dass die BaFin unabhängiger werden muss. Würde das bedeuten, wenn man diesem Vorschlag der ESMA aufgreift, dass auch die Fachaufsicht bei der BaFin entfiel?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich ernsthaft nicht sagen. Ich schlage vor, sie behalten die

Frage im Kopf und diskutieren Sie mit dem Kollegen Kukies. Der kann das bestimmt ganz kompetent beantworten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, dann komm ich nochmal zurück zu den Vorschlägen der APAS, zu einer Weiterentwicklung der Aufsicht in Deutschland. Das sind aus meiner Sicht sehr sehr gute Vorschläge, die zum Teil auch im Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz, abgekürzt FISG, mit drin sind, aber nicht alle. Also hier wird von der Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht gesprochen, von einem unbeschränkten Informationsfluss zwischen sämtlichen Behörden. Hier wird von internationaler Kooperation, von Transparenz der öffentlichen Aufsicht gesprochen. Das heißt: Kommunikation über die eröffneten Verfahren, Inspektionen, Berufsaufsichtsverfahren. Hier wird somit ein Naming and Shaming gefordert. Hier wird gefordert, dass das Berufsrecht weiterentwickelt wird, dass die Abschlussprüfungen in Richtung Aufdeckung von Fraud gerichtet werden sollten etc. Also als ich diese Reformvorschläge der Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer*innen gelesen habe, war ich sehr beeindruckt, und ich habe mich gefragt, warum diese Vorschläge im Rahmen der Ressortabstimmung mit dem BMWi nicht aufgenommen wurden. Aber dazu können Sie wahrscheinlich auch nicht viel sagen. Das klären wir dann nochmal an anderer Stelle.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich befürchte, ich kann da in der Tat nicht viel zu sagen. Ansonsten gilt natürlich: Die Bundesregierung handelt immer einheitlich nach außen. Und die Bundesregierung hat jetzt einen, wie ich finde, sehr guten Gesetzgebungsvorschlag gemacht. Und die Fragen werden Sie bestimmt gemeinsam sehr konstruktiv hier im Parlament erörtern und diesen Gesetzentwurf gegebenenfalls noch besser machen, wie das so Ihre Art ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Dann gebe ich an meinen Kollegen Jens Zimmermann weiter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann müssen wir doch nochmal nach China. Nein, ich würde einfach, um das auch abzurunden - - Mich würde



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nochmal interessieren: Hatte die Insolvenz von Wirecard dann bzw. welchen Einfluss hatte das auf die Diskussionen mit der chinesischen Seite, was sozusagen das ganze Thema Finanzmarkt angeht? Gab es da Rückmeldungen oder Gespräche?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, gab es nicht. Aber ich hatte ja auch versucht zu schildern, dass Wirecard, was den Absatz 30 des Finanzdialoges anbelangt, nicht so richtig im Zentrum stand, also eher gar nicht. Deswegen hatte das und hat das auf den Finanzdialog keinen Einfluss. Wir haben eher die anderen Themen: eine gewisse Frustration über die Frage, was eigentlich an Vereinbarungen tatsächlich umgesetzt ist. Ich hatte das ja am Anfang versucht zu schildern, dass das mit der chinesischen Seite häufig das Problem ist. Ich hatte vorhin ganz am Anfang auch die* geopolitische* Ausgangssituation gesagt. Sie wissen alle: Das hat sich ein bisschen verändert, die Amerikaner haben*, das war Liu He*, dann eben auch* mit Lightthizer und Mnuchin, Ross und dann auch Trump selber* ein sogenanntes Phase-1-Abkommen geschlossen, das dann zunächst die Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und der Volksrepublik China beendet hat. Das führt dazu, dass jetzt tatsächlich sehr viele US-amerikanische Finanzdienstleister Lizenzen bekommen und die deutsche Finanzwirtschaft sich meldet und sagt, auch bei der Botschaft. Ich weiß nicht, ob Sie das mit Herr Peters ein bisschen erörtert haben, dass das ein großes Thema für sie ist. Deswegen hatte ich vorhin auch gesagt: Ich habe meinen* Counterpart jetzt verschiedentlich – auch in Bezugnahme auf andere Unternehmen – nochmal geschrieben. Und wir* haben gesagt: Wir müssen jetzt ein Stocktaking machen. Wir sind ein bisschen zurückhaltend, dann kam jetzt auch noch Corona dazwischen, weil wir eigentlich jetzt gerne erstmal Regierungskonsultation und dann den Finanzdialog machen wollten. Die Chinesen drängen jetzt sehr darauf. Da sind wir im Gespräch. Nur die Ausgangslage hat sich ein bisschen verändert. Wir müssen jetzt wieder ein bisschen mehr paddeln*. Gleichzeitig lesen Sie ja auch, dass im Moment in der Europäischen Union das Thema Handelsabkommen mit China eine große Rolle spielt. Da tut sich auch gleichzeitig was. Die Wahl des neuen US-amerikanischen Präsidenten verschiebt Dinge natürlich

auch. Ich nehme wahr, dass die chinesische Seite schon zur Kenntnis zu nehmen scheint, dass es eine größere Einigkeit auch innerhalb der G7 wieder geben können. Da die G7 gemeinsam dieses Thema* „Marktzugang, Level-Playing-Field, State- und* Enterprises, Exportkredite“ hat und jeweils in den Bilateralen Gesprächen mit den Chinesen auch vorbringt, glaube ich, ist es aus Sicht der Chinesen ein Thema, bei dem sie jetzt in die Pötte kommen müssen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, ich hab da viel Verständnis für, aber wir sind nicht Koalitionskrisenkabinet. Also in so weit - - Wünsche (akustisch unverständlich). Und ich übergebe dann jetzt mal an den Kollegen Dr. Florian Toncar für die FDP Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. Ich habe jetzt richtig in Erinnerung, dass in Ihrem Staatssekretärskollegium auch das Leerverkaufsverbot mal Thema war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Welches Leerverkaufsverbot?

Dr. Florian Toncar (FDP): Das Leerverkaufsverbot vom 18. Februar 2019. Da gab es glaube ich nur eins. Das wird ohnehin selten gemacht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich frage deswegen so präzise nach, weil wir im Zusammenhang mit der Pandemie über die Frage Leerverkäufe gesprochen haben. Und da haben wir darüber diskutiert. Sehr interessiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Kein Vorwurf, 18.2.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Nein, da war es nicht Thema.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, danke. Über die Strafanzeige gegen Dan McCrum, Stefania Palma und weitere: Wurde darüber mal im Staatssekretärkollegium mal darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nicht, dass ich mich daran erinnere.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, über die KPMG-Sonderuntersuchung, war das mal Thema?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Im Oktober, oder - - Es war natürlich Thema, als das Ergebnis da war, und klar war: Hier besteht ein riesiges Thema.

Dr. Florian Toncar (FDP): 28.4. also, als der Bericht da war, das war Thema?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es dann Thema im Kollegium der Staatssekretärsrunde oder allgemein war. Aber ich erinnere mich, dass es dann sozusagen losging, als Thema so gefühlt. Aber es kann sein, dass das jetzt die retrospektive Betrachtungsweise ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was wissen Sie über die Telefonate Ihres Kollegen Kukies mit Herrn Zielke und Herrn Chromik am 19. und 21. Juni 2020.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nur das, was dann in der parlamentarischen Bearbeitung und in der folgenden Diskussion, die es ja auch in der Presse gegeben hat, und aus unserer Sicht mit einer unrichtigen Darstellung - - Teile davon sind aber auch wieder VS-relevant, was die Position der Commerzbank angeht, betrifft. Deswegen habe ich das mitbekommen, auch die Empörung vom Kollegen Kukies über manche Darstellung, die sich mit der Realität nur schwer in Übereinstimmung bringen lassen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde Ihnen da gerne auch nochmal eine E-Mail vorhalten. MAT A BMF-25.01 Blatt 60: Da in der Tat schlägt Staatssekretär Kukies eine Formulierung vor, die an die Bildzeitung geschickt werden soll am ersten September. Er schreibt einleitend:

Berichte über angebliche Warnungen der Bundesregierung an der Commerzbank sind aus der Luft gegriffen.

Und Sie antworten:

Und warum „aus der Luft gegriffen“?

Ich kann es auch gerne nochmal rumzeigen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, an die Mail erinnere ich mich, die brauche ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die kennen Sie? Warum haben Sie da geantwortet, warum das aus der Luft gegriffen sei? Gab es da eine Anmerkung zu?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das war – wenn ich das richtig erinnere – eine sprachästhetische Frage, weil für mich die Frage war - - Wir hatten eine Schwierigkeit, wie Sie wissen, und jetzt wissen. Ich glaube, inzwischen ist es ja Common Knowledge, hat es keine Veränderung in der Kreditposition der Commerzbank gegeben. Das war, glaube ich, Teil der falschen Berichtserstattung an der Stelle. Das war aber zu dem Zeitpunkt nichts, was wir hätten sagen dürfen, weil das natürlich Geschäftsgeheimnis Dritter, nämlich der Commerzbank, betrifft. Deswegen war die Frage: „Wie kann man deutlich machen, dass das hanebüchener Unsinn ist?“, was es ist, ohne aber Geschäftsgeheimnisse Dritter zu berühren. Das ist hin und wieder, wenn Sie sich auf unserer Seite des Tisches befänden, das Problem. Wir haben es mit Unterstellungen und Behauptungen zu tun, die nicht richtig sind, die wir aber, weil wir eben an Recht und Gesetz gebunden sind, dann nicht so klar zurückweisen können, wie wir das gerne würden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also gut, ich glaube da müssen wir mit anderen nochmal eingehender drüber sprechen, als jetzt mit Ihnen. Aber in der Tat, das war der Punkt, an dem Sie damit tatsächlich auch selbst befasst waren. Ich würde mich gerne nochmal mit Ihnen austauschen über das Thema APAS

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich darf kurz hinzufügen vielleicht: Die Rückmeldung an den Autoren der Bild hat ja dann auch zu einer Korrektur des Artikels auf der Homepage geführt, zu einer Ergänzung, wenn ich das hinzufügen darf.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die allerdings unsere Fragen an die Protagonisten nicht erledigt hat.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber das werden und müssen wir auch heute nicht - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch, Sie haben die ja noch zu Gast hier, wenn ich das richtig sehe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau, genau. So, ich wollte mit Ihnen nochmal über die APAS sprechen. Bekanntlich hat die APAS eine Strafanzeige gestellt – darüber ist hier im Ausschuss auch schon in nicht-eingestufter Sitzung gesprochen worden, als die APAS hier da war – am 28.9., die am 29.9. auch an die BaFin übermittelt wurde. Haben Sie das Schreiben, die Strafanzeige der APAS, vorliegen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, der ganze Sachfall sagt mir ehrlicherweise nichts.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also Sie haben noch nicht davon gehört, dass die APAS gegen zwei Prüfer von EY eine Strafanzeige erstattet - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das habe ich der Presse entnommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Presse entnommen, aber haben Sie die Strafanzeige auch vorliegen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie liegt dem Geschäftsbereich des BMF vor, deswegen frage ich. Aber nicht bei Ihnen, wie ich das sehe.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nicht bei mir, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar, Dankeschön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Fabio De Masi für die Fraktion DIE LINKE.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. Bei mir geht es jetzt erst richtig los. Weil, wir hatten ja - - Ich muss auch nochmal zu China zurückkommen. Kollege Hauer hatte das angesprochen. Die Botschaft hat das so dargestellt, dass das vor allem politisch indossiert wurde, das Engagement

für Wirecard. Sie sagen jetzt: „Damit war die Botschaft befasst, nicht wir“. Deswegen ordnen wir das jetzt chronologisch nochmal. Ich darf ja nicht aus den Unterlagen zitieren, aber ich komme nochmal zurück. Wir befinden uns im Jahr 2018 – also noch bevor der Punkt 30 hier verabschiedet war, korrekt? Der Punkt 30 des Finanzdialogs wurde erst im Januar 2019 verabschiedet, ist das korrekt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Richtig.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, wir befinden uns zum Zeitpunkt davor. Und es wurde vorhin geäußert, es habe auf der politischen Ebene Wirecard keine Rolle gespielt. Mir liegt hier eine Unterlage vor – ich darf eben nicht zitieren – aber es ist klar, dass im Vorfeld der Gespräche in Hamburg und Berlin im Jahr 2018 bereits im Rahmen der Petita thematisiert wurde die Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen an Wirecard. In einer Unterlage, das können Sie sich auch gerne nochmal vergegenwärtigen. Das heißt, das Anliegen von Wirecard existierte, bevor der Punkt 30 verabschiedet wurde im Rahmen des Finanzdialogs, und das spielte auch dort bereits eine Rolle. Nur das nochmal zur Einordnung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das hatte ich Ihnen aber auch im Eingangsstatement schon erläutert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Moment, Moment, ich bin noch nicht fertig mit meiner Ausführung. Ich gebe jetzt meine Version der Dinge, wie ich sie hier aus der Unterlage entnehme. Sie können dem gleich widersprechen, dann machen wir das hier mit Aktenvorlage. Wir haben dann hier als nächstes eine Tabelle, die hat hier heute schonmal eine Rolle gespielt, das ist MAT A AA-3.08b Blatt 65. Da gibt es hier einmal auf der linken Seite thematisiert:

Vier notwendige landesweite Payment Lizenzen (Wirecard).

Dann „Absatz 30“, das bezieht sich wohl auf das Dokument, dann Erläuterungen:



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mit Wirecard ganz neuer großer Player im Chinesischen Markt.

Dann farblich unterlegt aus „Voller Erfolg“:

Große Sache – Erwähnung reicht absehbar zur Erlangung der zum Markteintritt notwendigen Lizenz.

„Erwähnung.“ Was könnte mit „Erwähnung“ gemeint sein? Das versuche ich jetzt zu klären. In einer weiteren E-Mail, MAT AA-3.08b Blatt 93, äußert der besagte Finanzreferent in der Botschaft:

Man freut sich dort, dass die Vereinbarung zwischen M

- also Minister oder Scholz -

und LIU He auf allen Ebenen der chinesischen Administration ... scheinbar als Weisung aufgefasst wird, der Wirecard AG keine Steine in den Weg zu legen.

Wir haben das nächste Dokument, das war dieser Yan, diese beschriebene E-Mail, wo sie sagen:

Payment Lizenzen für Wirecard

- wird hier erwähnt -

Alles sehr unbequeme Themen.

Es gibt sogar einen Anhang dazu, wo

Wirecard bittet, dass der derzeitige Prozess nicht behindert wird...

Und Sie sagen, das hat keine Rolle gespielt. Dennoch sehen wir auch wieder hier eine Tabelle auf MAT A AA-3.08b Blatt 108, da befinden wir uns jetzt im August 2019. Da steht „Wirecard“, dann „Payment license in China“, „laufende Gespräche FIN 3; Thematisierung auf deutsch-chinesischem Finanzdialog am 18.01.“ – also dem, wo Sie gerade gesagt haben, Herr Olaf Scholz und sein Counterpart wurde es nicht thematisiert. Und dann steht hier, dass die „Botschaft flankiert“. Die „Botschaft flankiert“, thematisiert wurde es auf dem deutsch-chinesischen Finanzdialog, und zwar speziell mit Bezug auf Wirecard, wie sich

dieser Tabelle entnehmen lässt. Dann gibt es weiteren Schriftverlauf. Dort gibt es unter anderem eine E-Mail aus dem BMF von Frau Reier, MAT A AA-3.08b Blatt 106. Dort schreibt Jan-Ole Peters an diese Frau Reier:

... anbei ein konsolidierter Sachstand mit allen neuen Informationen, welche mir bezüglich Nachbereitung des Finanzdialogs vorliegen. Ich informiere Sie beide, damit wir alle auf dem gleichen Stand sind. ...Morgen würde ich noch die aktuellen Infos von Wirecard nachreichen.

Dann schreibt sie an Herrn Peters zuvor:

... im Rahmen einer Rücksprache äußerte Staatssekretär Kukies zum Monitoring des deutsch-chinesischen Finanzdialogs den Wunsch nach einem umfassenden Update zu allen Themen aus den Bereichen der Abteilung VII. Sollte es zu den VIIer-Themen von Ihrer Seite neue Informationen bis zum 8.7.19 ... geben

- den Zeitpunkt, als Sie sich in China aufhielten -

wäre ich für Hinweise dankbar.

Und auch hier wird wieder explizit „Zahlungsdienste (darunter Wirecard)“ hervorgehoben erwähnt.

Dann – ich bin gleich durch – MAT A AA-3.08b Blatt 104. Eine E-Mail von Jan-Ole Peters an Frau Reier:

Liebe Frau Reier,

die Reise der Kanzlerin ist derzeit geplant für den 5.-7.9. Die Daten sind noch nicht zur Weitergabe an die Öffentlichkeit freigegeben.

Lieber Herr Peters,

vielen Dank nochmal für Ihre Rückmeldung. Im Nachgang haben sich die folgenden Nachfragen ergeben: Bezüglich der Ausführungen zu Wirecard: Wann ist die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Reise der Kanzlerin geplant, bei der es ggf. wg Wirecard etwas zu unterzeichnen gibt?

MAT A AA-3.08b Blatt 114, hier die E-Mail von Herrn Fuhrmann, wo es im Betreff darum geht: „Telefonat Herr Gartzke w Wirecard mit Herrn Botschafter.“ Und dann schreibt er hier

Bei dem Besuch BK Merkel im Sept 2019 wurde bei dem Treffen mit

- geschwärzt, wahrscheinlich der Staatspräsident-

das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft.

Ich wiederhole nochmal:

Beim Besuch BK Merkel im Sept 2019 wurde bei dem Treffen mit das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft.

So, und jetzt möchte ich Sie vor dem Hintergrund dieser ganzen Erwähnung fragen, ob Sie bei der Darstellung bleiben, dass Wirecard auf der politischen Ebene in keinem dieser Gespräche eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. Also, ich kann ja nicht für das Gespräch der Kanzlerin - - Darüber ist ja berichtet worden, dass es da eine Rolle gespielt hat. Aber zu den anderen, da müssten Sie mir jetzt bitte auch nochmal zeigen - - Ich glaube, es handelt sich jeweils um Mails auf Arbeitsebene zwischen Kolleginnen und Kollegen. Ich hatte ja den Prozess geschildert, auch wie diese Matrix der Monitoringliste erstellt wird. Wenn ich es richtig sehe: Was Sie zitieren, ist eine botschaftsinterne - *- Deswegen sind das ja alles AA-Unterlagen, das gehört zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes, nicht des BMF. Deswegen kenne ich die jetzt nur sehr rudimentär. Ist es aber aggregiert worden, und dann ist das ja, was Ihnen vorliegt, das, was an uns als politische Ebene dann jeweils mit einem Vermerk, eben wie im Januar erbeten, praktisch quartalsweise gegangen ist. Und da sehen Sie durchgehend - - Ich

glaube, irgendwann ab dem Mai ändert sich der Eintrag zu Wirecard, von „Gespräche im Mai“ dann irgendwie „fortlaufend“ oder irgendwie so was. Insofern können Sie dem schon entnehmen, und ich bin ja eben ganz am Anfang, wollte ich mir das jetzt mal von Ihnen das erläutern lassen. Weil Sie sagten, es sei sozusagen politisch in 2018 schon erwähnt worden. Ich hatte das sehr deutlich dargestellt, auch zwei Mal glaube ich, dass das Dokument, aus dem Sie zitieren oder nicht zitieren, aber das Sie erwähnen, wo das als Petita wahrgenommen wird, dass es sich da um eine Aufzählung, wenn ich richtig erinnere, von neun Anliegen, die bei der deutschen Botschaft in Peking anliegend sind. Und es handelte sich um den Drahtbericht im Nachgang zu dem Gespräch des Botschafters mit dem Vizefinanzminister aus dem November, wo der Vizefinanzminister den Botschafter darüber informierte, dass die chinesische Seite sogenannte Deliverables haben will –so nennt man das, also konkrete Ergebnisse. Und deswegen darum bittet, eine Übersendung zu kriegen der Wünsche, die Deutschland hat. Und dann hatte ich geschildert, dass der Prozess dann so gelaufen ist, dass über Frau Braun-Werner, also das Referat I C 2, diese Petita an das BMWi gegangen sind. Und zwar die Petita, die das BMF hatte. Da findet sich weder Wirecard noch finden sich die Bezahldienste. Sondern ich hatte Ihnen vorhin geschildert, und die liegt Ihnen vor, das ist so eine mit einem Änderungsmodus, verschiedene abstrakte Sachen. Da geht es um die politischen Dinge, wie die Schulden-Transparenz, G20, und dann die Marktöffnung, dann die Letter of Intent und die MOUs. Und in all diesen Dingen findet Wirecard – meiner Erinnerung nach, ich kann das ja nochmal überprüfen – und auch das Thema Bezahldienste keinerlei Erwähnung. Und ich habe Ihnen geschildert, dass es weder beim Gespräch mit Liu He noch bei dem Gespräch, das ich mit dem Finanz-Vizeminister geführt hab, eine Rolle gespielt hat und - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Was ist denn dann gemeint mit „Thematisierung auf deutsch-chinesischem Finanzdialog am 18. Januar“ mit Bezug auf Wirecard, in einer Tabelle, wo es um Wirecard geht? Was ist denn dann gemeint?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, das ist ja eine Mail, die ich nicht geschrieben habe. Ich kann doch nicht Ihnen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, und was ist denn dann gemeint mit „Erwähnung reicht absehbar zur Erlangung der zum Markteintritt notwendigen Lizenz“? Was ist mit „Erwähnung“ gemeint in einer weiteren Tabelle?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich es richtig sehe, hatten Sie doch den Verfasser dieser Mail bei sich zu Gast hier als Zeugen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na, der hat ja meistens auf Sie verwiesen und auf die politische Ebene, deswegen frage ich Sie jetzt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn er eine Mail abschickt, dann hat er auf mich verwiesen? Das kann ich mir kaum vorstellen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Er hat darauf verwiesen, dass das Belange gewesen seien, die politisch verhandelt worden wären. Deswegen frage ich, es gibt ja - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber ich hatte Ihnen doch, ich glaube, sehr ausführlich und ausdrücklich geschildert, dass die Frage, wo dieser Paragraph oder dieser Absatz 30 her kam, ich nochmal nachvollzogen habe, er ist als Artikel 38 von der chinesischen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich glaube, wir sind über der Zeit. Dann stelle ich für den jetzigen Zeitpunkt fest, dass der Staatssekretär der Auffassung ist, dass die Mitarbeiter der Botschaft hier offenbar Unwahrheiten über die Vorgänge und Abläufe verbreiten.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr De Masi, das ist Ihre Art und Weise zu agieren, die ich nicht akzeptiere. Das akzeptiere ich auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich brauche eine weitere Runde.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe jetzt die Ausföhrung der Botschaftsmitglieder und -mitarbeiter

nicht erwähnt, aber ich finde das etwas erstaunlich, dass Sie jetzt einem Worte in den Mund legen, die weder gefallen sind, ich habe - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann erklären Sie den Widerspruch.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich sehe gar kein Widerspruch, Herr De Masi. Anders als Sie, sehe ich kein Widerspruch, und das ist ein bisschen Ihr Modus Operandi, dass Sie Widersprüche konstruieren, wo sie nicht existieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Ich würde an dieser Stelle sagen: Fortsetzung in der nächsten Runde. Und dann gebe ich das Wort jetzt an Dr. Bayaz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe auch nochmal eine, wahrscheinlich vielleicht sogar meine letzte Nachfrage zum Chinakomplex. Und zwar: Wenn man auch in die Unterlagen schaut, aber auch Ihnen zuhört, auch dem Vorgänger, dann geht es sehr viel darum, was für die deutsche Seite drin war bei diesem Dialog. Was war denn das chinesische Interesse, was hat man denen eigentlich versprochen oder was war deren Interesse? Darüber lese ich sehr wenig.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das hatte ich versucht ein bisschen zu schildern, dass es auch ein geopolitisches Interesse ist. Wir haben, glaube ich, als westliche Demokratie und Industriestaaten ja immer wieder das Thema mit der chinesischen Seite, dass das ein bisschen einseitig wahrgenommen wird. Also unsere Volkswirtschaften sind ziemlich offen. Sie kennen die Debatte, jetzt aus den* Wirtschaftsverordnungen* und aus dem* Wirtschaftsgesetz, ein bisschen auch strategische Interessen auch* zu definieren. Aber das wir eine gewisse Ungleichheit wahrnehmen, was die Marktzugangsbarrieren anbelangt. Dass also es die Joint Venture-Pflicht zum Beispiel gibt auf chinesischer Seite, die das deutsche Recht und das europäische Recht auch nicht kennt. Und deswegen geht es darum, im Wesentlichen tatsächlich fast* einen gleichen Marktzugang zu kriegen. Was die chinesische Seite anbelangt, gibt es, das hatte ich vorhin ein bisschen geschildert,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Regulatorik ein Thema, was, wenn ich es richtig erinnere, die Frage der Absenkung der Erfordernisse der Eigenkapital-, glaube ich, Ausstattung anbelangt. Das ist immer dann möglich,* nageln Sie mich nicht fest, ist in den Unterlagen* Kreditwesengesetz oder so was, wenn das als gleichwertig anerkannt wird. Das war eines der, sozusagen, der harten Bargaining-Chips, die wir hatten in dem Gespräch mit den Chinesen, dass die das von uns haben wollten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das heißt: politische, regulatorische Themen und nicht, sage ich mal, Support für ein gezieltes Unternehmen oder - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da hatten wir erst, das hatte ich ja geschildert, mit dem Europa-Hub, da ist es eher unser Interesse gewesen. Wenn ich es richtig erinnere, gab es auch immer mal wieder einzelne Anliegen chinesischer Unternehmen, die adressiert werden. Aber da das Problem in China das des fehlenden Marktzugangs und der fehlenden Marktöffnung ist, ist es meistens eher ein Interesse der G7-Länder, der EU 27, dass ein europäisches Unternehmen in China auf dem Markt also Fuß fassen kann. Die Chinesen sind da, wenn man das ein bisschen zusammenfasst, so drauf, Rosinen picken, also in den Bereichen, wo es keine Konkurrenz gibt, in den Bereichen, wo sie etwas bekommen können und wo es ihre Marktposition nicht schädigt, da sind sie gerne bereit. Und in allen Bereichen, wo jetzt vielleicht westliche Unternehmen auch gerne mitmischen würden, in diesem sehr großen, sehr interessanten chinesischen Markt, da sind die sehr zurückhaltend.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommen wir nochmal zu dem Non-Paper „Für die Freunde“. Ich habe irgendwo gelesen, ich glaube den ersten Draft, den ersten Entwurf, gab es irgendwie am 27., am 29. Juli, weil der Bundesfinanzminister zu der, das war glaube ich, eine Sondersitzung des Finanzausschusses, zu Gast. War die Intention sozusagen, war das auch sein Briefing, seine Vorbereitung für diese Sitzung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, war es nicht. Es war meine Idee. Ich fand wir brauchen, weil das ja ein sehr komplexer Sachverhalt ist, und einige ja sehr intensiv die Öffentlichkeitsarbeit betreiben - - Ich sagte: Wir brauchen mal eine verständliche Darstellung, worum geht es eigentlich, und was sind die einzelnen Punkte, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Und das sollte unsere Erläuterung dessen, wie wir die Dinge sehen*.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das am 4. August für den Bundesfinanzminister ausdrucken lassen, geht aus einer Kommunikation einher. War das auch ein Anlass, wo Sie das vielleicht mal genommen haben, um mit ihm durchzusprechen? Herr Hauer hatte ja vorhin, sage ich mal, versucht, nochmal Touchpoints zwischen Ihnen und dem Finanzminister genau zu den Fragestellungen herauszuarbeiten. War das so einer?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin jetzt ein bisschen in einem Dilemma, weil wir uns jetzt sehr schwer in dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung befinden, und da wissen Sie, ist meine Aussagegenehmigung nicht gedeckt. Ich will da aber gar kein großes Geheimnis drum machen. Das ist ein nicht abgeschlossener Vorgang. Ich will es mal so formulieren, der Bundesfinanzminister war nicht überzeugt davon, dass das das Richtige ist, und deswegen ist dieses Papier ja auch nicht verteilt worden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das ist doch eine klare Aussage. Können Sie rekonstruieren, wann der Bundesfinanzminister das erste Mal von einem Leerverkaufsverbot gehört hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das muss ja an dem 21. oder 22. Februar gewesen sein über den Vermerk. Aber wenn ich das richtig auch aus seinen Äußerungen bei Ihnen im Ausschuss erinnere, hat er das in der Zeitung gelesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und über die Ermittlungen gegen den Financial Times-Journalisten und seiner Kollegin?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht mehr beantworten, also ich habe nie drüber mit ihm geredet.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, das sind ja schon zwei sehr politische Vorgänge, ja. Herr Toncar hat Sie gefragt, ob die jemals in Ihrer Staatssekretärsrunde ein Thema waren. Sie sagten: Nein. Deswegen wiederhole ich die Frage jetzt nicht, aber irgendwo im anderen Raum, und zwar politische Ebene, muss es doch Thema gewesen sein, und zwar nicht erst, als das Kartenhaus kollabiert ist, sondern zu dem Zeitpunkt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Naja, so ein Ministerium funktioniert ein bisschen anders. Und unsere Staatssekretärsrunden, und das sind Kollegen - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allem die Behörde, die das - - Eine Frage, die ich, weil Sie auch immer sehr ausgiebig antworten, was ich gut finde, noch eine Frage hinterher: Sie wissen ja auch, das sehen ja andere Institutionen anders als die BaFin, die Bundesbank beispielsweise, die sich davon distanziert. Also das sind ja - - Also die BaFin ja auch eine Behörde, die in ihrer Zuständigkeit ist - - Das muss doch auch einen politischen Prozess auslösen. So, das wundert mich, das kriege ich nicht ganz zusammen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Deswegen nochmal zunächst zu dem Charakter des Kollegiums. Da geben wir normalerweise die politisch vom Minister zu entscheidenden Themen durch. Und wie Sie wissen, ist die Frage eines Leerverkaufsverbots keine, wo das Bundesfinanzministerium Aktien drin hätte. Sondern das ist etwas, was die BaFin, wenn ich es richtig erinnere, im Zusammenspiel mit der ESMA macht. Die ESMA hat, wenn ich das richtig wahrgenommen habe, ja gerade in einem Bericht dem Bundesfinanzministerium sogar gesagt, es hätte sich zu sehr eingemischt, was die Tätigkeit der BaFin angeht, und sei mit der Rolle einer unabhängigen Kontrollinstanz nicht so richtig zu vereinbaren. Insofern war das nach meinen Erinnerungen kein Thema. Wenn es Thema gewesen ist – und das

ergibt sich, glaube ich, aus der Chronologie – war das etwas, was zwischen Kukies, der dafür zuständig ist, und dann mit dem Minister anlassbezogen über solche Themen redet.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, meine Zeit ist leider abgelaufen. Ich hätte jetzt noch ein/zwei Nachfragen, aber - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir haben ja noch Zeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann geht es weiter mit Kollege Fritz Güntzler für die CDU/CSU.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär. Ich komme nochmal auf den Besuch der Bundeskanzlerin zurück und die Vorbereitungen dazu. Können Sie mal, wenn das Ihrem Zuständigkeitsbereich zugehörig ist oder Sie darüber Kenntnisse haben, sagen, wie das im Grundsätzlichen so läuft, wenn die Bundeskanzlerin ins Ausland fährt. Wie erfolgen die Informationen aus den Fachministerien? Werden die nur auf Nachfrage erteilt, und gab es in diesem konkreten Fall dann eine Nachfrage?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, also wie das grundsätzlich ist, weiß ich ehrlicherweise nicht. In diesem Fall, glaube ich, war es ja so, dass es - - Also das Bundeskanzleramt ist eine mächtige und wisende Behörde. Die können sehr viel, und Sie werden ja, glaube ich, Herrn Rölller auch noch erleben, das ist ein ganz toller Kollege, der sich auch auskennt, und seine Kolleginnen und Kollegen auch. Deswegen werden die Reisen der Kanzlerin so vorbereitet, wenn ich es richtig sehe, dass die sich dann zu einzelnen thematischen Fragen an die Ressorts wenden. Das ist aber ein etabliertes Verfahren auf der Fachebene, das stattfindet. Wenn ich es richtig erinnere – und es gibt ja eine Chronologie, auch des Kanzleramtes – war es hier ja so, dass die Frage auf Referentenebene – aber nicht zur Vorbereitung der Reise, sondern des Gesprächs von Herr Rölller mit den Vertretern der Wirecard – abgefragt worden ist. Irgendwann im August oder sowas.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, wenn man sich das ansieht, sind dort ja im Wesentlichen die Antworten von Kleinen Anfragen der Kollegen übersandt worden, und keine weiteren Informationen. Ist das richtig?

Zeuge Wolfgang Schmidt: So habe ich das auch wahrgenommen, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und ich habe Sie vorhin so verstanden, dass die Tätigkeit der DPR für Sie nicht mitteilenswert war, weil es war frisch.

Zeuge Wolfgang Schmidt: -fähig.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nicht mitteilenswert war. Sie haben aber ein Zusammenhang hergestellt zu dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk von EY aus dem April 2019. Können Sie mir das denn nochmal erklären, wie diese DPR-Prüfung mit diesem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zusammenhängt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ging es für mich um die Frage der öffentlichen Wahrnehmung und der Frage „ex post – ex ante“, und die Frage „Welches Wissen konnte wer zu welchem Zeitpunkt haben“? Und die Frage, wo ich immer versuche ein bisschen – auch im Zwiegespräch auch vorher auf Twitter mit Herrn De Masi – hinzuweisen: es handelt sich um zwei Komplexe: Singapur und Tochterunternehmen von Wirecard und Third Party Acquirer und speziell Dubai im Oktober. Und das Thema Singapur und die ganze Frage ist durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers EY im April auch öffentlich diskutiert worden und hat eine entsprechende Berichterstattung. Ich verweise nochmal, ich habe es mir nochmal angeguckt. Es sind zwei Seiten im Handelsblatt erörtert worden, ja sehr breit. Weil es zuvor auch das Auslaufen des Leerverkaufsverbot gab, das ja auch für bestimmte Debatten gesorgt hat. Dann hat es eben diese neuen Vorwürfe am 15. Oktober gegeben. Und darauf weise ich immer wieder hin, weil das jetzt wieder nicht mein Zuständigkeitsbereich ist, bin ich wieder in dem Bereich, den ich vorhin ganz am Anfang an* dem Disclaimer erläutert

habe - - Das ist dann die sachliche Aufklärungsarbeit, die Sie ja leisten. Aber ich finde, das macht mich dann, muss ich ehrlicherweise sagen, und deswegen engagiere ich mich da hin und wieder, weil es mich dann doch ein bisschen, sagen wir mal, wie Sie merken, umtreibt, wenn die Dinge so mit Absicht, aus meiner Sicht, durcheinander gewürfelt werden, und man die Dinge nicht sauber auseinander dividiert. Das ist ein ganz schweres, ganz kriminelles Vorgehen, was wir hier sehen. Aber ich finde, gerade in der Aufarbeitung ist es absolut wichtig, dass man präzise bleibt. Natürlich ist bei der Frage der politischen Verantwortung, die sowohl mich trifft, was die Mail anbelangt, oder die Bundeskanzlerin betrifft, was die Reisen und dann das Erwähnen anbelangt, ist die Frage: Welche Kenntnis hatten wir? Welche Kenntnis hätten wir haben können? Da weise ich eben darauf hin, dass wir es mit zwei Sachverhalten zu tun haben, und der eine hat eben eine öffentliche Bewertung dann im April erfahren, durch, also 24./25., durch die Vorlage der Bilanz. Und dann hat es ja noch die Beteiligung von AllScore gegeben. Dann hat es groß verkündet die Tatsache*, dass jetzt Aldi zu den Kunden von Wirecard gehört und es sich um ein DAX 30-Unternehmen handelt. So. Und jetzt wird ja so ein bisschen der Eindruck suggeriert, dass der Laden immer schon dodgy war. Ja, das wissen wir heute mit dem Wissen von heute, völlig d'accord. Aber Singapur und Dubai sind zwei unterschiedliche Sachverhalte. Herr De Masi ist anderer Auffassung. Aber selbst aus der Berichterstattung, ich kann Ihnen das gerne auch immer noch mal zitieren, der Financial Times, die sagt, am 15., wo sie ja dann diese ganzen Materialien auch vorlegt, ich gucke mal eben kurz - - Also zum Einen: Am 24. April sagt die Financial Times, den Einstieg der Softbank mit den 900 Millionen an Wirecard, nannte sie das ein Vote of Confidence*, also eine Stimme* des Vertrauens, oder wie auch immer Sie das übersetzen wollen. Wenn man sich dann anguckt das Thema Oktober, da wird geschrieben:

The documents provided by whistleblowers give the clearest picture to date of Wirecard's questionable accounting practises.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Also die Frage, dass die jetzt von den Hinweisgebern am 15. Oktober zur Verfügung gestellten Dokumente das bisher deutlichste Bild von Wirecards fragwürdigen Buchhaltungspraktiken und Geschäftsmodellen ergeben*. Und deswegen hat diese Sache im Oktober ja auch für so viel Furore zu Recht gesorgt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das war gar nicht Ursprung meiner Frage.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigung.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber es ist ja immer nochmal interessant, das holt uns ja auch alles immer wieder nochmal ab. Und ich hatte Sie nur vorhin nur so verstanden, ich glaube auf die Nachfrage von Herrn Dr. Toncar, warum man sozusagen nichts der Bundeskanzlerin mit ins Gepäck gegeben hat bezüglich der DPR-Prüfung. Die sah ja letztendlich, da ging es ja auch nur um den ersten Teil des Problems, den Sie eben beschrieben haben, und das wäre durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk durch EY erledigt gewesen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also das ist jetzt meine retrospektive politische Betrachtung. Da ging es ja um die Frage, wie man auf eine Presseanfrage ein Jahr später reagiert und den Sachverhalt so präzise darstellt, wie es darzustellen ist. Und die Frage, ob DPR-Prüfungen mitgeteilt werden: Das, glaube ich, ist in irgendeiner Kleinen Anfrage auch erläutert worden, das ist natürlich nicht der Fall. Und Sie kennen das Problem, nach dem Gesetz, aber auch der Verfahrensordnung der DPR: Dass eben die Prüfungen der DPR selbst dem Finanzministerium nicht mitgeteilt werden dürfen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie hätten also gar nicht über die DPR berichten können, es lag Ihnen gar nichts vor?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt eine sehr juristische - *- Ich bin da nicht der Experte. Ich beziehe mich jetzt wirklich auf das Wissen, und da ging es um eine zwischen Kanzleramt und Finanzministerium zu einende Sprache, und da war ich sprachlich hilfreich behilflich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das spannende ist ja, ich erlebe Sie heute zum ersten Mal, dass Sie im Disclaimer über alle Themen reden und hinterher immer sagen, sind Sie ja eigentlich gar nicht für zuständig, und das war ja gar nicht so gemeint. Für mich ist es schon deutlicher auch herauszuarbeiten am Sachverhalt, dass durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk von EY die DPR-Prüfung gerade nicht abgeschlossen worden ist. Hat man uns ja mehrfach - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, klar.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): ... dargestellt, dass sie nicht abgeschlossen ist, weil sie viel umfassender ist. Das war ja erst der Halbjahresabschluss 2018, der Konzernabschluss ist ja dann erweitert worden, also von daher - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die Prüfung ist zum Abschluss gekommen in 2020.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): ... hätte man der Bundeskanzlerin ja vielleicht doch ein bisschen mehr ins Gepäck tun können. Sie haben dann auch, auf die Nachfragen von der geschätzten Kollegin Kiziltepe, bezüglich des FISG ja auch dann wieder letztendlich geantwortet, eigentlich sind Sie ja gar nicht zuständig, aber am Anfang haben Sie den Werbeblock gemacht und die Jubelszenen, dass das im Kabinett am Mittwoch beschlossen worden ist, und dass das die richtige Antwort, Sie haben das ein bisschen anders formuliert, auf das Wirecard-Problem ist. Glauben Sie, dass mit den Dingen, die jetzt im FISG angelegt sind als Regierungsentwurf, der Wirecard-Skandal verhindert worden wäre?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da tue ich mich schwer. Ich weiß es nicht. Also das ist ja ein riesenproblem, das wir haben. Wie schwerkriminell ist das Verhalten. Also sagen wir mal vorsichtig, ob man ihn hätte verhindern können, weiß ich nicht, aber er wäre vielleicht deutlich früher ans Tageslicht gekommen. Das ist aber eine Frage, und da werden Sie ja drüber beraten müssen, ob das ausreicht, und ich mach den Werbeblock natürlich*, weil wir eine Bundesregierung sind. Ob



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich persönlich mir auch noch darüber hinaus etwas hätte vorstellen können, das überlasse ich jetzt Ihrer Fantasie.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das kann ich mir durchaus vorstellen. Ich muss da nicht sehr ausgeprägt sein. Wir haben ja jetzt einen Untersuchungsauftrag, darum sind die Fragen ja auch berechtigt, ja auch genau den Auftrag, noch ein paar Vorschläge zu entwickeln. Deshalb gibt es bei uns teilweise noch ein paar Fragen mehr und überlegen, ob so ein Aktionsplan zu dem jetzigen Zeitpunkt richtig ist, wo wir die ganzen Erkenntnisse noch nicht vorliegen haben. Aber wenn Sie, als Vertreter des Bundesfinanzministeriums, hier sagen: „Das ist die richtige Antwort“, dann müssen Sie ja schon Erkenntnisse haben, die wir hier vielleicht teilweise erst gewinnen wollen. An diesen Erkenntnissen sollten Sie uns doch partizipieren lassen, dann ersparen Sie uns ein bisschen Arbeit.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist ja bisschen ein Henne-Ei-Problem also. Und der Aktionsplan, wie Sie wissen, ist ja wegen der Schnelligkeit, die Olaf Scholz an den Tag legt bei solchen Fragen, deutlich vor der Entscheidung, dass es hier einen Untersuchungsausschuss geben soll, vorgelegt worden. Und die gesetzlichen Vorschläge sind dann im Oktober erfolgt. Also ich hatte ehrlicherweise mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses nur eine Sorge, weil ich es ansonsten sehr wichtig finde, dass es aufgearbeitet wird, und das war, dass das Argument kommt von interessierter Seite, dass jetzt, nachdem ein Untersuchungsausschuss da ist, man ja noch gar kein Gesetz machen könne, weil man ja noch nicht alles wisse. Und ich glaube, dass es extrem wichtig ist, dass wir auf der Erkenntnis eben*, die wir ja jetzt haben, jetzt schon handeln. Wenn Ihnen da noch kluge Einfälle kommen, dann ist es sicherlich gut, das noch besser zu machen. Aber die Sorge, die ich politisch hatte, war, dass wenn das jetzt zum Anlass genommen wird, zu sagen: „Na dann warten wir mal ab, bis der Untersuchungsausschuss zum Ende gekommen ist“: * Ups! Jetzt ist ja das Ende der Legislaturperiode, und dann kommt ja die Diskontinuität. Und dann müssen wir noch eine Regierung bilden*.

Und bis der Herr Scholz Kanzler ist, dann dauert das wieder, dann haben wir ja ein Problem.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber das setzt ja voraus, dass Sie ja schon Erkenntnisse haben, die wir unter Umständen noch nicht haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich bin sicher, dass Sie die auch alle haben. Also die Frage - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Dann würde ich Sie konkret, weil das ein Bereich ist, der mich sehr interessiert - - Das ist das Thema der Abschlussprüfung, um nur mal einen Bereich rauszugreifen. Welche Erkenntnisse Sie haben zur Abschlussprüfung, und auf die jetzt reagiert wird, und die dann den Wirecard-Skandal verhindert hätten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich glaube, also ohne jetzt den Ermittlungen und auch Ihren Befragungen der Beteiligten vorgreifen zu wollen: Die Frage, wie lange ein Abschlussprüfer in einem Unternehmen ist, und ob es eine externe Rotation irgendwann geben sollte, ist, glaube ich, eine, die richtigerweise mit „Nicht so lange, wie sie jetzt nach der gesetzlichen Regelung vorgesehen ist“, beantwortet werden sollte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie wissen, wie lange EY geprüft hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, und trotzdem - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir reden jetzt über zehn Jahre, sind im elften Jahr drin. Ist da so ein großer Unterschied?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jetzt bin ich ein bisschen in einer schwierigen Situation, dass Sie sich vorstellen können, dass ich mir persönlich auch immer noch was anderes - - Aber die Bundesregierung hat sich jetzt eben für einen Gesetzesentwurf mit zehn Jahren entschieden. So. Und wenn Ihnen klügere Gedanken kommen, glaube ich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also die Diskussion, auch wenn ich die Medien verfolge, auch damals, ich glaube letzte Woche, vorletzte Woche, die Wirtschaftswoche, ist ja die Frage der Haftung



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

der Wirtschaftsprüfer/Abschlussprüfer eine große Frage. Glauben Sie wirklich, dass die Haftungsfrage etwas verändert hätte im Handeln von EY? Ist nicht der Reputationsschaden, den dieses Unternehmen erleidet, viel größer, als jeder unmittelbare materielle Schaden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das sieht im Moment so aus, da ich keine Erkenntnisse habe, da ich nicht weiß, ob EY sich falsch verhalten hat und ich ja hier für so eine Bundesregierung sitze und mich ein bisschen schwer tue, hier so ein Urteil zu fällen, wenn Sie ja mit der gesamten Kraft - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie haben ja vorhin ausgeführt, sie hätten ja die Erkenntnisse, und damit würden Sie ja darauf reagieren.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber gut, die Erkenntnis ist, dass es sicher besser ist – so, das kommt ja normalerweise aus Ihrer Fraktion – wenn ein Unbill geschieht, müssen wir den Strafrahmen erhöhen. Und das gilt ja im Strafrecht meistens.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also bei CumEx haben wir das vorgeschlagen, stimmt. Da mussten wir Sie schon ein bisschen treiben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt schon ein bisschen anders.

Zwischenrufe

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das stimmt auch nicht, aber das ist hier jetzt auch nicht Gegenstand. Da können wir auch lange drüber reden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Es ist ja korrigiert worden, jetzt gemeinsam.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Haben wir doch gemeinsam gut hingekriegt. So, aber - -

Zwischenrufe

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. Ich wollte auf etwas anderes hinaus, aber Sie haben ja auch alle eine Meinung. Aber ich wollte darauf hinaus - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir diskutieren jetzt nicht das Jahressteuergesetz.

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... dass die Frage – da würde ich dann auch wieder mit Zuständigkeit kommen und den Kollegen Bösingher vorschicken. Aber ich wollte nur sagen: Die Frage, dass natürlich doch auch unsere meistens gemeinsame Überzeugung ist, dass höhere Strafen – zumindest eine höhere, oder in diesem Fall Schadensersatzregelung – nochmal einen noch mehr zum Nachdenken bringt. Sie können sagen: „Die sind so abgezockt, dass die sagen: `Ist uns auch egal““. Und Sie haben Recht: Natürlich ist ein Reputationsschaden jetzt eingetreten, der für dieses Unternehmen ziemlich schwierig ist. Nur: ich habe die Debatte so wahrgenommen, dass die meisten das schon sehr begrüßt haben, dass es eine höhere Haftung gibt. Weil man gesagt hat: die Diskrepanz zwischen dem Schaden, der eingetreten ist für Tausende von Kleinanlegerinnen und Kleinanleger, und dem, was bei – wenn das sich herausstellte, dass der Abschlussprüfer sich nicht korrekt verhalten hätte – dann die Haftung dieses Abschlussprüfers wäre, da ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir müssen ja jetzt die Gesetzesberatung nicht vorwegnehmen. Bloß, weil Sie eingangs diesen Werbeblock so gemacht haben. Dann stelle ich mir die Frage, ob 16 Millionen Euro eine größere Abschreckung sind als vier Millionen Euro, wenn wir über eine Milliarde reden. Aber das können wir ja alles nochmal weiter diskutieren.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin inzwischen – wissen Sie – in diesen Zahlenräumen bis 100 Milliarden sehr firm.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich bin nur beruhigt, dass Sie nicht so viel mehr Erkenntnisse haben, die dann dazu führen, das, was jetzt im Gesetz steht, als wir hier haben. Also von daher, vielleicht ein bisschen Aktionismus, den wir vielleicht gemeinsam in der Bundesregierung zu tragen haben. Aber Herr Kollege Hauer hat noch Fragen an Sie.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, jede Menge. Vielleicht nur nochmal kurz dazu, was der Kollege



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Güntzler gesagt hat. Nach dem Werbeblock eingangs für das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz hätte ich jetzt schon eine etwas kraftvollere Antwort von Ihnen auf die Frage von Herrn Güntzler erwartet, ob denn Wirecard, der Skandal, jetzt verhindert worden wäre, wenn wir diese Gesetzeslage schon gehabt hätten. Da tun Sie sich schwer. „Ich weiß noch nicht“, haben Sie erstmal gesagt. Und dann: „Vielleicht ein bisschen früher.“ Das fand ich jetzt nicht ganz so kraftvoll, wie ich Ihr Eingangsstatement verstanden habe. Aber wenn Sie schon fragen, wir haben hier eine Menge Vorschläge. Die werden wir hier im Gesetzgebungsverfahren vorbringen. Ein paar haben wir auch schon deutlich gemacht. Zum Beispiel auch, dass es verpflichtend einen stärkeren Austausch zwischen dem Aufsichtsrat und dem Wirtschaftsprüfer geben sollte. Aber auch zum Beispiel, dass man nicht nur an die externe Rotation denkt, sondern auch an die interne Rotation, dass man da die Fristen verkürzt. Dass Prüfungsteams wechseln. Teilweise wechseln Prüfungsteams mit den Gesellschaften, wenn die den Auftrag wechseln. Also da ist viel Luft drin, wir haben da gute Ideen, auch vieles, was nicht in dem Gesetzentwurf drin steht, da sprechen wir noch drüber. So. Und es ist natürlich auch unser Auftrag hier als Untersuchungsausschuss, Dinge zu befördern, die den Skandal hätten verhindern können. Insofern ist es richtig, dass wir darüber auch reden. Aber ich möchte nochmal zu dem Thema, wo wir vorhin stehen geblieben sind, zurück. Ich frage erstmal einleitend: Sie sind ja für die Leitungsabteilung verantwortlicher Staatssekretär und damit ja auch maßgeblich dafür verantwortlich, welche Informationen und Vorlagen Herrn Minister Scholz vorgelegt werden. Da würde mich mal einfach interessieren, wie Sie die auswählen. Was bekommt Herr Scholz, und was bekommt er nicht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da kann ich Sie beruhigen, ich bin nicht der Oberzensor und ich bin nicht der Oberstaatssekretär. Sondern: Wir haben mit Absicht die Entscheidung getroffen, das war auch mein Wunsch, dass die Leitungsabteilung eingegliedert wird als normale Abteilung. Und nicht wie diese berühmten Schokoriegel zwischen dem Haus und dem Minister liegen, weil

ich das für ein schweres Organisationsmissmanagement halte, wenn man so etwas tut. Das führt dazu, dass sich so eine Leitung und der Minister abkoppelt von dem Fachwissen des Ministeriums. Deswegen kann ich Sie beruhigen. Ich kontrolliere keinen einzigen Vorgang. Ich bin für die Vorlagen zuständig, die aus der Abteilung I oder aus der Abteilung L – als sozusagen Abteilung – an den Minister gehen. Aber meine Kollegen würden sich aber auch bedanken, wenn ich jetzt jede einzelne Vorlage - - Und das würde ich auch überhaupt nicht schaffen, dann wäre ich ja nochmal Zusatzminister, alle Vorlagen, die an den Minister gehen, mir auch angucke und dann freizeichnen würde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Grenzen Sie es nochmal auf Ihren Bereich ein. In Ihrem Bereich, wie entscheiden Sie da, was der Minister erfährt, und was nicht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also in der Regel – das ist wie in jedem Ministerium auch – ist es so, dass die Fachabteilungen eine Ministervorlage entweder aus eigener Initiative machen. Dann kommt es eher selten vor, dass man sagt: Nee, das ist jetzt für den Minister nicht so relevant. Das geht dann häufig – jetzt sagen wir mal in Coronazeiten – um so Informationsvorlagen, wie jetzt die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Argentinien ist. Ich übertreibe etwas. Aber Sachen, bei denen ich jetzt so sage, das ist interessant für mich, aber das ist jetzt vielleicht nicht ganz so zentral. Da gibt es zweitens Sachen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also Arbeitsmarkt in Argentinien vielleicht nicht, aber vielleicht Finanzmarkt in China doch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das würde ich dann aber auch weitergeben, zum Beispiel, wenn ich das Gefühl habe, das sind Informationen, die – Sie erinnern sich an das Bonmot von Helmut Schmidt – über das NZZ-Wissen hinausgehen. Also der Minister ist jemand, den kenne ich ja schon einen Tag länger, der sehr gut informiert ist und sehr viel Zeitung liest. Und wenn ich das Gefühl habe, es befindet sich auf einem Zeitungsleserniveau, dann würde ich eher sagen, das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

muss er nicht haben. Aber das kommt ehrlicherweise in sehr sehr seltenen Fällen vor. Und dann gibt es zweitens Sachen, die angefordert werden aus dem Ministerbüro. Da werde ich einen Teufel tun. Da gibt es hin und wieder mal eine Qualitätskontrolle, wenn ich sage, das ist hier noch nicht ausreichend, oder das ist zu konfus, das muss nochmal klarer strukturiert werden. Und dann gibt es drittens Sachen, wo ich sage, wenn* auf einen Staatssekretär ausgezeichnete Vorlage bei mir ankommt, und ich sage, die finde ich jetzt so interessant, und das ist ein Aspekt, von dem ich weiß, es interessiert den Minister auch, dass ich dann noch ein „M“ oben drüber schreibe, und dann geht das an den Minister.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn Sie sich als Staatssekretär mit einem CEO eines DAX-Konzerns treffen, wird das dann üblicherweise protokolliert, was Sie da besprechen? Oder gibt es einen Vermerk darüber?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nie? Oder ist das einfach unüblich, oder - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich treffe mich jetzt nicht mit so vielen CEOs, aber ich treffe mich mit Vorstandsmitgliedern. Und da, glaube ich, habe ich in meiner Tätigkeit keinen einzigen Vermerk zu angefertigt, oder kein Protokoll. Das würde ehrlicherweise - - Das ist auch wieder so ein bisschen aus der Arbeitssituation: Wenn wir jetzt jedes Mal nach einem Gespräch noch einen Vermerk anfertigen müssten, dann müssten wir praktisch zu jedem Gespräch nochmal Zeit dazu addieren. Und wir haben eher das Problem, dass unser Tag zu kurz ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie erinnern sich also schlecht, habe ich festgestellt. Also Sie erinnern sich ja noch nicht mal, wann Sie mit Herrn Scholz über Wirecard gesprochen haben. Dann würde es ja vielleicht helfen, wenn man sich ab und zu mal etwas notiert. Ich fragte nur deshalb, weil ja ihr Kollege Kukies ja den 50. Geburtstag mit Herrn - also nicht seinen, sondern den von Herrn Braun - bei Herrn Braun verbracht hat, und dann ein Gespräch hatte und dazu nicht

protokolliert wurde. Aber da sagen Sie, das ist üblich, dass das nicht gemacht wird, auch wenn das der CEO eines DAX-Konzerns ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das wäre das vollständig übliche Verfahren in jedem Ministerium. Da Sie ja heute Geburtstag haben - ich weiß nicht, ob Sie das jetzt hier - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich bin aber gezwungen, heute hier - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: ...ja, ich wollte jetzt sagen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ... ich habe Sie nicht eingeladen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Und deswegen möchte ich darauf hinweisen. Ich glaube, es ist ja auch sehr sauber dokumentiert. Dann muss ich auch sagen, das finde ich - - Weil Sie das ja, wenn ich das richtig wahrgenommen habe, hin und wieder jetzt gemacht haben. Und auch diese Kolportagen, Kukies hätte da irgendwelche Geburtstage gefeiert. Kollege Kukies ist, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, 6:10 Uhr in Frankfurt losgeflogen, Sie können sich ja ausrechnen, wann er dann ungefähr aufgestanden sein müsste. Er ist dann um 7:10 Uhr - wenn ich das richtig erinnere - in München gelandet, um um 8:30 Uhr in Aschheim den Termin zu machen, der bis 9:30 Uhr gedauert hat. Danach ist er zur BayernLB gefahren, hat sich mit dem Vorstandsvorsitzenden getroffen, hat danach einen öffentlichen Vortrag gehalten, hat dann um 14 Uhr den Flieger zurück genommen, hat den nächsten öffentlichen Vortrag in Frankfurt gehalten und hat, das ausweislich seines Kalenders, bis 22 Uhr über den Vorschlag von Olaf Scholz zur Bankenunion mit ganz ganz Vielen telefoniert. Das heißt, der hat ein Riesen-Pensum abgegriffen*. Ich weiß nicht, wie Sie ihren Geburtstag sonst feiern - vermutlich auch so in Sitzungen. Aber dass man daraus jetzt konstruiert, dass Kukies - - Weil er zufälligerweise das Gespräch - - Das lange vorher von ihm - „Ich will den mal treffen“ - angetextet war - - Jetzt immer wieder, mit diesem „An seinem Geburtstag“ - - Was zum



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teufel hat das mit der Tatsache, dass die sich getroffen haben, zu tun?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Erstmal stelle ich fest, dass Sie sich, wenn Sie wollen, sehr detailliert erinnern können. Sie kennen sogar nahezu den Kalender von Ihrem Kollegen Kukies auswendig. Wenn sich ein DAX-Konzern in die Insolvenz begibt, und Sie mit Ihrem Chef darüber sprechen, dann erinnern Sie sich nicht, ob es einmal, zweimal oder hundertmal gewesen ist. Das haben Sie immer noch nicht beantwortet. Ich bin enttäuscht, dass Sie nicht sagen wollen, wie oft Sie mit dem Herrn Bundesminister darüber gesprochen haben. Ich sage Ihnen, dass Herr Braun seinen 50. Geburtstag an diesem Tag gehabt hat. Er hat dort ein Gespräch mit Ihrem Kollegen, Herrn Staatssekretär Dr. Kukies, terminiert. Das finde ich bemerkenswert, weil ich mir vorstellen könnte, dass man seinen 50. Geburtstag auch anders verbringen kann. Insofern finde ich die Frage erstmal legitim und stelle fest, dass ich überzogen habe.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich will es nochmal deutlich sagen. Das mag so eine Art sein. Ich habe aber nicht gesagt, ich wisse nicht, wie häufig ich mich mit ihm unterhalten hätte, sondern ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, wann das präzise war. Sie hatten mich mit einer präzisen Frage - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...und wie oft, habe ich gefragt, ob einmal, zweimal oder hundertmal.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das hatten Sie nicht gefragt. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie häufig das war. Wir haben in der Folge der Insolvenz mehrfach darüber gesprochen, wie man damit umgeht, wie das mit der Frage Aktionsplan ist. Ich kann Ihnen nur nicht - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...also erstmals nach der Insolvenz?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Das sagte ich Ihnen doch gerade. Wir haben tatsächlich sehr viele andere Dinge. Die Tatsache, dass ich mich mit dem Kalender von Herrn Kukies so intensiv beschäftigt

habe, hatte auch etwas damit zu tun, dass das ständig Gegenstand öffentlicher Debatten war und reingeheimnist wurde, er hätte den Geburtstag gefeiert. Und ich dann, solidarisch wie ich bin, sage, dass ich es eine solche Sauerei finde. Dann gucke ich mir den Sachverhalt an. Dann merke ich mir sowas auch. Wissen Sie, wir arbeiten im Finanzministerium. Ich arbeite seit ungefähr 19 Jahren mit dem Herrn Scholz zusammen. Ich habe unendlich viele Gespräche geführt. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, zu welchem Zeitpunkt ich wann was besprochen habe. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, wann genau ich die Vorgänge, die ich jetzt die ganze Zeit mit ihm berede, berede. Das ist ein fortlaufender Prozess.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich übernehme. Ich bin begeistert, dass Sie sich diesen Tag fast mit den Flugzeiten so verinnerlicht haben. Dann würde ich versuchen, sachlich aufzusetzen. Ist es zutreffend, dass Sie über die Gesprächsinhalte durch Herrn Kukies informiert worden sind?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das hatte ich auch schon gesagt. Ich habe von den Gesprächsinhalten im Umfeld der Chronologie Kenntnis genommen und bei der Debatte, ob man das vorlegen kann oder nicht. Wie Sie den Akten entnehmen können, waren Kollege Kukies und ich dafür, Ihnen das vorzulegen, weil wir diese Debatte „Über was wurde da geredet?“ und dieses ganze Gereingeheimnisse*, befürchtet hatten und antizipiert hatten. Und gesagt haben: Es hilft nur immer volle Transparenz. Und Sie wissen aber, dass es ein Problem gibt in der Frage - - Und das ist eine Schwierigkeit, der wir uns, das hatte ich vorhin dem Kollegen schon gesagt, ausgesetzt sehen, immer mit der Präjudiz, dass wenn wir in einem Fall etwas machen, weil wir sagen: „Das ist doch unproblematisch!“ und „Das sollten die wissen!“, dass dann in einem anderen Fall nicht mehr gesagt werden kann „Leute, das ist hier Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung“, oder „Es ist eben vertrauliche Gesprächsinhalte Dritter*“. Sie haben gesehen: wir haben dann eine Ausnahme gemacht in der Chronologie. Und da ist es dann dargestellt worden, die Gesprächsinhalte. Und jetzt haben Sie auch, wenn ich es richtig wahrnehme, auch den entsprechenden Vermerk zu diesem Gespräch. Das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ist das Dilemma, in dem wir uns befinden. Dass dann durch erzwungene und zwar grundsätzliche Regeln, die für die Bundesregierung gelten, Nichtvorlageregelungen, ein Eindruck entsteht, der mit dem wahren Sachverhalt nichts zu tun hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Aber das war am 5.11.2019 dieses Gespräch zwischen Herrn Kukies und (akustisch unverständlich)?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, soweit ich das erinnere.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich frage das deshalb, weil die Frage ist, und die finde ich schon berechtigt - - Und ich glaube, jetzt fange ich auch an zu fachsimpeln wie eben die Kollegen der Koa. Ich glaube, alleine Gesetzesänderungen werden nicht helfen. Ich glaube, auch in den Ministerien muss eine kritische Grundhaltung einkehren. Und wenn Sie jetzt sagen – das haben Sie jetzt gesagt – Sie haben eigentlich erst über den Inhalt des Gespräches erfahren durch die Aktenvorlage. Dann stelle ich mir schon ernsthaft die Frage, auch als Hamburger, was muss denn eigentlich in der Luft liegen, dass der Kollege Schmidt und der Kollege Kukies, vielleicht sogar ich, wenn ich jetzt Minister wäre, würde ich sagen: Leute, das möchte ich jetzt wissen. Also mein Staatssekretär fährt in die Höhle des Löwen. Da brennt gerade die Lunte, weil jetzt läuft auch gerade die Sonderprüfung KPMG. Da ist schon so viel Rauch in der Luft. Meine Großmutter in Hamburg pflegte zu sagen: „Wo Rauch, da auch Feuer.“ Und Sie sagen mir jetzt: „Ich erfahre aus dem Aktenvermerk“, „Herr Kukies, das nehme ich zur Kenntnis“. Das will ich auch versachlichen. Das ist mir völlig egal. Ich sitze auch oft am Geburtstag ganz woanders und feiere ihn selten. Manchmal ist da ja auch gar nichts zu feiern. Und keiner informiert sich offensichtlich. Und Sie sagen mir jetzt oder dem Ausschuss: „Das kommt aus dem Aktenvermerk, dass ich davon Kenntnis genommen habe“. Und ich glaube, genau da, genau da liegt eine Schwäche. Da liegt eine Schwäche, dass eigentlich keiner im Ministerium – anscheinend weder der Minister noch Sie noch Herr Kukies oder jemand aus dieser Runde – erkannt hat: Freunde, jetzt wird's Zeit,

dass wir uns gegenseitig vielleicht mal wirklich über Inhalte solcher Treffen, die – und das werden Sie mir zugestehen – eine hohe Brisanz jetzt in der posthum Betrachtung schon mal haben. Aber ich glaube, da hätte schon eine Alarmglocke angehen müssen, das ist meine Meinung, im Ministerium zu diesem Zeitpunkt: Freunde, jetzt müssen wir in einer größeren Runde etwas besprechen. Dann würde ich aber fragen: Wann ist denn, also tatsächlich erst nach Kenntnis des Aktenvermerkes, über diesen Besuch von Herrn Kukies in Aschheim im Ministerium gesprochen worden in einer größeren Runde?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie hatten mich vorhin gefragt, ob ich mit Herrn Kukies darüber gesprochen habe. Da habe ich wahrheitsgemäß geantwortet, dass ich darüber zu dem Zeitpunkt des Gespräches nicht gesprochen habe. Ich habe von dem Gespräch erfahren, als es Gegenstand der Fragen war, mit der Frage der Vorlage im Zusammenhang mit der Beantwortung der Übersendung der Chronologie.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also irgendwann im Juli 2020 dann?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr sagen. Die Chronologie ist am 16.07. ja - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau!

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... an Sie übermittelt worden. Ich weiß nicht mehr, wann wir die angefangen haben zu schreiben, und wann das Gegenstand war. Das erinnere ich nicht mehr. Aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Herr, Schmidt, ganz kurz, ganz kurz. Für mich ist da jetzt nur wichtig: Ich will gar nicht wissen, ob zehn, sechzehn Millionen - - Ich habe dazu auch einen Gesetzesvorschlag gemacht, sogar einen Gesetzentwurf geschrieben, den wir mit vielen Juristen ab - - Tausend Meinungen. Drei Juristen, vier Meinungen. Sie kennen das alles. Mir geht's nur darum, für mich, und für den Ausschuss herausarbeiten und auch für die Zukunft: Wann sollten vielleicht – ob nun wie ein Schokoriegel da drüber oder sozusagen so organisiert, wie Sie



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

es jetzt haben – so ein wichtiges Gespräch im Ministerium erörtert werden. Das ist für mich eigentlich nur wichtig.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da kann ich jetzt nur sagen: Ich bin ja der Staatssekretär Schmidt. Und ich bin zuständig für bestimmte Bereiche. Wir haben andere Staatssekretäre. Wir haben Kukies. Der ist für andere Bereiche zuständig. Die Frage, was bei Wirecard passiert ist, ist ja zunächst mal was, und was auf den Finanzmärkten passiert, die sich im Verhältnis, wenn es ministerrelevant ist, zwischen Kukies und dem Minister - - Ich sitze ja nicht bei jedem Gespräch, das Kukies und der Minister führen. So können Sie kein Ministerium führen. Sonst bräuchten Sie auch nicht vier Staatssekretäre.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da bin ich ja bei Ihnen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Deswegen kann man aus dieser Tatsache bei aller Wertschätzung nichts herauslesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Doch, eigentlich schon. Wissen Sie was? Bei uns im Unternehmen war es so, dass man gesagt hat, irgendwann kann es schon mal sein – und Sie sind es ja auch gerade – dass man in einer gewissen Tretmühle oder Tunnelsituation ist. Weil Sie haben berechtigt gerade gesagt: „Leute, seit Februar sitze ich hier mit Corona und habe eine Menge zu tun.“ Ich kenne Herrn Kukies auch als einen sehr kompetenten im Finanzausschuss, der aus ECOFIN etc. und vielen, vielen anderen Themenbereichen berichtet. Ich unterstelle gar nichts Böses. Aber der fährt nach Aschheim und nimmt das vielleicht, weil er gerade ganz andere Sachen vom ECOFIN und anderen Dingen im Kopf hat – auch kein Vorwurf, das ist menschlich – mit. Und denkt da eigentlich vielleicht gar nicht daran. Hat das vielleicht auch von der DPR gerade oder von anderen Dingen alles gar nicht so präsent als Wissen. Hat das vielleicht auch mit KPMG noch gar nicht mitbekommen und nimmt das jetzt wieder mit - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Vorsitzender, jetzt müssen Sie auch wieder - - Es ergibt sich

auch aus den Akten: er hat das KPMG-Thema natürlich gewusst. Er hat sich vorbereiten lassen. Er hat es auch angesprochen. Aber Sie werden ihn ja auch noch persönlich dazu befragen, nehme ich an, sehr ausgiebig. Und da wird er das Ihnen ja noch selber - *- Ich bin jetzt nicht der Pressesprecher oder der persönliche Referent von Herrn Kukies. Was nur auch klar ist: Also die Aufsichtsbehörden sind die Aufsichtsbehörden. Das Ministerium ist das Ministerium. Sie haben den ESMA-Bericht ja gelesen, was die ESMA in Hinblick auf das Agieren des BMF gegenüber der BaFin gesagt hat. Und schon gesagt hat: „Ihr macht zu viel.“ Also, wenn jetzt Ihre Prämisse stimmte, Kukies hätte da hinfahren müssen, und dann hätte er - -Ja, was denn genau tun müssen? Hätte er dann persönlich? Ja, was denn genau? Wir sind in einem Bereich, der, glaube ich, sehr im Spekulativen ist. Ich bin gerne bereit, vielleicht, wenn Sie Interesse haben, das auch nach der Sitzung weiter mit Ihnen zu diskutieren, weil es mich auch wirklich interessiert, das Thema. Aber ich glaube - - Also, Sie können die Fragen stellen. Ich beantworte dann nach bestem Wissen und Gewissen. Aber es ist etwas, wo wir in einem Bereich sind, da habe ich keine eigene Kenntnis.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine letzte Frage, da mache ich auch schnell. Am 27.7.2020 soll es zu einer Videokonferenz der sogenannten – ich kann da nichts mit anfangen – A-Staatssekretäre gekommen sein, für die Sie eingeladen haben sollen. Das ist MAT A AA-3.04 Blatt 391. Wichtigster Gegenstand des Gespräches soll die Wirecard AG gewesen sein. Ist dies zutreffend?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da müsste ich das Blatt sehen. Das kenne ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben wir das? Das habt ihr nicht dabei? Das ist schlecht. Dann muss ich das an der Stelle beenden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Haben Sie dazu mehr Infos?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe es so von meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter erhalten.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Lesen Sie es nochmal vor. Dann überlege ich nochmal.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich versuche es nochmal. Am 27.7.2020 soll es zu einer Videokonferenz der – in Klammern – A-Staatssekretäre gekommen sein, für die Sie eingeladen haben. Ich habe bei mir stehen: MAT A AA-3.04 Blatt 391. Wichtigster Gesprächsgegenstand soll die Wirecard AG gewesen sein.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sagen Sie einmal das Datum. Ich gucke. Ich habe einen Verdacht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: 27.7.2020.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist die ganz normale - - Das ist montags. Montags findet normalerweise das Treffen im Kanzleramt, Chef-BK und den Staatssekretärinnen und Staatssekretären der Ressorts statt. Wie üblich machen A und B vorher die Runden. Ich leite die für die A-Staatssekretäre. Braun leitet die der - - Also Chef-BK und die B-Staatssekretäre. Da besprechen und bereiten wir die Kabinettsitzung vor. Dann reden wir hin und wieder auch über einzelne Themen. Es kann sein, dass das von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dann als Thema auf die Tagesordnung mit gesetzt worden ist. Das wäre ein relativ übliches Vorgehen, dass einfach gesagt wird, da ist in unserem Geschäftsbereich etwas, das berichtenswert ist, und wo wir den anderen mal was sagen sollten. Also jetzt ohne, dass ich die Vorlage kenne. Wegen des Datums ist mein Verdacht, dass es sich um die typische A-Staatssekretärsrunde handelt, die montags um 16 Uhr stattfindet, und um 17 Uhr dann Chef-BK.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Dann bedanke ich mich. Die Kollegen der SPD, Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Da wir noch sehr viele Fragen an Herrn Röller haben und nachfragen wollen, würden wir diese Runde aussetzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann schaue ich zur FDP.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Staatssekretär, was wissen Sie über handschriftliche Notizen, die sich Herr Staatssekretär Kukies am 5. November um 8.30 Uhr bis 9.30 Uhr bei den Gesprächen mit Herrn Dr. Braun gemacht hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Er hat mir hinterher im Zuge der Erstellung berichtet, dass es sie gibt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dass es sie gibt? Das ist insofern interessant, als dass wir von diesem FAQ, den Sie haben erstellen lassen, zwei verschiedene Versionen in den Akten haben. Nämlich eine auf MAT A BMF-21.51 Blatt 74 und eine in MAT A BMF-21.51 Blatt 145. Also im selben Ordner zwei Varianten. In der auf Blatt 74 ist keine Rede von handschriftlich notierten Stichworten. Bei Blatt 145 steht, ich darf das mal zitieren:

Die Wiedergabe der Gesprächsinhalte stützt sich auf die vom Fachreferat des BMF im Vorfeld erstellte schriftliche Gesprächsvorbereitung sowie handschriftlich notierte Stichworte von Dr. Kukies.

Dann ist „sowie handschriftlich notierte Stichworte von Dr. Kukies“ durchgestrichen worden und auf Blatt 74 ganz weggelassen worden. Wenn es die gibt, was war der Grund dafür, dass man das gestrichen hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ich das selber geschrieben habe, erinnere ich mich dunkel, dass wir über die Frage „Dürfen wir das vorlegen, oder ist das wieder das Präjudiz-Thema“ - - Weil wir müssten dann immer alle Notizen, die gar nichts mit der Gesprächsvorbereitung zu tun haben - - Aber ich glaube, Kukies hat ja sehr deutlich entschieden, dass alles vorgelegt werden soll. Nur, das wusste ich damals zu dem Zeitpunkt noch nicht, wie es damit sich verhält. Deswegen habe ich das dann wieder gestrichen. Das war aber, wie gesagt, ein nicht veröffentlichtes Dokument. Insofern ist das gar nicht vorlagepflichtig gewesen. Wir haben es Ihnen aus Freundlichkeit übermittelt, damit Sie sehen, wie so unsere Gedanken sind.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Es hätte uns das Dilemma erspart, von Ihnen irgendwas zu verlangen. Deswegen ist es gleich rausgeflogen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigung, wir haben das alles vorgelegt. Es ist nicht vorlagepflichtig, wie Sie sich erinnern, weil nicht abgeschlossene Vorgänge nicht vorlagepflichtig sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, es ist nur so interessant, wie dann da auch - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, wir geben Ihnen gerne Einblick in die Transparenz der Arbeit.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich wollte Ihnen auch signalisieren, dass wir das mit großer Gründlichkeit lesen und dass die Arbeit, obwohl es nie veröffentlicht wurde, nicht umsonst gewesen ist, die Sie geleistet haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das freut mich, da ich damit viele Wochen meines Sommers verbracht habe. Danke.

Dr. Florian Toncar (FDP): Eigentlich war das ein Versuch eines Stimmungsaufhellers. Aber okay. Mir ist noch nicht aufgefallen, dass diese handschriftliche Notiz in den Akten wäre. Aber das werden wir uns einfach merken und danach suchen. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. Dann ist jetzt Fabio De Masi für DIE LINKE an der Reihe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. Ich will nochmal ansetzen, weil es vorher ja auch sehr viele Informationen auf einmal waren. Dass die Tabelle, auf die ich mich bezog, eingeleitet wurde durch eine E-Mail, wo Herr Jan-Ole Peters aufgefordert wurde, Einzelfälle zu melden, die hochrangig angesprochen wurden. Die Frage lautet, ich zitiere:

Wurden Einzelfälle hochrangig angesprochen?

Er vermerkt darauf die

Thematisierung auf dem DEU-CHN Finanzdialog am 18.1.19 einschl. der Inaussichtstellung in gemeinsamer Erklärung (Abs. 30).

Es geht konkret um Wirecard. Ich habe verstanden, dass das aus Ihrer Sicht nicht der Olaf Scholz war, sondern der Bademeister von Shanghai oder wer auch immer, der da auf dem Finanzdialog das thematisiert hat. Ich habe auch verstanden, dass der Hinweis in einer anderen Tabelle

Erwähnung

auf dem Finanzdialog, die

reicht absehbar bis zur Erlangung der zum Markteintritt notwendigen Lizenz

und auch mehrere E-Mails, die dokumentieren, dass genau diese Erwähnung durch Olaf Scholz als eine Anweisung verstanden wurde in China, diese Vereinbarung mit seinem chinesischen Counterpart, dass das keine politische Thematisierung ist. Ich habe auch verstanden, dass ein klarer Hinweis eines Mitarbeiters der Bundesbank, dass Bundeskanzlerin Merkel im September 2019 das Thema Wirecard thematisiert hat, und das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft wurde, dass dies auch keine politische Flankierung von Wirecard bedeutet. Deswegen haken wir das einfach ab. Ich glaube, die Öffentlichkeit - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, entschuldigen Sie, da muss ich dann doch einhaken, weil das einfach eine falsche Behauptung ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Jetzt komme ich zu meiner eigentlichen Fragestellung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das kann ich so nicht stehen lassen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben hier auf MAT A BMF-25.01 Blatt 251 gibt es einen Schriftverkehr zwischen Ihnen und Miguel Berger. Da schreiben Sie:



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich finde die entsprechende Mail nicht mehr. Daher denke ich, dass wir es jetzt bei der Antwort belassen. In den Mails, die ich jetzt hier auf dem Rechner habe, fördert eine Durchsuchung keine Mails mit Spitzberg und Botschaft Peking mehr zutage.

Könnten Sie kurz erläutern, auf welche Mail Sie sich beziehen, die Sie nicht mehr finden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn Sie mir sowohl die erste Mail, die Sie ja zur Seite legen wollten, als auch die jetzt bitte nochmal vorlegen würden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verständnisfrage: Sie wollen jetzt noch die Tabellen, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie haben gerade irgendwas gesagt. Ich halte das für eine erneute Wiederholung einer falschen Behauptung, dass Olaf Scholz das Thema angesprochen habe. Ich habe Ihnen mehrfach erläutert, und Herr Toncar hat darauf hingewiesen, unter welchen Umständen ich mich hier befinde, dass das nicht stimmt. Olaf Scholz hat beim Finanzdialog das Thema Wirecard nicht angesprochen. Ich habe Ihnen auch erläutert, dass das Thema Wirecard beim Finanzdialog von mir nicht angesprochen worden ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich nehme das zur Kenntnis. Ich habe Ihnen nur vorgelesen, was die Botschaft hier notiert hat, und zwar auf die Aufforderung, Einzelfälle, die hochrangig angesprochen wurden, zu thematisieren. Und sie schreibt mit Bezug auf Wirecard

Thematisierung auf DEU-CHN Finanzdialog

Ich kann das ja nur - - Das mag ja falsch sein. Es mag auch falsch sein, dass sie später notieren:

Erwähnung reicht absehbar.

Aber das finde ich überraschend. Mehr habe ich nicht gesagt. Die Tabellen stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe eben versucht, Ihnen zu schildern, wo der Text herkam: von der chinesischen Seite. Ich habe Ihnen geschildert, dass es weder beim Gespräch mit Liu He noch beim Finanzdialog eine Rolle gespielt hat. Dass andere Themen haben* eine Rolle gespielt*, aber Wirecard nicht. Und was - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Schmidt, ich wage die Prognose, dass wir uns nicht mehr einig werden. Deswegen konzentrieren wir uns doch auf diese Frage vielleicht. Ich will hier Sachverhaltsaufklärung machen - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, Sie haben festgestellt, dass es so gewesen sein muss. Ich kann nur sagen, das stimmt nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, und Sie widersprechen dem, und dann steht jetzt Aussage gegen Aussage. So ist das im politischen Raum öfters. Und wir konzentrieren uns jetzt auf den neuen - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber sie* hatten doch den Finanzreferenten hier und werden ihn doch dazu befragt haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir haben ihn befragt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und was hat er Ihnen dazu gesagt?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Er hat gesagt, dass diese - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dass Scholz das gesagt habe? Das hätte ich jetzt gerne von Ihnen so geäußert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, danach haben wir ihn gar nicht gefragt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und warum nicht, wenn Sie mir das jetzt hier vorhalten und behaupten, dass er - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir haben in einem Fall gefragt. Da hat er gesagt, dass diese Tabelle



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

habe er nicht erstellt. In einer anderen Frage hat er gesagt: „Das war die politische Ebene, da war er nicht dabei.“ Das hat er - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber Sie behaupten jetzt, dass er geschrieben hat, dass - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das behaupte ich nicht. Das steht ja hier. Das können die Kollegen ja auch sehen hier.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie sagen gerade, er war nicht dabei. Und jetzt sagen Sie, aber er hat aufgeschrieben, dass es thematisiert sei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich war bei den politischen Gesprächen dabei. Und ich sage Ihnen, dass das nicht thematisiert worden ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Dann hat er das offenbar nach Ihrer Auffassung falsch aufgeschrieben. Und ich finde das interessant, dass Sie unterstellen, dass so gearbeitet wird an der Botschaft in Peking. Aber das ist dann eben so. Dann hat er offenbar einfach sich Dinge ausgedacht und da reingeschrieben. Dann ist das so. Das müssen wir dann notfalls mit ihm nochmal besprechen, weil er ja hier dann auch verpflichtet ist, richtige Angaben zu machen, aber vielleicht - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber Sie haben mir gerade geschildert, er hätte gesagt, dass er nicht dabei gewesen sei. Also Sie behaupten - - Jetzt müssen Sie mir schon mal klar sagen, mit was Sie mich hier konfrontieren wollen als Aussage. Hat er gesagt, er habe - - Er sei nicht dabei gewesen? Oder haben Sie ihn auch gefragt, warum er das dann aufgeschrieben hat?

Zwischenruf

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bitte? Jaja, frage ich mich auch.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Naja gut, ich soll ja auf einen Vorhalt reagieren und möchte ja schon wissen, weil ich ja nicht dabei war, anders als Sie, was der Zeuge ausgesagt hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das erläutern wir Ihnen gerne. Jetzt können wir uns vielleicht erstmal auf die von mir gestellte Frage konzentrieren. Dann können wir gerne noch eine Runde machen. Ich bin ja noch einer der Jüngsten. Ich halte das gut aus.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das Problem ist, da leider überhaupt nicht erkennbar ist, auf welche Anfrage sich das bezieht. Ich habe ein dunkles Gefühl, weil das ja den Bereich der Botschaft betrifft. Und ich hatte mir ja auch nochmal von meinen Leuten alle Mails im Prinzip geben lassen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber es geht um eine Mail von Ihnen, und - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, nein, nein, es ging um etwas, was jetzt im Prinzip in den AA-Sachen drin sein müsste. Wo ich mich erinnerte, dass die Botschaft mit Spitzberg Kontakt hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Weil Ihre Mails werden ja immer wahrscheinlich archiviert?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, werden sie nicht. Aber wir haben die alle durchsucht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Gut. Das reicht mir als Antwort. Dann würde ich gerne fortfahren. Ich habe hier ein weiteres Dokument, und zwar MAT A BMF-25.01 Blatt 175. Das ist der besagte Austausch mit Ihrem Chinesisch sprechenden Bekannten. Da schreiben Sie, ich zitiere:

Du wirst vielleicht gesehen haben, dass Der Spiegel jetzt in der zweiten Woche eine Mail von mir an meinen chinesischen Counterpart im MOF

- also Ministry of Finance -



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Anlass nimmt, mich subkutan dunkler Machenschaften zu bezichtigen.

In einem weiteren Dokument, MAT A-BMF 25.01 Blatt 488 gibt es einen Mailwechsel zwischen Dennis Kolberg und Olaf Scholz, wo dieser schreibt:

Das werde ich dem Spiegel ganz sachlich mitteilen. Die werden versuchen, daraus was zu drehen, aber letztlich haben wir das gemacht, was den Grundsätzen der Außenwirtschaftsförderung entspricht.

So. Ich frage mich jetzt einfach, Herr Schmidt: Sie unterstellen mir, dass ich Ihnen Sachen unterstellen will und Sie quasi politisch verfolge mit dem Vorhalt von Unterlagen, was mein Job ist. Ich werde da ganz gut bezahlt, dass ich hier versuche, Sachverhaltsaufklärung zu machen. Und Der Spiegel bezichtigt Sie dunkler Machenschaften. Warum macht Der Spiegel denn das nach Ihrer Überzeugung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ging es um, wenn ich das richtig erinnere und einordnen darf, um die Frage AllScore und die mich, wie Sie gemerkt haben, etwas empörende Unterstellung, ich hätte von einer Strafzahlung, die die PBoC im Mai 2020 verhängt hat, im Juni 2019 Kenntnis haben können. Und dann war es, wenn ich das richtig dunkel erinnere, auch aufgrund eines Tweets von Ihnen über die Caixin-Webseite diese Frage, dass die Geschäftsführer der AllScore schon vorher bei irgendeinem Strafverfahren in Rede gewesen seien. Das hatte ich mir im Sommer angeguckt. Wie Sie sehen, habe ich mich damit intensiver beschäftigt, weil ich das schon etwas ehrwürdig finde. Und habe mir die chinesische Webseite angeguckt, auf die Bezug genommen wurde. Habe die durch den Google Translator gejagt, habe das nicht gefunden. Und habe dann diesen Freund gebeten, das nochmal anzugucken, weil ich schon den Eindruck hatte, dass immer wieder Dinge zusammengemixt werden, die nicht zusammen gehören. Wir haben uns – wenn Sie sich das angucken, auf die Fragen des Spiegel sehr transparent mit allen Dingen, die Sie jetzt auch in

den Unterlagen selber nachlesen können – transparent gezeigt. Und deutlich gemacht, was passiert ist, was wir wann gemacht haben und auch begründet, warum wir das gemacht haben. Sie sehen mich hier – und ich nehme an Herr Röllner später auch und die Bundeskanzlerin noch viel später – und sagen: Das ist etwas, das im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsförderung das gängige Geschäft der Bundesregierung ist. Und deswegen war - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber die Bundesregierung hat doch gar nichts gefördert, weil die war doch gar nicht mit Wirecard befasst, haben Sie die ganze Zeit ausgeführt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigen Sie. Sie versuchen schon wieder, Worte zu verdrehen. Ich habe gesagt, dass die Kanzlerin sich* in dem Gespräch, an* wen* auch immer, das ist ja geschwärzt, das weiß ich auch nicht, Wirecard angesprochen hat. Und dass ich eine E-Mail geschrieben habe. Das sind bekannte Tatsachen. Das habe ich auch nicht bestritten. Wie käme ich darauf? Ich habe Ihnen nur wahrheitsgemäß geschildert, dass das Thema Wirecard auf der politischen Ebene, und soweit ich sehen kann auch auf der Fachebene, in der Vorbereitung und Durchführung des deutsch-chinesischen Finanzdialogs keine Rolle gespielt hat. Und dass erstmals bei mir das Thema Wirecard angelandet ist mit dem Anruf von Herrn Gartzke. Vorher hat es auf der Fachebene, wie wir gemeinsam gesehen haben, auch in der Monitoring just* (?) eine Rolle gespielt. Aber bei der Verhandlung am 17. und 18. Januar in Peking hat es keine Rolle gespielt. Ganz wahrheitsgemäß habe ich Ihnen das geschildert. Ich weiß nicht, wie Sie zu der Aussage kommen, ich würde behaupten, es hätte keinerlei politische Einflussnahme gegeben. Die Kanzlerin hat gesprochen. Ich habe eine E-Mail geschrieben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe Ihnen eine Frage gestellt. Aber das kann mal durcheinander gehen um die späte Uhrzeit. Ich beende meine dunklen Machenschaften und habe keine weiteren Fragen mehr.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dankeschön Kollege De Masi - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Darf ich das auch nochmal klar zu sagen, wenn ich das* vielleicht noch replizieren darf. Geht ja jetzt nicht mehr von seiner Zeit ab. *De Masi, Sie wissen, ich schätze Ihre Meinung sehr. Ich finde nur, es gibt immer eine Grenze, und da werde ich dann auch, wie Sie merken, ein bißchen fünsch. Wo es in den Bereich der Unterstellungen - *- Und wo ich finde, das ist dann nicht mehr gedeckt von den Tatsachen. Und da werden wir an manchen Punkten wahrscheinlich noch in 20 Jahren - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Staatssekretär, Sie haben eigentlich gar keine Zeit mehr, auf mich zu reagieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine Herren, ich bin sehr tolerant, aber nun ist gut. Und jetzt hat Dr. Bayaz das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf die Toleranz kommen wir mal zurück bei Gelegenheit, aber zu anderen Themen. Herr Schmidt, weil Sie das gerade gesagt haben, dass Sie da im Sommer hart daran gearbeitet haben, haben Sie, glaube ich, viermal oder so gesagt. Wir übrigens hier alle auch. Wollt' ich mal gesagt haben. Und weil Sie gesagt haben, dass Sie in der Coronakrise hart arbeiten. Wir alle hier übrigens auch. Jahressteuergesetz morgens im Ausschuss, abends im Plenum, und jetzt sitzen wir hier. Ich glaub': Mit dem Workload beeindrucken Sie uns nicht. Den haben wir alle. Der Unterschied ist: Wir sind Parlament, Sie sind Exekutive. Und deswegen stellt sich auch die politische Verantwortung. Und deswegen sitzen Sie auch da in dem Zeugenstuhl, genau.

Stichwort politische Verantwortung: Ich wollte mal auf die Rolle von Herrn Hufeld zu sprechen kommen. Hatten Sie mit dem jemals über das Thema Wirecard Kontakt oder darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also zunächst mal, um das auch deutlich zu sagen: Ich schätze Ihre Arbeit, und die der Kolleginnen und Kollegen hier auch. Und ich weiß, was Sie hier im Moment alles leisten. Und ich wollte hier nicht – also, Augen auf bei der Berufswahl gilt immer und für alle – sagen: wir sind hier besonders betroffen. Ich hatte nur im Hinblick auf die Frage des Kollegen, ob ich mich noch an etwas erinnere, auch einen genauen Zeitpunkt, gesagt: wir hatten hier gerade ein paar andere Themen. Was Hufeld angeht: Über Wirecard habe ich mit ihm nie gesprochen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr Hufeld ist ja auch deswegen im Blickpunkt: Wir hatten ihn – Sie hatten die Aufklärungskultur angesprochen, das gilt natürlich für ihn, allerdings auch für Ihr Haus – im Ausschuss recht früh in diesem Skandal, wo wir auch nach den Aktiengeschäften gefragt haben. Wir haben auch den Bundesfinanzminister danach gefragt, heißt: „Wir haben gute, klare Compliance-Regeln.“ Und nur, weil wir den Sommer - - Weil wir auch hartnäckig nachgefragt haben, kam erst beim zweiten oder dritten Mal erst diese Geschichte heraus. So viel zum Thema Aufklärungskultur.

Aber ich wollte auf etwas anderes nochmal zu sprechen kommen, und zwar: Dieses Leerverkaufsverbot, das lässt mich irgendwie nicht ganz in Ruhe. Das ist politisch ja schon ein Vorgang: Die Bundesbank distanziert sich davon, auch das Ausland sieht es sehr kritisch. Wenn man durch die Akten schaut, der BaFin, aber auch bei Ihnen im Haus, hat sich dieses Narrativ durchgesetzt: „Das sind Short Attacken von den bösen Leerverkäufern.“ Da ist man ja auch dieser Verschwörungstheorie wirklich aufgesessen. Das ist schon auch ein politischer Akt. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass das immer nur ein Thema ist, dass Sie so schön zur BaFin wegschieben. Sondern was auch an der Spitze des Hauses, und zwar sehr frühzeitig - - Zu einem Zeitpunkt, wo die BaFin sich dafür entschieden hat, diesen Sonderweg zu gehen, ja, der ja schon sehr außergewöhnlich war. Dass das nie ein wirkliches politisches Thema gewesen ist, wo Herr Scholz mal gesagt hat: „Irgendwas stimmt doch da nicht. Dreht



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mal ein paar Steine um. Ich möchte da wirklich informiert werden.“ Vielleicht können Sie da nochmal Stellung zu beziehen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, dass die BaFin das nicht alleine gemacht hat, sondern nach Konsultation mit der ESMA. Sie durfte das auch nicht alleine machen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sich jetzt so halb distanziert - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dazu äußere ich jetzt mal mich nicht, weil: das weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war also eine Ego-Nummer der BaFin. Ich habe noch keinen gesehen, der gesagt hat, es war genau richtig, dass wir das gemacht haben. Außer Herr zu Guttenberg.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich wollte nur zum Ausdruck bringen: Das war jetzt keine singuläre Entscheidung, wenn ich das richtig wahrgenommen habe. Sondern es gibt ein etabliertes Verfahren. Das ist die Einbindung der ESMA und damit der europäischen, wie Sie genau wissen, Aufsichten beinhaltet. Und wenn das nicht auf Zustimmung trifft, kann das nicht in Kraft treten. Ich wollte das jetzt aber auch inhaltlich nicht bewerten. Dazu kenne ich mich nicht ausreichend aus. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Teilen Sie denn die Einschätzung, dass Herr Huffeld sagt, er würde wieder heute alles genauso machen? Leerverkaufsverbot, die Anzeige gegen Journalisten? Das ist ja seine Aussage, die er getroffen hat.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht. Ich bin mit solchen Aussagen sehr vorsichtig. Auf der anderen Seite - - Ich habe mich ja mal beruflich mit G20 in Hamburg beschäftigt. Da wird einem diese Frage ja auch gestellt. Wenn etwas schief gelaufen ist und man aber subjektiv den Eindruck hat, und auch objektiv aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten bestimmte Limitationen hat, was man machen kann, ist das wahnsinnig schwer, auf so eine Frage zu antworten. Weil

ich glaube, jeder teilt das Gefühl, das ist nicht richtig, was passiert ist. Und es hätte nicht passieren dürfen. Und dann fängt man, und dreht die Steine um und sagt: Da hättest du nicht anders handeln können, und da hättest du nicht anders handeln können. Dafür gibt es aber auch den Untersuchungsausschuss, das genau aufzuklären - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!

*...und zu gucken, ob es irgendwo mal Fehler gegeben hat. Da wird es wahrscheinlich eine Bewertung geben. Ich kann Ihnen nur sagen, und das ist, glaube ich, das Wichtige: Dieses Narrativ, und das hatte ich vorhin auch schon mal gesagt, nach dem Motto: „Da sind die bösen Shortseller, und die FT, und sozusagen London und die Amerikaner, die jetzt unser Lieblingsunternehmen kaputt machen wollen.“ Die, *kann ich Ihnen sagen, hat es bei uns, zumindest auf der Führungsebene oder so, nie gegeben. Und ich kann Ihnen vielleicht auch berichten: Ich habe mit Kukies – das findet sich vielleicht dann auch irgendwann in den Akten, keine Ahnung – über die Frage, ob es angezeigt wäre, ein Leerverkaufsverbot, wie andere auch, und wie offensichtlich Herr zu Guttenberg vorgeschlagen hat, im Zuge der Pandemie zu machen, mal diskutiert. Weil ich das auch als politischen Debattenpunkt wahrgenommen habe. Da hat er mir sehr klar und lustigerweise auch mit Bezugnahme auf die BaFin gesagt: Nein. Da war das Narrativ ja auch: jetzt wird hier aus dem Ausland billig aufgekauft in Deutschland.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich mit Herrn Kukies oder dem Bundesfinanzminister mal über die Frage unterhalten, ob die Direktoriumsmitglieder, die auch in den Wirecard-Prozess der BaFin involviert waren, noch die richtigen sind?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe Kukies mal nach Diskussionen, die ich mit Ihren Parteifreunden, insbesondere Sven Giegold, mal geführt habe, und der mir ein paar Dinge dazu gesagt hat, darüber informiert, was der Kollege Giegold dazu so denkt.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber was denken Sie oder Ihr Haus denn?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß nicht, was das Haus darüber denkt. Ich kann es nicht einschätzen. Da fehlt mir ein Gespür, was da los ist, wie die Leute agieren. Ich lese die Dinge, aber da traue ich mir kein Urteil zu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Eine letzte Frage. Sie haben immer die Transparenz betont, und auch den Stil, als es vorhin darum ging, dass Sie die E-Mails mit „Herzlich“ unterschreiben. Ich habe jetzt viele Akten gelesen. Ich muss ehrlicherweise sagen: Auch gerade der Kollege Kukies macht immer den Eindruck, sehr bemüht gewesen zu sein, bei der Aufklärung beizutragen. Bei Ihnen weiß ich manchmal nicht. Ich möchte Ihnen mal eine beispielhafte Formulierung geben, wo der Herr Michelbach nur seinem Job nachgegangen ist, nämlich Fragen an Sie gestellt hat, so wie wir das alle gemacht haben. Ich lese das so: Sie ärgern sich ein bisschen über eine Anfrage und nennen sie „lang und un schön“. Sie bitten, dass man den Antworten immer mal wieder einen Disclaimer hinsetzt, so dass es ihm, ich zitiere, „Es soll ihm peinlich sein, die Antworten“. Wir machen ja auch nur unseren Job. Deswegen weiß ich nicht, ob das der richtige Stil ist, wenn Abgeordnete ihrem Job nachgehen und Fragen ans Ministerium stellen, dass es ihnen am Ende peinlich sein muss, wenn sie darauf Antworten bekommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber Herr Bayaz, ich glaube: Wenn wir jetzt mal durch Ihre E-Mails durchgehen, die Sie mit Kollegen, Freunden - - Da ist nicht jede so gelungen, wie wenn man sie an die Öffentlichkeit geben würde. Ich gebe zu, ich habe mich geärgert, und zwar darüber, dass mehrfach Fragen nochmal gestellt wurden, die wir schon beantwortet hatten. Und zwar ja nicht eine, wo einem das mal passieren kann. Aber wenn der Eindruck entsteht, dass wir uns sehr, sehr viel Mühe gegeben haben, die vielen, vielen Fragen - - Und Sie wissen das. Herr Toncar hat 21 Seiten Fragen eingereicht - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Die sind aber nicht alle beantwortet wurden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß, ich weiß.
Aber das war in - *-

Zwischenruf

Zeuge Wolfgang Schmidt: Absolut! Ich beschwere mich nicht. Ich wollte nur sagen - - Wir hatten ja vorhin über Workload geredet - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Alles klar.

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... und wenn dann - - Nein, aber ich will das Ihnen schildern. Wenn dann aber der Eindruck entsteht, dass wir diese Fragen sehr liebevoll und mit großer Detailkenntnis und Freude beantworten und dann werden Sie nicht mal gelesen - -

Zwischenruf

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... dass Sie dann - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kleinstarbeit!

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... dass Sie dann aber so das Gefühl haben: Ey! Was ist denn das! Also, wir sind ja auch - - Also das kostet uns ja auch alles Arbeitszeit. Und wie Sie gesehen haben, haben sowohl Kukies als auch ich dann immer persönlich das nochmal gemacht. Da sind auch immer massig Beschäftigte auch noch mit dran. Das ist dann auch so eine Frage, wo ich dann sage: Nee, Leute, dass find´ ich jetzt auch nicht mehr in Ordnung. Das mag eine menschliche und falsche Reaktion sein. Es war aber auch nicht gedacht, dass das an die Öffentlichkeit geht. Das ist dann so, wenn man in einem Untersuchungsausschuss alles vorlegt. Ich muss sagen, dass mich manches Verhalten, auch von frei gewählten Abgeordneten, irritiert. Vielleicht gestehen Sie es ein, wenn man gleichzeitig noch ziemlich viele - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich gestehe Ihnen das zu, selbstverständlich - -



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kollegen, die Zeit ist deutlich um. Es geht jetzt weiter mit der CDU/CSU, Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ich komme nochmal zurück auf den Finanzdialog am 18.1.2019. Ich habe Sie so verstanden – wir haben ja jetzt lange über Ziffer 30 gesprochen – dass da Wirecard kein Thema war in Zusammenhang mit Ziffer 30. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe Ihnen ja geschildert - - Das war in der Rückmeldung Botschaft auf das Gespräch zwischen Goetze und dem Vizeminister. Da wurde es hinterher in dem in dem DKOR genannt unter „Petita der deutschen Wirtschaft“, neben ganz ganz vielen anderen aus allen möglichen Bereichen. In den sich danach ergebenden Gesprächen und Vereinbarungen hat es keine Rolle mehr gespielt. Dann tauchte es wieder auf in der Monitoring-Liste, ich glaube, die erste – was hatte ich vorhin gesagt? 5. oder 7. März.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage mich das nur deshalb - - Ich gebe Ihnen gerne noch eine Mail dazu. Das ist die Mail vom 24.7.2020. Das ist MAT A BMF-25.02 Blatt 12 und 13. Das ist eine Mail von Dr. Michaela Braun-Werner an Frau Kothé. Da ist der Betreff „China / Finanzdialog und Wirecard“. Da wird geschrieben:

Liebe Frau Kothé,

wir haben die Unterlagen nochmal durchgeschaut mit Fokus auf den 2. Hochrangigen Deutsch-Chinesischen Finanzdialog im Januar 2019

...usw. Dann kommt eine Auflistung, eine Chronologie, was 2018 und 2019 war. Darunter steht:

Fazit: Im Fokus standen die Payment Lizenzen für Wirecard. In dem Vermerk für St K wurde erstmals cross Border Lizenz genannt.

Viele Grüße

Michaela Braun-Werner

Das macht jetzt auf mich erstmal so den Eindruck, dass das schon ein großes Thema war bei dem Finanzdialog, also das Thema Wirecard und Payment-Lizenzen. Oder deute ich diese Mail falsch? Kennen Sie die oder soll ich Ihnen die vorlegen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich suche sie gerade. Ich glaube: Sie reagiert auf eine Mail von mir. Wir sind in der Aufarbeitungsphase, wo ich, glaube ich, schreibe an die Kollegin und sage: nach meiner Erinnerung war das nie Thema. Könnt Ihr bitte nochmal - - Irgendwie 27.7. glaub ich, nicht? Könnt Ihr nochmal nachschauen, ob das tatsächlich so ist - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Mail von Frau Werner ist vom 24.7.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Das ist die Chronologie. Ich würde diese bei mir heraussuchen. Ich weiß nicht, wo die bei Ihnen ist. Donnerstag, 23. Juli. Da ist der Ursprungsbetreff „China/Finanzdialog Wirecard“, 18:02 Uhr an Kothé, Braun-Werner, Olbermann und Co.:

Liebe Kollegen,

da derzeit immer wieder nach den verschiedenen Kontakten der Bundesregierung zu Wirecard AG bzw. den Tochterunternehmen gefragt wird

- das waren dann die parlamentarischen Anfragen -

wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie da nochmal die Unterlagen in Bezug auf den Zweiten Hochrangigen Deutsch-Chinesischen Finanzdialog im Januar 2019 inklusive Follow-Up Prozess in der I

- also Abteilung I -

und mit der deutschen Botschaft in Peking anschauen könnten. Vielleicht auch die Vorbereitung zum Besuch von Liu He beim „Hamburg Summit: China meets Europe“ im November 2018 in Hamburg. Ich habe eine dunkle



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung, dass bei der von Liu He erbetenen Liste der deutschen Unternehmen mit Anliegen auch Wirecard dabei war. Da ging es meinen Erinnerungen nach aber noch nicht um die Cross Border-Lizenz und das jetzt in Rede stehende Unternehmen AllScore, sondern um vier regionale Lizenzen. Dazu steht ja unter Punkt 30 auch etwas in der Verfolgerliste.

Das war meine Frage. Ich hatte die dunkle Erinnerung, dass es diesen Summit mit Liu He gab. Ich hatte – ganz ordentliches Gedächtnis offenbar an manchen Stellen doch – die Erinnerung an diesen Drahtbericht, wo Wirecard auftauchte. Ich hatte mir aber auch gemerkt, weil als ich Gartzke fragte „Wieso, es ist doch hier alles in Butter mit den Vieren?“, dass dann das Thema – deswegen hatte ich das geschildert vorhin – das Cross-Border-Thema kam. Das war aber alles, wie man auch der Antwortmail von Frau Braun-Werner an Frau Kothé, das ist die zuständige Unterabteilungsleiterin - *- Die sagt: „Wir haben die Unterlagen nochmal durchgeschaut mit Fokus auf den usw. und so fort und die Vorbereitungen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist genau das, was die Anfragen quasi - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hat sie einleitend nochmal geschrieben. Aber dann steht eben im Fazit:

Im Fokus standen die Payment-Lizenzen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dort hat die Botschaft im Vorfeld eine Liste mit Petita übersandt. Dort ging es bei Wirecard um die Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen. Das ist der Drahtbericht DKOR vom 16. November, über den wir schon mehrfach diskutiert haben. Dann gibt es 2019. Da ging es nur allgemein um die Öffnung des Finanzmarktes in China. Das sind die Nummer 30, Follow-Up Fachebene, und dann immer wieder Payment-Lizenzen. Das sind die

Verfolgerlisten, wie ich Sie genannt habe, also diese Matrix mit der Monitoring-Liste.

Fazit: Im Fokus standen die Payment Lizenzen für Wirecard. Im Vermerk für St Kukies wurde erstmals die cross Border Lizenz genannt.

Das ist ein Vermerk – irgendwie, weiß ich nicht mehr – aus dem Sommer oder sowas 2019, wo ich dann, glaube ich, aufgrund dieser Mail - - Oder - - Ich kriege das nicht mehr zusammen. Aber - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber dieser Fokus: Worauf ist das bezogen?

Im Fokus standen die Payment-Lizenzen für Wirecard.

Ist das auf den Finanzdialog zu verstehen? So verstehe ich es.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, es ist auf die Verfolgerliste zu verstehen. Meine Erinnerung war, dass es in der Matrix immer nur um die vier Payment-Lizenzen ging. Dann erinnerte ich das Gespräch und meine Mail an den Finanzvize, wo es ja um Cross-Border-Payment-Lizenzen ging.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann habe ich jetzt Ihre Sicht verstanden. Ich möchte nochmal ein anderes Thema ansprechen. Sie sagten vorhin: Thema BaFin, DPR, das sei nicht mitteilungs-fähig, haben Sie gesagt. Weil ja in Rede stand: Es gibt da so eine Prüfung, und wieso behält man das für sich und erzählt es keinem. Es hätte wahrscheinlich Auswirkungen gehabt, wenn man das berichtet hätte. Das BMF ist bei dem Thema am nächsten dran. Welche Mitteilungspflichten, Mitteilungsmöglichkeiten BaFin, DPR gibt es?

Da würde mich interessieren, wieso man im BMF nicht früher auf die Idee gekommen ist zu sagen: „BaFin und DPR: Wenn da so eine Prüfung läuft, dann ist das das ja vielleicht schlecht für andere Beteiligte, wenn man das für sich behält.“

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe wieder die Schwierigkeit, dass wir in einem Bereich sind,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

der beim Kollegen Kukies und im BMJV verortet ist. Die Verfahrensordnung, wenn ich das richtig erinnere, der DPR ist durch das BMJV genehmigt. Da steht, wenn ich das richtig erinnere, dass ausdrücklich die Weitergabe an das BMF untersagt ist. Wenn ich das weiter dunkel richtig erinnere, hat das etwas mit der gesetzlichen Grundlage zusätzlich zu tun. Da würde ich Sie bitten, den Kollegen Kukies - - Weil das sind jetzt rechtliche Feinheiten. Da würde ich von meiner Ex-post-Betrachtung und Beschäftigung wieder sein. Ich freue mich, das alles mit Ihnen zu erörtern. Ich will es auch politisch machen. Sie wollen eine richtige offizielle Aussage des BMF. Insofern kann ich sagen, dass ich Ihnen dazu leider nichts sagen kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das werden wir Ihren Kollegen sicherlich auch noch fragen. Ich freue mich aber auch, wenn Sie das eine oder das andere auch schon beantwortet. Das Thema, was die DPR darf, ist zwischen BMF und BMJV eng abgestimmt worden. Insofern fragen wir Ihren Kollegen Kukies sicherlich auch nochmal.

Meine letzte Frage: Ich versuche es nicht weiter. Ich habe verstanden, dass Sie nicht so richtig sagen wollen, wann Sie mit Herrn Scholz wie gesprochen haben. Mit Herrn Hufeld wurde die Frage gerade schon gestellt. Ich würde die Frage gerne nochmal bezogen auf Ihren Kollegen Herrn Dr. Kukies stellen. Wann haben Sie mit ihm über Wirecard gesprochen? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Ich bin mir relativ sicher, dass wir im Jahr 2019 nicht darüber gesprochen haben, also auch beim Finanzdialog, weil es, wie gesagt, kein Thema war. Wann wir in 2020 angefangen haben, darüber zu reden, weiß ich nicht mehr, allerspätestens kurz vor der Insolvenz, weil es da um die Frage ging, welche Auswirkungen das hat. Mein Gefühl ist, dass wir irgendwann unmittelbar nach KPMG darüber gesprochen haben. In dem Zeitraum muss das gewesen sein, bei Veröffentlichung KPMG war klar, dass es ein Riesenthema sein wird.

Matthias Hauer (CDU/CSU): 2019 ist viel bei Wirecard passiert. Das war sicherlich eher bei

dem Kollegen Kukies in der Zuständigkeit. Da hat er nicht mit Ihnen gesprochen. Als es dann um Payment-Lizenzen und Ihr Schreiben an den Vizefinanzminister in China ging, haben Sie nicht mit ihm gesprochen. Das kann man also aus Ihrer Sicht so sagen? Da spricht die linke Hand nicht mit der rechten Hand, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich sehe das anders, weil wir unsere Zuständigkeiten haben. Ich hatte versucht zu schildern, dass das, was ich gemacht habe - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zuständigkeit und miteinander austauschen ist nochmal etwas anderes.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir tauschen uns schon aus, keine Sorge. Wie ich finde, ist die Zusammenarbeit exzellent. Es ist immer die Frage, ob es des Austausches wert ist. Ich hatte versucht, das zu schildern. Das ist jetzt aus der Ex-post-Perspektive anders. Da sieht es nicht gut aus. Da sagt man: Das ist ja nicht schön, wenn man sich mit der Kanzlerin gemeinsam für ein Unternehmen, was offenbar von Betrügern geleitet worden ist, verwendet. Aus der damaligen Perspektive war es eben so, dass das im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialoges passierte. Das hatte der Gartzke ja auch geschildert und gesagt, dass sie das gerne in Anspruch nehmen würden. Deswegen habe ich damals überhaupt keine Veranlassung gesehen, nochmal bei Kukies nachzufragen. Ich hatte im Kopf, dass ich diese Berichte Spiegel Online und Handelsblatt nach dem Motto wahrgenommen hatte: Das sind Vergehen bei einer Tochtergesellschaft, die jetzt zu den Veränderungen, Update und Upgrade der Compliance und Kontrollmechanismen geführt haben. Deswegen habe ich keine Veranlassung gesehen, Ermittlungen oder sowas anzustellen. Das hatte ich eingangs auch geschildert. Ich habe das als im Rahmen dessen, was wir im Finanzdialog vereinbart hatten, abgedeckt gesehen. Deswegen hatte ich auch diese E-Mail geschrieben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich übergebe an den Kollegen Brehm.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Ich will an die Frage, wann mit Herrn Scholz, dem Minister, darüber gesprochen worden ist, anschließen. Mich hat beeindruckt, dass Sie genau wussten, wann der Zug von Herrn Staatssekretär Kukies eingefahren und angekommen ist, um wie viel Uhr er einen Vortrag gehalten hat, und um wie viel Uhr der Anschlusszug war. Gleichzeitig fehlt ein wenig die Erinnerung, wann Gespräche mit dem Finanzminister stattgefunden haben. Da bin ich ein bisschen verwirrt. Ich denke mir, dass, wenn man die anderen Sachverhalte so genau aufzählen kann, man auch wissen müsste, wann die Gespräche stattgefunden haben.

Jetzt will ich auf einen Punkt kommen. Sie haben ganz am Anfang über die Monitoring-Liste gesprochen, in der große Unternehmen sozusagen gemonitort werden und Ihnen dauerhaft berichtet wird. Wenn ich eine solche Monitoring-Liste hätte, dann würde ich bei DAX 30-Konzernen, zumindest von Mitarbeitern, die Presse studieren lassen. Dann wäre spätestens in 2019 doch eine erhebliche Unruhe aufgrund der Berichterstattungen aufgekommen, sodass man mit Sicherheit auch mit dem Minister über solche Fragen gesprochen hätte.

Ein zweiter Aspekt: Was mich auch erschreckt, ist, dass Sie gesagt haben, dass E-Mails nicht unbedingt archiviert werden, und keine Protokollierungen von zahlreichen Gesprächen im Finanzministerium stattfinden würden. Gleichzeitig fordert das Finanzministerium bei den Unternehmen Anzeigepflicht für alle Steuergestaltungen, ob national oder grenzüberschreitend. Das heißt, dass über jedes Gespräch ein Protokoll geführt werden muss. Im Finanzministerium wird das nicht eingehalten. Zum Thema Compliance ist mir nicht ganz bewusst, wie man da vorgeht. Auch bei Gesprächen mit Dr. Gartzke. Da müssen doch irgendwelche Protokolle vorhanden sein. Da muss es doch Gesprächsmitschriften geben. Wenn man sieht, wie im Kanzleramt aufgezeichnet wird, ist das im BMF schwierig. Gibt es Dinge, die Sie aus dem Gedächtnis nochmal herauskramen können? Nicht die Uhrzeit der Abfahrt des Zuges, sondern wann die Gespräche mit

dem Minister Scholz waren, und wie das Gedächtnis aufgefrischt wird, wenn überhaupt keine Dokumentation da ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Vielleicht fragen Sie nochmal bei befreundeten Ministern nach, wie das bei denen funktioniert ist. Es ist Praxis in der Bundesregierung, dass weder Gespräche von Staatssekretären noch Abteilungsleitern und im Regelfall übrigens auch Ministern mitprotokolliert werden. Es sei denn, es handelt sich um Gespräche, wo man etwas gemeinsam erreichen will oder etwas vereinbart werden muss. Dann führt man diese Gespräche auch mit ggf. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In der Regel ist das nicht der Fall. Das ist keine Besonderheit des Finanzministeriums, sondern in jedem Bundesressort so.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Von der Wirtschaft wird es aber abverlangt. Das verstehe ich nicht ganz.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Meines Wissens verlangt niemand von der Wirtschaft ab, dass alle Gespräche protokolliert werden. Ich glaube, es ist etwas anderes, dass der Staat Waffengleichheit mit denjenigen, die sich Steuergestaltungsmodelle ausdenken, herstellt. Wir hatten vorhin das Thema Cum-Ex. Ich glaube, dass es schon richtig ist, wenn kluge Leute sich etwas ausdenken, wie Steuern nicht gezahlt werden, dass der Staat zumindest die Möglichkeit erhält zu überlegen, ob er das richtig findet. Ob er sagt, dass er untergesetzlich reagieren muss, oder ob eine Gesetzesänderung nötig ist. Das geht nicht dahin, dass sämtliche Gespräche, das wäre Ihr Vorschlag, der Führungsebene von Unternehmen protokolliert werden müssen. Ich glaube, dass da Orwell grüßen lassen würde. Ich bin sehr dafür. Das wissen Sie. Das ist eine Diskussion, die wir im Moment auch in der Bundesregierung führen. Ich glaube auch, dass wir mit Ihrer Fraktion die Frage von Lobbyregistern und des legislativen Fußabdrucks diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn Sie das unterstützen. Ich nehme bisher wahr, dass das aus dem politischen Freundeskreis von Ihnen für eine nicht so kluge Idee gehalten wird. Wenn Sie da aber mithelfen, sind alle in meinem Freundeskreis sehr froh.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zwischenruf

Nein, beim legislativen Fußabdruck geht es darum, dass festgehalten wird, wer sich wann dazu getroffen hat. Das ist etwas, was im Moment liebevoll von Einzelnen abgefragt wird. Ich persönlich habe dafür eine große Offenheit, weil ich für Transparenz bin. Es ist nicht so, dass Protokolle von Gesprächen vorgelegt werden. Es tut mir leid, dass mein Gedächtnis so funktioniert, wie es funktioniert. Ich habe eine präzise Erinnerung an präzise Vorgänge, insbesondere wenn ich mich mit denen sehr intensiv beschäftigt habe. Wie Sie sehen, ist das bei Wirecard der Fall. Wenn es um die Frage geht, in einem längeren Prozess zu definieren, an welchem Tag ich das gemacht habe, kann ich das nicht. So funktioniert mein Gedächtnis, Ihres mag anders funktionieren. Dann beglückwünsche ich Sie. Die Menschen sind sehr unterschiedlich.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie mit dem Minister erst nach Insolvenzeröffnung gesprochen haben. Das heißt, vorher nicht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe gesagt in 2020. Ob Insolvenzeröffnung oder KPMG, kann ich Ihnen nicht mehr präzise sagen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wie funktioniert das Monitoring im BMF?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir sind nicht das Stasi-Ministerium, auch wenn wir in einem ehemaligen DDR-Ministerium sitzen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Sie unterstellen mir Dinge, die ich überhaupt nicht gesagt habe. Sie haben erwähnt, dass es eine Monitoring-Liste über die DAX 30-Konzerne gebe. Da wird doch wahrscheinlich laufend berichtet, wenn ein Vorstand wechselt, wenn der Aktienkurs einbricht, wenn irgendwelche Tatsachen da sind. Wenn der Verdacht einer Straftat eintritt und andere Berichterstattungen in der Zeitung sind, dann muss so etwas doch hochkommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Es scheint ein Missverständnis vorzuliegen. Ich weiß nicht, ob ich mich

unklar ausgedrückt habe oder Sie es vielleicht falsch wahrgenommen haben. Ich habe von einer Monitoring-Liste über den Zweiten Hochrangigen Deutsch-Chinesischen Finanzdialog, ein sogenanntes Monitoring der Outcomes, zu den 34 Punkten geredet. Da geht es darum, dass zu den 34 Punkten festgehalten wird, was in der Ausführung dieser jeweiligen Punkte passiert ist. Da ist zu dem Punkt 30 mit dem Cross Border Payment usw. seit Anbeginn markiert, dass Wirecard im Prozess ist, diese vier Payment-Lizenzen zu bekommen. Da steht, dass das das Monitoring ist. Normalerweise guckt sich das keiner an. Ich habe mir das immer angeguckt. Ich habe deswegen abgespeichert gehabt - -* Und wie gesagt, einen Tag, bevor ich die E-Mail geschrieben habe, am 26., habe ich sie abgezeichnet, die damals letzte. Da war es nochmal drin. Deswegen habe ich für mich gesagt, dass Wirecard okay ist. Es läuft. Die hatten sich wegen eines anderen Themas, der Cross Border-Lizenz, gemeldet. Da habe ich gesagt, dass wenn wir das andere im Finanzdialog als Thema hatten, als Abstraktum, nicht als konkretes Thema, dann ist es völlig okay und von dem Rahmen, den wir mit den Chinesen abgesprochen haben, gedeckt. Deswegen meinte ich Stasi. Das wäre Hybris. Wir können nicht alle Unternehmen monitoren. Dafür gibt es die BaFin und alle möglichen Aufsichten. Das machen wir nicht. Das wäre Irrsinn.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Sie haben einen Profi-Monitor, den Zeitungen lesenden Minister. Sie haben erwähnt, dass er sehr aufmerksam alle Zeitungen liest. Wenn in der Zeitungsberichterstattung etwas von Schwierigkeiten bei Wirecard steht, kommt da kein Gespräch zustande, dass man seinen Staatssekretär mal fragt, ob er sich das anschauen oder prüfen kann, weil man ein schlechtes Gefühl hat? Wenn ich Zeitung lese und irgendwas aus Nürnberg, meiner Heimatstadt, kommt, das mir irgendwie Schwierigkeiten bereiten könnte, frage ich sofort den Oberbürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden, was da los ist und man machen muss. Gab es vorher überhaupt kein Gespräch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe das Problem, dass ich zwar schon sehr lange mit Olaf Scholz zusammenarbeite. Ich war auch schon mal sein



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

persönlicher Referent und Büroleiter, bin das aber schon seit vielen Jahren nicht mehr. Ich weiß es einfach nicht. Sie haben ihn und Kukies demnächst doch auch hier. Wenn ich mich richtig erinnere, steht dazu ein bisschen etwas in der Chronologie drin. In Kleinen Anfragen ist dazu schon ein bisschen etwas gesagt worden.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Sebastian Brehm. Verstehe ich das richtig, dass E-Mails ab einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb des gesamten Bundesfinanzministeriums gelöscht werden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin in der Aktenführung kein Experte. Es ist so, dass es Aktenführungsstellen* gibt. Da kann Herr Fritz etwas dazu sagen. Alles, was zu verakten ist, wird veraktet. Dazu gehören E-Mails. Das finden Sie in Ihren Unterlagen. Dann wird immer zur Akte geschrieben und natürlich auch E-Mails. Die persönlichen E-Mail Postfächer werden sehr unterschiedlich gehandhabt. Heute hatte ich ein großes Problem, weil ich meine Quota exceeded habe. Mein Postfach war zu voll, und ich konnte nicht mehr mailen. Jetzt muss ich etwas löschen oder in Offline-Ordner verschieben. Andere sind sehr rigoros und löschen gleich oder ziemlich schnell alles, was nicht veraktet werden muss.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich höre gerade von meinem Nachbarn, dass das der Wahnsinn sei. Klar, das ist vielleicht etwas anderes, Unternehmen haben für Unterlagen verlängerte Aufbewahrungsfristen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, für Unterlagen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für mich sind in der heutigen Zeit E-Mails wesentliche Unterlagen im Finanzministerium. Das ist letztlich das, woraus wir, wenn es einen anderen Untersuchungsausschuss zu einem anderen Sachverhalt gäbe, unseren Nektar ziehen müssten. Insoweit bin ich da, im Zuge von vielen Möglichkeiten - - Ich bin nicht so weit, als ich noch eine Banklehre machte, vom Mikrofichen zu sprechen. Da gibt es aber genügend Möglichkeiten, verpflichtend und

auch geheim, wenn es private Postfächer sind. Wir sprechen hier aber vom Finanzministerium.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Fritz kann sagen, wie das ist. Es gibt eine Aktenordnung. Das ist doch in jedem Ministerium so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das macht mich auch nicht glücklicher, wenn es in jedem so wäre.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist nichts Außergewöhnliches. Ich kann Ihnen das für meinen Bereich sehr ausdrücklich bestätigen. Um den geht es hier. Ich glaube, dass das bei Kukies auch so ist. Wir haben alles vorgelegt. Wir haben unsere E-Mail Postfächer durchgekämmt. Es gibt dafür Regularien. Das ist in einer ordentlichen deutschen Verwaltung so. Es gibt Bestimmungen, was zu verakten ist. Daran halten sich auch alle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Regularien nach der APAS und gute deutsche Verwaltung, da habe ich dann andere Gedanken. Wenn ich nur an die Geschäftsordnungen denke, und mir niemand sagen konnte, wo die Geschäftsordnung eigentlich herkommt, wo diese fünf Prozent herkommen und wie sie angewendet werden. Da habe ich im Laufe der letzten Wochen nicht den Glauben verloren, denke aber, dass da noch Potential nach oben ist. Vielleicht kann das Herr Fritz kurz erläutern. Ist es tatsächlich so, und wenn ja, nach wie vielen Jahren oder Mega-/Gigabyte im Postfach wird gelöscht?

Robert Fritz (BMF): Man muss unterscheiden, ob es aktenrelevante Vorgänge sind. Die werden der Veraktung zugeführt. Die nicht-aktenrelevanten Vorgänge können gelöscht werden. Es ist so, dass wir aufgrund der Weite der Beziehungsbeschlüsse Ihnen sehr viele Unterlagen vorgelegt haben und auch weiterhin werden, die über aktenrelevante Vorgänge hinausgehen. Da ist gerade auch der Bereich des Beweisbeschlusses 25 von nicht-aktenrelevanten Stellen ein sehr gutes Beispiel. Fristen gibt es eigentlich nur für aktenrelevante Unterlagen. Bei nicht aktenrelevanten Unterlagen gilt der Grundsatz der Datensparsamkeit. Die muss man sogar ziemlich schnell löschen. Da ist es genau umgekehrt.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer entscheidet, ob es aktenrelevant ist? Entscheidet das derjenige, der selbst diese Mail erhalten hat? Dann könnte ich selbst sagen, dass ich gerade zehn Mails zu Wirecard habe, diese aber nicht aktenrelevant seien.

Robert Fritz (BMF): Das entscheidet letzten Endes die aktenführende Stelle. Es wird dem Fachreferat oder der -abteilung zugeleitet, wenn es aktenrelevant ist, und dann veraktet. Natürlich haben Sie manchmal zehnmal dieselbe Mail im Referat und der - - Im Referat spricht man nicht von Federführung, sondern von der Person, die es bearbeitet. Die Person ist dann auch dafür zuständig, dass es veraktet wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann habe ich das soweit verstanden. Gibt es zumindest für den Untersuchungszeitraum, unabhängig von Kenntnisaufnahmen, Gesprächen, Prüfungen, in Ihrem Teilbereich des Finanzministeriums, in Form von organisatorischen Maßnahmen oder Anordnungen, Schlussfolgerungen oder Veränderungen aus der Erkenntnis von Wirecard? Nur bis zum 8. Oktober, Installation unseres Untersuchungsausschusses.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, für meinen Bereich nicht, weil wir nicht mit den Finanzmärkten, der Bilanzkontrolle oder anderem zu tun haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, für Ihren Bereich nicht, und für die anderen fünf könnten Sie zurzeit nichts sagen? Okay. Ich bin durch. Gibt es noch Fragen von den Kollegen der SPD? Nein. Fragen von den Kollegen der FDP? Nein. Kollege De Masi für DIE LINKE?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich stelle meine Fragen an Herrn Schmidt auf Twitter.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da habe ich einen Wettbewerbsnachteil. Es sei denn, Sie entlasten* mich irgendwann. Ich habe eine gewisse Zurückhaltungsvorsicht* waltend*. Das ist ein etwas einseitiges Ding. Ich antworte dir dann privat. Das ist aber unfair. Das gibst du zu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine Fragen mehr. Die Kollegin Paus hat noch jede Menge und macht jetzt weiter.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte ein paar Daten nachfragen. Einiges habe ich nicht mehr ganz präsent. Sie hatten gesagt, dass Sie sich 2019 nicht mit Kukies über Wirecard unterhalten haben. Wenn ich Ihren Eingangsvortrag noch in Erinnerung habe, dann hatten Sie aber sehr wohl mit drin, dass die Deutsche Botschaft den Termin mit Herrn Gartzke im November nicht mehr gemacht hat, nachdem die Kanzlerin in China gewesen war. Weil die Deutsche Botschaft auf Unterlage von Herrn Fuhrmann eingeschätzt hat, dass das im Oktober noch nicht so gut war. Der Kollege Herr Peters war sich nicht sicher, ob Sie diese Information erhalten haben. Sie hatten es in Ihrem Eingangsvortrag aber mitgeteilt. Es war Teil dessen. Deswegen wollte ich wissen, wann Sie darüber erfahren haben. Es klang am Anfang so, als wären Sie im November darüber informiert worden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das habe ich im Zuge der Aufarbeitung gesehen. Nach meiner Erinnerung habe ich die E-Mail nicht gesehen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war aber in Ihrem Eingangsvortrag, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, klar. Ich hatte berichtet*. Das war das Beispiel, das ich bei der Frage berichtet hatte, dass ich mich dahin gewandt hatte, ganz am Ende*, was zu unterscheiden ist: Januar/Februar Vorwürfe der FT, und Oktober Vorwürfe der FT. Dann hatte ich als Beispiel erwähnt das, was jetzt öffentlich bekannt ist, weil ja auch in der Spiegel-Berichterstattung, dass der zweite Finanzreferent, der von der Bundesbank kommt, Herr Fuhrmann, gesagt hat, dass man jetzt Abstand nehmen sollte. Ich hatte darauf hingewiesen, weil das ja durcheinander ging, in der Unterstellung, Berichterstattung, was auch immer: Seht Ihr, es gab ja aufrechte Beamte, die das wussten. Daraufhin hatte ich gesagt, dass immer zu gucken ist, zu welchem Zeitpunkt das war. Es war nach der Reise der Kanzlerin und nach meiner Mail.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem war das ja im Jahr 2019.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Im November.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im November 2019, genau. Diese Information haben weder Sie noch das BMF bekommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Zum BMF weiß ich es nicht. Da müssten wir gemeinsam in die Mail und den Verteiler der Mail gucken. Das können wir gerne machen. Ich weiß es ehrlich gesagt nicht. Da müsste ich nachgucken.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stellt sich grundsätzlich nochmal die Frage der Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Deutschen Botschaft im Zusammenhang mit diesem Finanzdialog. Sie sagten, Sie hatten diese Information nicht. Umgekehrt hat die Botschaft nicht die Information, um welche Akquise es sich genau handelte. Herr Peter hat hier gesagt, dass er nicht gewusst habe, dass es sich um AllScore handelte. Deswegen hätte ich die grundsätzliche Frage nach dem Informationsaustausch zwischen Ihnen und der Deutschen Botschaft sowie der Zusammenarbeit mit Angela Merkel.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie müssen die Ebenen auseinanderhalten. Ich tausche mich meistens nicht direkt mit einem Finanzreferenten aus. Mich kontaktiert der Botschafter. Das heißt, wir aggregieren das.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat zum Beispiel keinen Termin gemacht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die Frage, mit wem er keine Termine macht, teilt er mir meistens nicht mit. Dann wären wir auch sehr intensiv beschäftigt. Ich hatte geschildert, dass ich mich mit Wirecard zweimal beschäftigt habe: mit dem Anruf von Gartzke und der Mail 22. Juni und meiner Mail am 27. Juni. Ansonsten habe ich mich mit Wirecard nicht mehr beschäftigt, außer es in der Monitoring-Liste zu Kenntnis zu nehmen. Deswegen war für mich die Frage auch nicht relevant, weil ich ja nicht mehr gehandelt habe. Wenn ich

jetzt nochmal irgendwas getan hätte im November, gehe ich davon aus, dass die Information aus der Botschaft mich auch erreicht hätte. Warum hätte ich im November nochmal handeln sollen? Verstehen Sie, was ich meine?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe, was Sie sagen. Ihnen war am Anfang wichtig, dass Wirecard bei Ihnen keine besondere exponierte Rolle gespielt hat. Sie haben gesagt, dass in dieser Monitoring-Liste mit den 34 Punkten nicht die 30 DAX-Unternehmen seien. Sie haben gesagt, dass es nicht nur Wirecard sei, sondern eine ganze Reihe von Unternehmen gewesen seien. Besagter Finanzmarktreferent konnte in dem Bereich Finanzen genau sechs aufzählen. Deckt sich das auch mit Ihrer Wahrnehmung? Die ganze Reihe, das sind sechs.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe es nicht durchgezählt, aber sechs wären für mich eine ganze Reihe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht zehn oder zwanzig?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß es nicht. Ich habe es nicht durchgezählt. Wenn der Finanzreferent das liebevoll durchgezählt hat, dann habe ich keinen Anlass, daran zu zweifeln.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie selber hatten die Deutsche Bank und CEINEX erwähnt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte die Allianz, die Deutsche Bank und CEINEX genannt. Ich habe die Ergo dunkel vor Augen. Ich glaube, dass das die sind. Ich habe mich um die Problemfälle gekümmert: Deutsche Bank wegen des IPO, CEINEX ist ongoing, Allianz war ein Thema wegen der Lizenz.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war da der Austausch und die Zusammenarbeit? Sind die auch diesen verschiedenen Punkten auf der Monitoring-Liste zugeordnet worden? Wurde sozusagen genau gewichtet, welcher Aspekt für welches Unternehmen welche Bedeutung hat?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht so genau. Da müsste ich nochmal draufgucken. Meistens ist es zugeordnet worden. Das war bei Wirecard anders. Deswegen habe ich das ausdrücklich nochmal gesagt. Das ist ein Unterschied gewesen. Deswegen hatte ich auch vorhin erläutert, dass wir uns zu einzelnen Punkten sehr detailliert mit den Unternehmen und den Kollegen, zum Teil auch ich selber, zum Beispiel mit Bäte von der Allianz, ausgetauscht haben, was genau sie im Finanzdialog als Passus brauchen. Und deswegen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie einzeln mit den einzelnen Unternehmen gemacht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mit Bäte habe ich Ihnen ja geschildert. Dort habe ich das gemacht. Normalerweise wird es auf der Fachebene gemacht. Dann gibt es hin und wieder mal - - Bei Bäte war das zum Beispiel der Fall, dass ich gesagt habe: Haben wir das so gelöst, wie das für sie* dann auch hilft? Wir hatten ein Interesse daran, dass die Allianz die Möglichkeit bekommt, in ganz China diesen sehr großen Markt für Versicherungen mit sich zu erschließen. Deswegen hatte ich das geschildert. Das ist ein Vorgehen für ein Unternehmen, auch ein DAX 30, gewesen. Etwas Vergleichbares hat es mit Wirecard Null gegeben. Es bestand keinerlei Kontakt von mir mit Wirecard, soweit ich sehen kann, auch von keinem anderem im Vorfeld oder im Zusammenhang des Finanzdialoges, das erste Mal durch diesen Anruf von Gartzke* deutlich später, am 22. Juni* dann die Mail.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Zeit ist um. Ich frage erstmal, ob der Wunsch nach einer weiteren Runde besteht. Ich frage die Kollegen der CDU/CSU. Die Kollegen der SPD. Kollege Dr. Toncar? Kollege De Masi? Dann geht es weiter.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Bäte hatten Sie benannt. Bei den anderen sagten Sie, dass es nicht auf Ihrer Ebene, sondern auf der Fachebene gewesen sei.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mal auf der Fachebene. Ich weiß aber auch, dass sich noch Holle mit einem Angestellten von der Deutschen Bank ausgetauscht hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lief aber nicht mit Ihrem Kollegen Kukies?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Er war dann in cc, wenn Holle mir das geschickt hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das galt für alle sechs? Sagen wir mal, wir gehen davon aus, dass es sechs waren.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nur ein Beispiel, was mir erinnerlich ist, weil ich das gesehen habe, nochmal herausgegriffen. Das ist auf sehr unterschiedlichen Ebenen gelaufen, in der Regel aber nicht auf Chefebene. Das wäre übertrieben. Der zweite Teil war der Zugang über den Finanzreferenten. Ich hatte vorhin geschildert, dass das aus der Botschaft zuffloss. Die haben das Monitoring vor Ort. Die DAX 30-Konzerne haben ja Tochtergesellschaften in China, die dann auch eigenverantwortliche Managerinnen und Manager haben. Die wiederum mit der Botschaft den Austausch pflegen. Die adressieren ihre Probleme direkt bei der Botschaft. Dann gibt es andere, die auch wieder hochaggregieren und das über* Headquarter in Deutschland machen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das mit dem cc bei Ihrer Korrespondenz mit Gartzke auch so? War Herr Kukies auch in cc?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Da war meine persönliche Referentin cc.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab von Ihnen auch eine Mail zur People's Bank of China, worauf es keine Antwort gab.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nicht von mir. Ich hatte aus der Erinnerung aus den Aktenvorlagen des Auswärtigen Amtes von dem Fuhrmann, der in der Botschaft berichtet, zitiert.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben intensiv Herrn zu Guttenberg zugehört. Er hat insbesondere zwei Aussagen getätigt. Erstens: dass er sehr wohl wahrgenommen hat, dass ein sehr hohes Interesse des Finanzministeriums an der Frage Markteintritt von Wirecard besteht. Sie haben die ganze Zeit Wert darauf gelegt, dass das nicht so sei. Trotzdem hat Herr Guttenberg das so gesagt. Sie hatten mit ihm direkt nichts zu tun. Sagen Sie, dass das eine Fehleinschätzung ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kenne die Aussage nicht. Es wundert mich etwas, weil ich Ihnen nur berichten kann, dass* auf meiner Ebene, auf der Ebene des Ministers, nein. Die Genese, die ich Ihnen geschildert habe, die ich mir extra nochmal angeguckt habe, spricht ein bisschen dagegen. Kann ich vielleicht noch kurz etwas sagen? DB, KfW, Munich Re, Ergo. Ich versuche, die Liste durchzugehen. Dann sind das aber auch viele politische Themen: IWF-Quotenreform, G20 BEPS-Prozess, G20, die Koordinierung Eminent Persons Report zur Reform der multilateralen Entwicklungsbanken, AIB*. Das ging munter durcheinander. Euler Hermes war auch noch ein Thema. Das ist ein uraltes Thema, was Euler Hermes als Problem hat. Die Deutsche Börse mit CEINEX gibt es auch noch. Das sind die, die ich beim schnellen Durchblättern sehe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein weiterer Punkt, der zu Guttenberg sehr wichtig war. Er sagte, dass es völlig klar sei, dass bei großen Unternehmen der Markteintritt in China nicht ohne politische Unterstützung seitens der Bundesregierung geht, insbesondere im Finanzmarkt-bereich, weil der superreguliert ist. Da geht ohne den Stempel der Bundesregierung gar nichts, die unterstützen, dass diese Unternehmen in dem Bereich tätig sind.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte versucht, das zu schildern. Ob gar nichts geht, ist eine sehr absolute Aussage. Einige sind auch so aktiv und erfolgreich. Dieses Problem der unterschiedlichen Marktzugangsmöglichkeiten, die wir in China und Europa, auch in der Bundesrepublik haben, ist eines. Es ist auch meine Erfahrung, dass man im Umgang mit China immer wieder die politische Ebene benötigt. Das auch, weil die KP China

überall sitzt. Insofern haben wir den Finanzdialog genau aus diesem Grunde auch gemacht, so dass wir die Marktöffnung, die alle G7-Staaten haben wollen, auch hinkriegen. Das ist auch eine Frage der Fairness. Da wird mit China sehr viel politisch und öffentlich diskutiert.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen aber, dass Sie sich für alle gleich eingesetzt haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Es ist immer die Frage, was die brauchen und wo man helfen kann. Ich kann Ihnen ein Beispiel schildern. Wir hatten in Hamburg die CESL, die China European School of Law. Das ist ein Zusammenschluss europäischer Hochschulen. Konsortialführer ist die Uni Hamburg. Da ging es um einen Rechtsstaatsdialog mit chinesischen Partneruniversitäten. Irgendwann fing der Parteisekretär in der Partneruniversität an, die Europäer herauszudrängen. Er wollte von Rechtsstaat nichts mehr hören. Er wollte nur noch Kaderjuristen. Wir haben gesagt: Das war nicht die Verabredung. Dann bin ich mehrfach hin, habe den EU-Botschafter und den deutschen Botschafter eingeschaltet und mit denen Streitgespräche geführt. Wir sind nicht weitergekommen. Irgendwann haben wir es so hocheskaliert, dass der damalige Kommissionspräsident Barroso das mit dem damaligen Präsidenten Hu, glaube ich, oder so, war das noch, angesprochen hat. Nur dann sind wir diesen Parteisekretär losgeworden. Das zeigt: selbst mit Botschaftereinsatz und ich als Staatsrat und Konsortial* usw. – wir kamen nicht weiter. Es musste tatsächlich auf die Ebene Barroso und dem* chinesischen* Präsidenten eskaliert werden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ging es jetzt nicht darum - - Rechtsstaatsdialog, und auch in allen anderen Fragen, Marktöffnung usw. – da versteh ich das. Mir ging es jetzt um den Einsatz für konkrete Unternehmen. Nicht um allgemeine Regulierung, sondern um die Frage, wie stark setze ich mich für deutsche Unternehmen ein. Und inwieweit schaue ich auch nochmal, inwieweit deutsche Unternehmen und deutsche Interessen immer komplett deckungsgleich sind, oder ob es auch wichtig ist, sich zu überlegen, in-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wieweit es Standards geben sollte. Das heißt, inwieweit die Interessen der deutschen Regierung immer eins zu eins deckungsgleich mit den Interessen der Unternehmen sind. Gibt es irgendwelche Standards oder Kriterien? Meinen Sie nicht, dass diese entwickelt werden sollten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht. Standards: Ich glaube, das ist eine Einschätzungsfrage, die am Ende eine Kanzlerin, ein Wirtschaftsminister, ein Außenminister trifft. Sie können gleich Herrn Röller befragen, wie das im Standardverfahren läuft. Ich kenne das bei Delegationszusammensetzungen zum Beispiel so. Da ist das häufig in enger Verbindung mit den Ländervereinen und dem BDI so. Mit denen wird geguckt, welche Unternehmen ein Interesse haben, und welche ein Problem haben, das nur staatlich mit Intervention, dass das mal erwähnt wird im Angesicht des Präsidenten. Dann wird es hinterher gelöst, weil es dann so aufgefasst wird, dass es eine Problemlösung gibt. Ich bin nicht sicher, ob uns ein Set von Regeln helfen würde. Am Ende bleibt es immer eine Ermessensentscheidung. Am Ende bleibt es eine Entscheidung der Kanzlerin, des Wirtschaftsministers, des Außenministers: Nehme ich* mit oder nicht. Die Delegationslisten werden dann nochmal vorgelegt. Das ist in einem Prozess, wo die Ländervereine, also die Wirtschaftsverbände, Lateinamerika-Verein, Ostasia-Verein, Ostausschuss der Wirtschaft oder BDI-Lateinamerika, sich kümmern und je nach Interessen die Vorschläge machen. Das gehört zu den üblichen Verfahrensweisen aller Bundesregierungen, seit sie fliegen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich frage die CDU/CSU, SPD, ich nicht, Kollege De Masi? Nein. Frau Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es je bei den vielen Fragen zur Finanzmarktöffnung eine Rolle gespielt, dass der Finanzmarkt auch eine kritische Infrastruktur ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Der Finanzmarktöffnung in Deutschland? Der ist geöffnet.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der in China.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, nicht dass es mir untergekommen wäre. Das ist immer das Spannungsverhältnis. Wir haben als westliche Industrienation ein großes Interesse daran, dass die Märkte geöffnet werden. Das mag aus der Sicht Chinas manchmal anders sein. Wir beharren nur ein bisschen auf einem Level Playing Field, also Reziprozität. Wenn wir das machen, sollen die es auch machen. Jedes Land hat die Möglichkeit, für sich selber zu entscheiden, dass es bestimmte Bereiche von der Liberalisierung ausnimmt. Die Schwierigkeit ist nur dann, wenn es gleichzeitig die Liberalisierung bei anderen nutzen möchte. Im chinesischen Bereich haben wir die große Schwierigkeit, dass wir durch dieses etwas hybride Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell gleichzeitig auch viele Staatsunternehmen haben. Die Chinesen haben zum Teil auch den Wunsch, deswegen ja auch der eigene Wunsch nach Öffnung, in einzelnen Bereichen etwas effizienter zu werden. Am Ende, so wie wir uns zum Beispiel auch entschieden habe, bei 50 Hertz zu sagen, dass das kritische Infrastruktur sei, und wir lieber wollen, dass das in deutscher oder europäischer Hand bleibt, auch das Außenwirtschaftsgesetz zu ändern, was die Schwellen anbelangt. Der chinesische Staat ist sicherlich einer der härtesten, was Nichtzugänge anbelangt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir sehr wohl bekannt. Deswegen meine Frage, inwieweit es irgendeinen Austausch zwischen Ihnen als Finanzministerium und ggf. dem Verteidigungs- und Innenministerium sowie dem Bundeskanzleramt zu den sicherheitspolitischen Fragen gegeben hat.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir tauschen uns zu den sicherheitspolitischen Fragen ständig aus. Da es hier um die Frage der Marktöffnung in China geht, wüsste ich nicht, warum das ein Problem für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sein sollte. Gerade der Sicherheitsbereich und auch der Umgang mit - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn deutsche Unternehmen in Form von Zugang zu Daten tätig werden, dann gibt es schon auch Rückverfolgung. Es ist also kein Thema gewesen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine letzte Frage. Sie sind für die internationale Zusammenarbeit zuständig. Es gibt auch internationale Zusammenarbeit im Bereich Geldwäsche. Waren Sie da in den letzten drei Jahren unterwegs?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dafür ist Herr Kukies zuständig, weil die FATF mit Herrn Pleyer auch eine* VII ist. Das ist der Strang VII A. Wir diskutieren bei G7 und G20 immer wieder. Da ist der FATF-Präsident auch dabei. Auch da ist es so, wenn wir bei G7- oder G20-Kommuniqués Themen haben, die den Bereich FATF oder FSB anbelangen, wird das von den Kollegen aus der VII vorbereitet. Deswegen ist dann zum Beispiel bei Delegationsreisen häufig auch Holle mitgewesen oder in Zukunft Frau Wimmer.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind auch nie auf Wirecard angesprochen worden, international?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Ich gehe davon aus, dass sich an den Wünschen, Fragen zu stellen, zu den vorvorletzten Runden nichts geändert hat. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtsinne abgeschlossen, ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung. Ich darf mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich wünsche Ihnen einen guten Tag oder eine kurze Nacht, wie Sie es wünschen. Ich wünsche, wie allen Kolleginnen und Kollegen zu vorgerückter Zeit im Dezember, eine schöne Vorweihnachtszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und kommen Sie gesund durch die Zeit.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Vorsitzender, ganz herzlichen Dank! Das wünsche ich Ihnen auch. Ich freue mich auf die Fortsetzung, ob auf

Twitter oder wo auch immer. Ihnen, Herr Hauer, wünsche ich noch einen guten Geburtstag, hoffentlich auch im Kreise noch netterer Menschen als hier in diesem Kollegenkreise. Jetzt viel Spaß mit Herrn Röller.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Unter uns Hamburgern sage ich einfach Tschüss. Dann bin ich bei den Obleuten herumgelaufen. Herr De Masi hatte auch gewünscht, dass wir uns kurz darüber beraten, wie wir diesen jungen Tag weiter gestalten wollen. Das müssen wir nicht öffentlich tun. Ich würde die Technik bitten, uns offline zu stellen. Ich kann nicht erkennen, dass nicht berechnete Personen, außer dem Kollegen Schmidt, im Raum sind. An der Stelle bitte nicht mehr rudeln. Wir haben zu viel schöne Zeit miteinander verbracht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Keine falsche Hektik, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin tiefenentspannt. Ich sehe ein Frühstück, von Dr. Toncar finanziert, auf mich zukommen.

(Unterbrechung von 3.31 Uhr bis 3.43 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben in der Beratungssitzung einen Beschluss gefasst. Angesichts der fortgerückten Zeit und der Wichtigkeit der Zeugen und eines vernünftigen Umganges mit den Zeugen, haben wir beschlossen, für heute, wenn ich mit den Ausführungen fertig bin, die Beweisaufnahme zu schließen. Wir haben uns darauf verständigt, für die Zeugen und etwaige Rechtsbeistände, die dort sind, am 12.1.2021 um 16 Uhr mit der Zeugenvernehmung Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller, dem Kollegen Michael Langenbrinck und Ole von Beust diese Zeugenvernehmung fortzusetzen. Für heute möchten wir an dieser Stelle beenden. Die Zeugen sind für heute entlassen. Ich bitte, das den Zeugen mitzuteilen. Nichtsdestotrotz möchte ich mich bedanken, dass Sie bis jetzt um 3.45 Uhr hier bei uns zugegen oder auf dem Sprung waren und sich bereitgehalten haben. Ich möchte den Zeugen und den Rechtsbeiständen vom Ausschuss eine gute Weihnachtszeit und einen guten



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Rutsch wünschen! Bleiben Sie gesund! Ich verabschiede Sie damit. An meine Kollegen bleibt mir zu dieser fortgerückten Stunde auch nur noch, mich für die teilweise heute lebhaftere, aber, wie ich finde, wie immer faire Diskussion, zu bedanken. Ich wünsche all meinen Kollegen eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Rutsch! Bleiben Sie mir gesund, sodass wir uns am 11. Januar 2021 wiedersehen. Ich schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 3.45 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Wolfgang Schmidt



Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll (Bandabschrift)

der 13. Sitzung – Teil 2

- vorläufige Fassung -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 18. Dezember 2020, 11.00 Uhr

10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Paul-Löbe-Haus, Saal 2.600

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Öffentliche Beweisaufnahme (Fortsetzung)

Seite

Zeuge Wolfgang Schmidt

2



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn der Bandabschrift
0.00 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Wolfgang Schmidt

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wurden in diesem Kontext des Finanzdialogs irgendwann einmal Warnungen zu Wirecard an Sie heran getragen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie war das, das habe ich mich noch gefragt, eigentlich der zum Amtsantritt also sozusagen. Unser Untersuchungsauftrag – der Zeitraum – der geht ja über mehr als eine Legislaturperiode. War bei der Amtsübernahme das Unternehmen irgendwann mal Thema?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Bei mir zumindest nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und ist auch in den Akten, im Aktenstudium, in der Aufbereitung aufgetaucht, dass es davor mal Thema war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich habe jetzt nicht alle Akten – sonst hätte Herr Hauer recht, dann würde das an mir liegen mit der Verzögerung – angeguckt. Das ginge nicht. Sondern das wird natürlich dann von den jeweiligen aktenvorlagepflichtigen Stellen gemacht. Deswegen kann ich ehrlicherweise zur Frage, ob das irgendwo anders eine Rolle spielte oder nicht, wenig sagen. Ich habe mir natürlich die Kleinen Anfragen angeguckt. Da wissen wir, dass Wirecard einmal auftauchte bei einer Sitzung, glaube ich, des Fintech-Gremiums mit dem jetzigen Gesundheitsminister. Aber das war jetzt keine Sache, die irgendwie bei mir zumindest in meinen Amtsgeschäften irgendwo aufgetaucht wäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Hat das Top-Management von Wirecard eigentlich mal versucht, irgendwie Kontakt aufzunehmen, also Herr Braun, Herr Marsalek, Herr Ley?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also mit mir jedenfalls nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, und auch nicht über andere Lobbying-Agenturen, Firmen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, und auch dazu gab es ja schon die eine oder andere Kleine Anfrage, die wir wahrheitsgemäß auch unter den weiten Gesichtspunkten beantwortet haben, dass ich glaube alle Kontakte, die mit der Spitze des Bundesfinanzministeriums mit Wirecard bestanden haben, sind öffentlich. Und das hatte ich ja vorhin geschildert, das war das Gespräch meines Kollegen Kukies mit dem CEO und dann, glaube ich, eine Teilnahme einer gemeinsamen Podiumsdiskussion und das war's.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie hatten ja vorhin schon auf die Frage vom Kollegen Toncar ausgeführt, dass Sie auch für eine ganze Reihe von anderen Unternehmen im Kontext des Finanzdialogs auch Fürsprache geführt haben. Ich meine, das ist wahrscheinlich ja auch insgesamt die ganze Idee des Finanzdialogs gewesen. Können Sie ungefähr schätzen, für wie viele DAX-Unternehmen dieser Finanzdialog am Ende relevant war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich ehrlicherweise nicht, und ich hatte ja versucht auszuführen ein bisschen, dass die Frage der Marktöffnung ein Element des Finanzdialogs war. Für mich als jemand, der sozusagen das G20-Geschäft betreibt, vorrangig, waren natürlich insbesondere auch die politischen Vereinbarungen von besonderer Wichtigkeit. Also ich muss da nochmal sagen, die ganze Frage der Schuldentransparenz, und dass wir mit den Chinesen da, aus meiner Sicht, tatsächlich einen Schritt weiter gekommen sind, was uns jetzt bei der sogenannten DSSI – Debt Service Suspension Initiative – sehr weiter hilft, nämlich der Frage, dass auch die Chinesen als einer der größten Gläubigerstaaten inzwischen sich dieser DSSI anschließen. Und die Grundvoraussetzungen dafür, dass man erstmal überhaupt ein Schuldenmoratorium macht, ist ja, dass man offenlegt, gegenüber welchen Staaten man als Gläubiger auftritt. Und das war mit der



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

chinesischen Seite sehr lange sehr, sehr schwierig. Es war eines unserer strategischen Ziele, auch als G7, dass wir das mit den Chinesen hinkriegen. Das gleiche gilt für das ganze Thema Steuerbekämpfung, Steuerbetrugsbekämpfung, die Frage Export Credits und so ein OECD-Guideline für Capital Flows. Und das Thema Marköffnung, da habe ich jetzt konkret in Erinnerung die Deutsche Bank, ich habe in Erinnerung die Allianz, ich habe mit Herrn Bäte dazu gemailt. Ich habe in Erinnerung CEINEX, also das Joint Venture der Deutschen Börse, mit denen ich da in Kontakt stand, und für die ich mich eingesetzt habe. So, und dann sind aber auch andere Versicherungen, Ergo, mal aufgetaucht und verschiedene. Und dann eben das große Interesse Deutschlands, da geht es natürlich auch um die, sagen wir mal, Brexit-Folgen, den Finanzplatz Frankfurt zu stärken, und chinesische Banken auch dazu zu bringen, hier ein EU-Hub zu öffnen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie, das ist ja auch noch eines der Themen um das es immer geht, wo auch behauptet wurde, man hätte die Kanzlerin vor der China-Reise, wo sie ja explizit Wirecard angesprochen hat beim Chinesischen Staatspräsidenten, sie vorher warnen müssen, und das BMF hätte die Kanzlerin warnen müssen. Gab es da irgendwann mal Überlegungen, und sind Sie der Meinung, dass das irgendwie notwendig gewesen wäre zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Erstens weiß ich nicht, bei wem die Bundeskanzlerin das angesprochen hat, die Frage einer Warnung. Ich frage da so ein bisschen: wovor? Also ich hatte ja vorhin versucht, ein bisschen aufzuschlüsseln, dass mit den damaligen Kenntnissen, aber auch in der Betrachtung jetzt nochmal, nachträglich der Presseberichterstattung, da kommen wir vermutlich zu etwas unterschiedlichen Einschätzungen. Aber zum Zeitpunkt der Reise der Kanzlerin und auch zum Zeitpunkt meiner Mail, wir sozusagen in der Mitte waren, zwischen den Vorwürfen, die im Januar/Februar in der FT erhoben worden sind, die dann aber aus meiner Sicht, sehr deutlich durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer EY, ich will nicht sagen, ausgeräumt wurden. Aber da wurde hier am Ende ge-

sagt, 1,5 Millionen in Wertberichtigung seien nötig gewesen. Und es sei ein Compliance-Problem und eine Frage der Struktur, es hätte keinen Prüfungsausschuss gegeben. Man hätte jetzt müssen den Aufsichtsrat professionalisieren, und damit ist sozusagen dieser Vorwurf - Mit Statements von Braun „wir haben Fehler gemacht und sind so schnell gewachsen“ und ich weiß nicht, was er da alles auf der Bilanzpressekonferenz berichtet, Spiegel-Online, Handelsblatt glaube ich, zwei Seiten. So stelle ich mir ein bisschen die Frage: Vor was genau hätte man denn warnen sollen? Und nochmal, es handelte sich um ein DAX 30-Unternehmen, das sich auf den deutsch-chinesischen Finanzdialog, eine vereinbarte Öffnung, die im strategischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland lag, berufen hat. Auf welcher Grundlage hätte die Frau Bundeskanzlerin oder hätte ich jetzt sagen sollen, nein, machen wir nicht? Hätte ich jetzt auch für schwierig empfunden. Aber das sind Fragen, die werden sicherlich politisch bewerten. Da wird es den einen oder anderen geben, der das anders sieht, aber ich kann ja nur sagen, wie wir in der Haltung als Bundesregierung mit diesen Fragen umgehen. Und deswegen habe ich keinerlei Veranlassung, jetzt auch in der nachträglichen Sicht, das zu sagen. Und ich glaube, der Staatsminister im Bundeskanzleramt, der Kollege Hoppenstedt, hat ja in der Sondersitzung des Finanzausschusses auch relativ ausführlich zu diesem Themenkomplex Stellung genommen. Und ich würde mal sagen: weder habe ich aus dem Kanzleramt irgendwelche Vorwürfe gehört, noch habe ich das Gefühl, dass das Kanzleramt in irgendeiner Form sich nicht richtig verhalten hätte, und schon gar nicht die Frau Bundeskanzlerin.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Dankeschön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. Bevor ich jetzt an den Kollegen De Masi gebe, ist hier jemand, der mit uns sogar in seinen Geburtstag hinein feiert, ein lieber Kollege der CDU/CSU-Fraktion wird heute 43 Jahre alt, alles Gute zum Geburtstag, Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich bedanke mich und wünsche mir von Euch allen und Ihnen allen zusätzliche Redezeit.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ich bin gleich großzügig, eine Minute ist bestimmt drin. Okay, dann gebe ich an den Kollegen De Masi weiter für die Fraktion Die LINKE

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, ich wünsche mir erstmal, dass der Kollege Hauer eine Runde schmeißt, nachher draußen, und dann können wir weiter reden. Guten Morgen, Herr Staatssekretär, wir duzen uns, das sieht man ja auch auf Twitter, also nicht nur bei Herrn Gersker, auch selbst wir duzen uns. Ich verwende jetzt aber das „Sie“, weil ich das angemessen finde, weil wir hier einen Untersuchungsauftrag haben, nur nicht wundern. Ich stell diese Frage jetzt, weil wir sie schon so oft gestellt haben, Herr Staatssekretär, ich vermute, Sie haben keine Aktien von Wirecard besessen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, und will ich, wie ich sagte, auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist auch zu empfehlen. Ich habe eine Frage, die mich die ganze Zeit so umtreibt in dem ganzen Prozess, den wir jetzt seit Sommer dargestellt bekommen haben. Herr Hoppenstedt vom Kanzleramt bei uns im Finanzausschuss. Da wurde uns im Prinzip gesagt, es gab diesen Finanzdialog, und dann – Peng – kam Herr Guttenberg, und auf einmal haben die gepasst wie Schlüssel ins Schloss, Wirecard, und dann haben wir uns da engagiert. Wir sehen, dass Herr Fritsche, Herr Ley im Kanzleramt waren und dort erst einmal das Fernostgeschäft von Wirecard angeblich vorgestellt haben. Gleichzeitig haben wir hier aber einen sehr langen Vorlauf. Wenn ich hier in die Akten gehe, die ich jetzt nicht zitieren darf, ich glaube das kann man sagen, sieht man, dass es ja auch schon diesen „Hamburg Summit“ gab, der war im Jahr 2018. Korrekt? Und dort gab es ja Gespräche von Liu He mit der Kanzlerin und Olaf Scholz im Vorfeld in Berlin, und Vorbereitungsunterlage für dieses Gespräch mit dem Petitor war auch bereits Wirecard. Korrekt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, das vermengt jetzt ein bisschen was. Ich glaube, die Frage Wirecard, in dem Vermerk der Botschaft, war jetzt nicht nur auf dieses Gespräch bezogen.

Sondern das war eine Abfrage aufgrund der Bitte von dem Liao Min, also meinem Counterpart, an den Botschafter, dass man die Bitten, die Petita, die Sorgen der deutschen Unternehmen, haben wolle. Und das wurde dann ja aggregiert, was ich schilderte mit Frau Braun-Werner und dieser Liste, Federführung BMWi, zusammengestellt. Und die Botschaft hat in dem Drahtbericht, in dem sie berichtet über dieses Gespräch des Botschafters mit dem Vizeminister, angefügt die an der Botschaft anliegenden Punkte. Was ich noch sagen wollte, das ist ja dann nicht aufgegriffen worden und in die Liste, die Sie auch kennen, der Punkte, die aus Sicht Deutschlands angesprochen, oder als ~~bezug~~ Themen adressiert werden sollten, gegenüber den Chinesen.

7 nicht
rausgenommen
werden
HS ?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Naja, wir entnehmen den Unterlagen ganz deutlich, dass ja dann im Januar 2019 bei dem deutsch-chinesischen Finanzdialog mit Olaf Scholz, dass dort ja offenbar Wirecard thematisiert wurde, und auch dort etwas als eine Weisung verstanden wurde. So wird das ja - - Das haben wir jetzt an diesem Abend ja schon häufiger verlesen, nämlich dass man sich dem Prozess nicht mehr im Wege stellen soll. Ich frage nochmal, weil seit 2018 war offenbar Wirecard Thema in Gesprächen auf hochrangiger politischer Ebene, und das lässt sich den Unterlagen so entnehmen, ich kann es auch nochmal gerne dann vorlegen. Und jetzt frage ich mich: Wie kann es sein, dass man sich auf hochrangiger politischer Ebene einsetzt, aber dann am Ende - - Also erstens interessiert man sich offenbar nicht für den Übernahmekandidaten, das wundert mich. Also von Ihnen findet sich hier eine E-Mail auf den Yahoo-Account von einer Person, wo mal so irgendwas zu AllScore Payment zusammengooglelt wird. Eine Nachfrage, ob sich was da finden lässt in Bezug auf die Strafe. Das war schon danach, also als das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Wie kann das sein, dass man so enorme Ressourcen wie den Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, die Bundeskanzlerin für dieses Unternehmen mobilisiert über einen so langen Zeitraum, und man geht nicht einmal auf Google?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

7. Mund genommen Und ich hatte auch geschildert, dass die Frage, auf die sich Wirecard, dieser Paragraph und dieser Absatz bezogen hat, nicht von der deutschen Seite kam, sondern von der chinesischen Seite. Die Frage bezog sich auf „Hamburg Summit“: der findet alle zwei Jahre in Hamburg statt. Ich hatte in meiner alten Tätigkeit das Vergnügen – der wird von der Handelskammer organisiert – das hin und wieder zu unterstützen. Ich halte das für eine sehr, sehr sinnvolle Veranstaltung. Und die Frage Wirecard spielte, das hatte ich aber auch geschildert, weder bei den Gesprächen mit Liu He, noch in der Vorbereitung der Gespräche mit Liu He eine Rolle. So. Dann hat Wirecard auch nicht eine Rolle gespielt bei den Diskussionen zum Finanzdialog in Peking. Sie beziehen sich vermutlich auf eine Mail von Herrn Ley, in der er sich offenbar überschwänglich bedankt, wie ich hinterher wahrgenommen habe, dass das sozusagen die Türen geöffnet habe. Ich kann nur sagen, für Mails von Unternehmensvertretern kann ich nichts. Sie haben aber mit dem Tatbestand und dem Sachverhalt, wie er sich darstellt, nichts zu tun. Deswegen hat sich niemand bis dann wenn Sie mich zur hochrangigen politischen Ebene zählen im Juni, und die Frau Bundeskanzlerin ja sicherlich im Anfang September, für das Unternehmen Wirecard eingesetzt. Und es hat auch keine, in irgendeiner Form, Art Kampagne oder so etwas gegeben dafür. Und die Frage AllScore, haben Sie netterweise darauf hingewiesen, da ging es um die Frage, dass ich in einem Pressartikel mit, ich glaube sogar mit einer von Ihnen stammenden Behauptung, konfrontiert wurde, nach dem Motto: „Wir hätten doch zum Zeitpunkt der Mail oder des Einsatzes von der Bundeskanzlerin, von der im Mai, wenn ich das richtig erinnere, 2020 verhängten Strafe der PBoC gegen All Score wissen müssen“. Und da habe ich gesagt, das ist nicht so. Und dann gab es, glaube ich, von Ihnen einen Hinweis auf eine Website – Caixin, wenn ich mich richtig erinnere. Und dann habe ich einen Freund gebeten, der des Chinesischen mächtig ist, deswegen auch seine Yahoo-Adresse, und habe ihn gebeten, ob er mal - Ich hatte mit dem Google-Übersetzer. Denn ich habe ja gesagt, ich habe die Sommerferien, genau wie Sie, auch mit Wirecard verbracht. Und ich habe ja auch versucht rauszufinden: Ha-

ben wir was falsch gemacht? Hätten wir was anders machen müssen? Und ich wehre mich aber auch gegen diese Art von Unterstellungen, die dann kamen. Und das wollte ich tun können. Und deswegen habe ich mir das angeguckt und habe gesehen: anders, als da berichtet worden ist, war dieses Unternehmen bzw. der Geschäftsführer dieses Unternehmens mitnichten Gegenstand der Berichte. Das war der Sachverhalt. Das hat sich aber alles zugetragen. Vielleicht zitieren Sie das mal aus der Mail von Yahoo. Gefühlt irgendwann Juli/August 2020, da war das Unternehmen meines Wissens schon insolvent. HI

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eine Frage noch?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, geht ja nicht mehr, ich bin über der Zeit. Und ich würde auch länger brauchen, jetzt hier einige Dinge einzuordnen, und deswegen machen wir das in der nächsten Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Finde ich fair. Alles klar, so machen wir das. Dann kommt jetzt der Kollege Bayaz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Herr Staatssekretär, willkommen in der Runde zu später Stunde. Ich würde gerne nochmal ein paar Sachen vorne weg mal für mich auch sortieren, auch was den Ablauf angeht. Sie haben vorhin auf eine Antwort von Herrn Hauer, herzlichen Glückwunsch, gesagt: „Bis auf die eine E-Mail hat Wirecard nie eine Rolle gespielt.“ Das ist ja übrigens gerade das Problem, warum wir auch hier sitzen, weil Wirecard offenbar an vielen Enden keine Rolle gespielt hat. Aber ich will die Zeitschiene nochmal ein bisschen einsortieren. Sie sagten auch, im Juni 2019, wie heißt diese Liste, ich habe den Namen vergessen, „Monitoringlist“, das war das Wort. Danke. Da ist das Thema irgendwie aufgekommen. Gleichzeitig, das hat uns auch der Bundesfinanzminister in der Sondersitzung im Sommer gesagt, hat er sich ab dem Februar 2019, als sozusagen auch die Berichterstattung losging, sich immer wieder informieren lassen, das war seine Wortwahl. Es hat uns auch der Staatssekretär Kukies in einer kleineren Runde so gesagt. Wann denn jetzt? Ab

! etwas übersetzen und schauen können, ob bestimmte Namen da auftauchen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wann war denn jetzt sozusagen das Thema Wirecard bei Ihnen im Haus auf dem Schirm?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, wie Sie wissen, und das ist ja, glaube ich, auch in der Chronik auch sehr sorgfältig abgebildet, müssen Sie ein bisschen unterscheiden. Ich habe geredet von der Frage, ob Wirecard eine Rolle gespielt hat im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs. Da ging es um die Frage, ob das Unternehmen sich in China, insbesondere durch den Erwerb von irgendwelchen vier landesweiten Payment-Lizenzen und dann später der Beteiligung an All-Score zu, wenn ich das richtig erinnere, 80 Prozent - - Praktisch an der Cross-Border-Payment und dann ihre Clearance und, was auch immer - - Sozusagen den Markteintritt kriegen kann. Das [andere Thema, und in diesem Zusammenhang hat Wirecard keine Rolle gespielt. Bis eben dann Gartzke sich bei mir gemeldet hat. Weil das sozusagen – das haben Sie, glaube ich, mit Herrn Peters, nehme ich an, erörtert – auf der Ebene Botschaft vor Ort gelaufen ist. Und dann gibt es natürlich den Prozess, für den ich allerdings nicht zuständig bin, sondern Kukies, die ganze Frage Bilanzkontrolle, Marktmanipulation usw. Und da haben Sie mitgekriegt, dass der Minister mit einem Vermerk vom 19. [der dann bei ihm eingegangen ist, glaube ich am 21., informiert worden ist, über das, was die BaFin gemacht hat. Diese drei Dinge, einerseits die DPR in Bewegung setzten, wegen des Halbjahresabschlusses erstes Halbjahr 2018, zweitens Leerverkaufsverbot und drittens - -

Zwischenruf

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir drängeln, wir sind übrigens deswegen so ungeduldig, weil wir einfach megawenig Zeit haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Gut, aber ich glaube, es ist wichtig – weil wir ja immer wieder erleben, dass die Dinge auch durcheinander gehen – dass man sich die Zeit nimmt. Und ich glaube, dass eine vernünftige Aufklärung auch eine saubere Abfolge der Dinge erfordert. So, und wenn Sie mich zu etwas fragen, dann glaube ich, ist es

auch wichtig, damit es nicht alles durcheinander geht und, dass man - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen habe ich ja gesagt, die BaFin-Punkte waren gewusst. Sie haben ja dieses sogenannte Non-Paper geschrieben. Ist das ursprünglich - - Ist es eine Aufgabe der, sage ich mal, der Abteilung für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen, dass Sie sowas machen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin ja nicht der Leiter der Abteilung für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen, sondern Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen mit der Zuständigkeit für einerseits die Abteilung I und andererseits die Leitungsabteilung. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass es hier um eine hochpolitische Fragestellung geht. Und ich hatte Ihnen ja schon geschildert, dass ich im Wesentlichen meinen Sommerurlaub mit Wirecard verbracht habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, Sie sagen auch beim Non-Paper: „Das ist für Olaf und die Freunde“. Wer sind eigentlich die Freunde? Können Sie die mal namentlich nennen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie und verschiedene andere Abgeordnete.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN): Wie bitte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie, und verschiedene andere Abgeordnete. Mir ging es darum, ein Papier zu erstellen, das mal versucht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir haben das Papier ja gar nicht bekommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das ist ja auch nicht abgeschlossen, es ist niemals - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir mussten ja um Informationen, zum Teil - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, Herr Bayaz das stimmt nicht. Also entschuldigen Sie, aber wir



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

7I
H 8
haben uns bemüht – und ich glaube, das ist hin und wieder von einigen Ihrer Kollegen, ich glaube auch von Ihnen, anerkannt worden – wirklich so transparent wie wir und so schnell wie wir irgendwie konnten, zu agieren. Und ich habe mich bemüht, in einem Papier, das aber nie finalisiert worden ist, einmal das aus meiner Sicht, das so darzustellen, wie ich es sehe. Sie sehen, dass ich deswegen mit großer Freude bei Ihnen bin, weil ich jetzt endlich Gelegenheit habe, das auch mal im Zusammenhang zu erläutern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sind wir sehr froh, dass wir zum Freundeskreis des BMF dazu gehören. Wussten Sie eigentlich, dass Herr Gartzke für die E-Mail, sozusagen für die Bitte, als er an Sie heran getreten ist, dass er dafür ja bezahlt wird? Herr zu Guttenberg hat uns erzählt, da gab es verschiedene Meilensteine, BMF war auch einfach ein wichtiger Punkt. War Ihnen das in dem Moment bewusst, als Sie sozusagen auch die Information weiter gegeben haben, dass der dafür bezahlt wird, dass das im Auftrag eines Kunden stattfindet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, dass es im Auftrag eines Kunden stattfindet, davon bin ich ausgegangen, der Altruismus ist in diesen Kreisen nicht so weit verbreitet. Das ist ein bisschen das Schicksal - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg hat auch gerne Pro-Bono-Sachen gemacht, hat er uns vorhin gesagt, also von daher - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das freut mich für ihn und diejenigen, die davon profitieren. Aber ich hatte den Eindruck, dass er, wenn er geschäftlich tätig ist, dass er sich auch entlohnen lässt, wie fast jeder. Das gehört ein bisschen zum Schicksal ehrlicherweise, wenn Sie auf dieser Seite des Tisches sitzen. Sie haben ständig mit Leuten zu tun, die für das, was Sie – abgeolten mit dem sehr üppigen Gehalt eines Staatssekretärs – tun, sehr viel üppiger und noch üppiger bezahlt werden. Such is life. Also ich weiß, dass das System ist, wie es ist. Olaf Scholz hat früher als Abgeord-

neter gerne mal, wenn Lobbyisten mit einem Unternehmensvertreter aufgetaucht sind, gesagt: „Sie wissen schon, dass Sie den Termin auch ohne den da gekriegt hätten?“ Und ich glaube, das ist eine ganz gute Haltung. Aber das Leben ist so, ich bin nicht naiv.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gilt jetzt aber nicht für Warburg-Termine, ja, aber das ist eine andere Geschichte, weil ich meine hier - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Soweit ich weiß, waren die allein bei ihm, ohne Berater.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin kein Hamburger, ich halte mich da raus.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Bei Olaf bekommt man Termine, auch ohne Lobbyisten, das kann ich bestätigen. f Scholz

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, vielleicht darf ich meine Befragung kurz weiterführen, weil ich bin jetzt auch schon in der Grenze der Zeit. Wann hat Herr Kukies Sie über den Termin informiert, den er mit Herrn Braun hatte, oder wie haben Sie davon erfahren?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Durch die Aufarbeitung, also dann, als wir diese Chronik erstellt haben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher war Ihnen das nicht bewusst? Hat er auch nie angekündigt, davor oder danach? Wen er da getroffen hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie kennen das Geschäft ja auch ein bisschen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen, ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich mich mit jedem [und Herr Kukies] mit jedem seiner Termine austausche - - Ist so ein bisschen ähnlich wie - f Hauer
7 sich
herzlichen Glückwunsch Herr Hauer – die Frage, die Herr Hauer gestellt hat: Wenn ich den Minister mit jeder meiner Mails sozusagen behellige,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

7 was über dann hätten wir nichts anderes zu tun, als unsere Gespräche wechselseitig zu informieren. So funktioniert das nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat Herr Kukies jetzt, letzte Nachfrage, im Zuge der Aufarbeitung, haben Sie ihn sicherlich auch gefragt, oder er hat das sogar von sich aus erzählt, worum es in dem Gespräch ging?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das ist ja auch in der Antwort an den Bundestag ausgiebig erläutert worden, und wie Sie den Akten ja auch entnehmen können - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie es nochmal in Ihren Worten, das würde mich interessieren.

ilgenannt **Zeuge Wolfgang Schmidt:** Dann waren Herr Kukies und ich ja beide der Meinung, dass wir so transparent wie möglich sein sollten. Das bezog sich auf meine Mail, die ich Ihnen gerne vorgelegt hätte. Und Herr Kukies hat, wie Sie nachlesen können, ja auch sehr dafür plädiert, dass Ihnen die Gesprächsgegenstände auch *erwähnt* werden. Und wenn Sie das erinnern aus der Chronologie und auch aus dem Vermerk, der Ihnen jetzt vorliegt – ich muss es jetzt aus dem Gedächtnis machen – dann war neben den Vorwürfen, die ja relativ frisch waren, verschiedene Fragen, was FinTechs anbelangt, Thema des Gesprächs.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Das Wort hat das Geburtstagskind, Matthias Hauer für die CDU/CSU.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Herr Staatssekretär. Ich würde gern zurückkommen auf den Juli 2019. Da sollte ja ein Treffen mit Ihnen in China stattfinden. Klar, das Treffen wurde letztlich abgesagt. Und da gibt es eine Mail vom 8. Juli 2019: „Lieber Yan, Themen werden sein - -“ ...und dann sind drei Themen, die geschwärzt sind, aufgezählt. Dann ist die vierte, das vierte Thema ist dann: „Payment-Lizenzen für Wirecard“. Und dann steht da: „Alles sehr unbequeme Themen...“ Und da würde ich Sie erstmal fragen,

ob Sie diese Einschätzung teilen, das was dort genannt ist, dass das alles unbequeme Themen waren?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn Sie nochmal sagen könnten, von wem diese Mail war, an wen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich sage es Ihnen gleich konkreter.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und vielleicht, ich habe ja einiges hier auch mitgebracht, aber ich weiß nicht, ob alles. Wenn Sie mir nochmal sagen könnten in welchem Bereich, also aus welchem der vielen Konvolute das stammt, von unserem oder aus dem AA?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz mal stoppen, kann Matthias Hauer nochmal die MAT-Nummer nennen, weil wir jetzt im Tonaufzeichnungsbereich nur noch sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ach so, Okay. Das müsste MAT A AA-3.02, Blatt 166 VS-NfD sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wir können die Mail gerne auch raussuchen, aber einen größeren Inhalt hat sie nicht, als ich gerade gesagt habe. Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Vielleicht sagen Sie mir vor allem aber von wem die stammt. Vom „lieben Yan“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Von dem Herrn Peters. Und Yan mit „Y“.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und wer ist Yan?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist der Adressat dieser Mail.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ehrlicherweise nichts. Ich sehe mich auch ein bisschen außer Stande, Mails von Leuten, die ich nur bedingt kenne, also zumindest den Absender.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe mein Original-Exemplar schon dem Herrn Peters gegeben, deshalb.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ach so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht kann noch jemand aushelfen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich suche hier auch mal parallel. Sagen Sie es nochmal. Welche Nummer war das?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Kollege De Masi gibt sie Ihnen sofort. Wenn Sie die dann hier lassen würden, dann. Danke.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Okay, das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen. Also Yan scheint, also mit „Y“, in der Tat, jetzt habe ich es verstanden, scheint der Kollege aus - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist der Kollege aus der Botschaft.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, genau, scheint ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin, ~~kein~~ ach nein, „Lieber“, aus der Wirtschaftsabteilung zu sein: „WI-16“. Ich weiß nicht, was sich unter den ersten drei Spiegelstrichen verbirgt, deswegen kann ich Ihnen nicht sagen, und warum Yan - - ...aber ich nehme an, das werden Sie mit Jan, also dem anderen Jan, erörtert haben. Ich kann Ihnen das nicht sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben das mit dem Herrn Peters erörtert, aber ich frage ja Sie trotzdem. Ist das ein unbequemes Thema zu dem Zeitpunkt gewesen? Also teilen Sie die Auffassung, dass zumindest der letzte Punkt ein unbequemes Thema ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ich nicht weiß, ob er diesen Punkt ausdrücklich mit meint oder nicht - - Ich habe dazu keine Erkenntnisse. Für mich war das Thema kein unangenehmes Thema, weil es kein Thema war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Ich möchte mal zurückkommen auf Ziffer 30. Wieso hat, aus Ihrer

Sicht, die chinesische Seite diesen Punkt überhaupt eingebracht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat man sich denn auf deutscher Seite nicht auch mal gefragt, welche Unternehmen davon betroffen sein können? Ich meine, das ist ja ein Thema, das betrifft ja nicht jedes Unternehmen in Deutschland, sondern da kommen ja nicht so viele in Frage, die davon vielleicht profitieren könnten, von so einer Regelung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Weil ich ja geschildert hatte, dass das keine der Paragraphen ~~war~~ oder dieser Absätze war, über die ich mir Gedanken gemacht habe. Weil wir tatsächlich bei sehr, sehr vielen sehr, sehr hart verhandelt haben und ~~leben~~ bis spät in die Nacht in China selber auch noch. Also, das war so ein Ding ~~das~~ durchlief, ob das irgendwie auf einer Fachebene mal Thema gewesen ist, das kann ich Ihnen nicht sagen. Tr HS
das

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat sich die deutsche Botschaft in Peking bei der chinesischen Regierung, bei der PBoC oder bei chinesischen Behörden für Wirecard eingesetzt, nach Ihrer Auffassung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ich habe ja jetzt genau die gleichen Akten studiert wie Sie, aus denen ergibt sich, wenn ich es richtig erinnere und gelesen habe, dass es hin und wieder Kontakte mit der PBoC gegeben hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kontakte? Heißt jetzt, man hat sich eingesetzt, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich nicht sagen, ich bin ja nicht an der Deutschen Botschaft, ich bin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie haben ja die Akten auch gelesen und können ja vielleicht



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

aus Ihrer Sicht des Fachmanns da eine Einschätzung vornehmen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich mich richtig erinnere, bin ich als Zeuge gehalten, aus eigenem Wissen etwas vorzutragen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das dürfen Sie gerne tun.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau, dann kann ich Ihnen sagen: kann ich Ihnen nicht viel beitragen, weil ich kein eigenes Wissen dazu habe, weil ich nicht an der Deutschen Botschaft bin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und nach Aktenstudium können Sie auch nichts dazu sagen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das habe ich gelesen, genau wie Sie.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wie bewerten Sie das?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dazu habe ich keine Bewertung vorgenommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, dann kann ich Ihnen sagen, was der Herr Peters dazu schreibt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das finde ich schön. Das interessiert mich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie das dann bewerten, aus Ihrer fachlichen Sicht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, also könnte ich, aber würde ich nicht wollen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist erstaunlich, dass Sie das schon sagen bevor ich irgendwas vorgelesen habe, dass Sie da keine Bewertung zu abgeben wollen, das finde ich nicht besonders transparent von Ihnen, muss ich hier mal ganz klar sagen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, die Transparenz beruht sich auf die Sachverhaltsaufklärung

aber nicht auf die Frage, wie ich Dinge bewerte oder nicht bewerte, weil: der Untersuchungsausschuss sind ja Sie, der Dinge bewertet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, da Sie noch gar nicht wissen, was ich Ihnen vorlese, finde ich das schon sehr erstaunlich, dass Sie schon von vorne herein sagen, Sie sagen dazu nichts.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch, ich bin sehr gespannt. Ich habe gesagt, ich nehme keine Bewertung vor. Ich sage gerne was dazu.

Zwischenruf

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch, mache ich gerne, ich - - (akustisch unverständlich) ... auch Geburtstagswünsche.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also der Herr Peters schreibt in einer Mail vom 7. August 2020, in der er auch diese ganze Chronologie noch einmal schildert, das ist MAT A AA-3.08c, Blatt 123:

Zusammenfassend lässt sich sagen: Über die Aufnahme des Absatz 30 im Joint Statement des Finanzdialoges am 18. Januar

- gut, 2019 wird wahrscheinlich falsch sein -

hinaus hat sich seitens der Deutschen Botschaft in Peking niemand bei der Chinesischen Regierung aktiv für Wirecard eingesetzt. Das Joint Statement wurde inhaltlich und tatsächlich nicht durch Vertreter der Botschaft verhandelt. Spitzberg und Wirecard haben in China selbst aktiv für ihre Interessen lobbyiert. Es gab keinen Fall, bei dem ein Vertreter der Deutschen Botschaft aktiv auf die PBoC oder andere chinesische Regierungsorgane zugegangen ist oder gemeinsam mit Wirecard Termine bei chinesischen Behörden wahrgenommen hat.

So Jan Ole Peters. Und jetzt höre ich von Ihnen, es hat eben doch Kontakte der Deutschen Botschaft hinsichtlich Wirecard zur PBoC gegeben.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt wieder die Frage, was da ein Tätigwerden ist. Aber in der Mail vom 27. November sagt Herr Fuhrmann in der Akte, das ist die MAT A AA-3.08b, Blatt 145:

Lieber Herr von Goetze,

im Rahmen des noch anstehenden Genehmigungsverfahrens hinsichtlich der Übernahme von All-Score durch Wirecard, versicherte mir die PBoC heute telefonisch, dass keine Hindernisse („no obstacles“) für die Genehmigung der Übernahme zu erwarten seien. Voraussetzung für die Genehmigung sei allerdings, dass der Deal von den beteiligten Parteien bei der PBoC auch beantragt wird, was bisher noch nicht erfolgt sei. Die PBoC überprüft dann lediglich, ob gegen AllScore „illegal issues“ vorliegen.

Illegal Issues ist auch gut.

Wird die Übernahme durch die PBoC bestätigt, erwirbt Wirecard ein umfassendes Lizenz-Portfolio für digitale Zahlungsdienste in ganz China inklusive Cross-Border - -

...und so weiter und so fort.

Im nächsten Schritt wird jetzt mit Wirecard der aktuelle Sachstand hinsichtlich der Beantragung der Genehmigung geklärt. Ich halte Sie auf dem Laufenden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also hat man sich offensichtlich da um den weiteren Fortgang informiert, gekümmert, wie auch immer. Sie wissen auch nur das - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nochmal, ich bin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, das handelt sich hier um die Botschaft, die gehört zum Zuständigkeitsgeschäft des Auswertigen Amtes.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, halten wir fest, dass es da offensichtlich unterschiedliche Einschätzungen gibt. Das ist zumindest meine Bewertung, die ich dazu abgebe. Mich interessiert das Thema Aktiengeschäfte von BMF-Mitarbeitern. Gibt es da eigentlich irgendwelche Anzeigepflichten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Bin jetzt nicht ganz sicher, was das mit China zu tun hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten ja schon verschiedene Themen, die Sie auch angesprochen haben, die auch nicht unbedingt mit China zu tun haben. Vielleicht könnten Sie uns da ein bisschen auf die Sprünge helfen, weil wir ja schon beim Behördenchef, den wir hier sitzen hatten, die Situation hatten, dass der nicht so richtig wusste, wem er hätte irgendwelche Aktiengeschäfte anzeigen müssen. Wir hatten gerade ein Mitarbeiter der Botschaft, der Wirecard-Aktien gekauft hat und auch nicht so richtig wusste, ob es da irgendwelche Regeln gibt, der im Übrigen aus dem BMF stammt und jetzt gerade beim Auswärtigen Amt tätig ist. Und da dachte ich, frage ich doch einfach mal einen, der es wissen muss.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, wenn ich es richtig weiß, gibt es in der Bundesrepublik, in der Bundesregierung, bisher keine Richtlinien dafür. Der Bundesminister hat oder ist – ich bin nicht sicher, wie der Verfahrensstand da gerade ist – gesagt, dass sich das ändern muss, und zumindest für das BMF. Und ich glaube, das ist auch Gegenstand von Parlamentarischen Anfragen gewesen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also bislang gibt es da nichts?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin nicht sicher, wie weit die jetzt sind, weil das zum Zuständigkeitsbereich des Kollegen Gatzler gehört, der für die Zentralabteilung zuständig ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber bislang gibt es nichts?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, bislang gibt es in der Bundesregierung keine allgemeinen Regelungen, was den Handel mit Aktien anbelangt. Es gibt natürlich, also was Verbote oder sowas anbelangt - - Es gibt, ich glaube, einmal im Jahr, einen deutlichen Hinweis an alle Beschäftigten, insbesondere natürlich in dem Bereich, der kapitalmarktrelevant ist. Deswegen, das hatte ich vorhin geschildert, ist für die Sachen - das ist ja jetzt, glaube ich, auch zum Beispiel bei dem Vermerk, oder verschiedenen Vermerken, die Sie jetzt auch vorliegen haben - befindet sich dann ja so ein Disclaimer, auch für einzelne Passagen: *7s das* das ist kapitalmarktrelevant, das Insiderinformationen sind, die eben nicht weiter gegeben werden dürfen. Und die Beschäftigten werden regelmäßig über ihre Pflichten in diesem Zusammenhang, also dass Nutzen von Insiderhandeln *7t wissen* verboten ist, informiert. Und ich ehrlicherweise gehe davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMF, weil sie in diesem Ministerium arbeiten, ein klares Problembewusstsein haben. Da wir ja aber alle gemeinsam gelernt haben, dass es offensichtlich doch ganz sinnvoll wäre, wenn es da weitergehende Regelungen gibt, werden die - wenn ich es richtig sagen kann, aber ich bin wie gesagt, nicht zuständig und weiß es nicht genau - werden gerade überprüft, und die arbeiten dran. Ich weiß, dass für den Bundesminister der Finanzen das ein wichtiges Thema ist, das er nicht so auf sich beruhen lassen möchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da gibt es ja schon was Konkretes, was in der Pipeline ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann Ihnen wirklich *7Hauer nicht mehr sagen* über ich schlage vor, wenn es Sie sehr interessiert, also *AH* *7haben* haben Sie den Bundesminister irgendwann demnächst ja auch nochmal hier, der wird Ihnen viel kompetenter als ich Auskunft geben können. Und sonst mögen Sie vielleicht den Kollegen Gatzler nochmal einladen, der kommt bestimmt auch und kann Ihnen das viel profunder erläutern als ich das kann. Es tut mir leid.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir bleiben dran, da können Sie von ausgehen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Davon gehe ich aus, und ich glaube, es ist auch richtig, weil ich finde:

In der Tat - ich hatte Ihnen das ja aus eigener persönlicher Wahrnehmung geschildert - das ist schon sehr irritierend, wenn Leute, die mit einer Aufsicht beschäftigt sind, mit Aktien handeln. Ich finde, das gehört sich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zumal der BMF auch ein sehr sensibler Bereich ist in dem Zusammenhang.

Zwischenruf

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich hatte eher überrascht, dass es bislang noch keine Regelung gibt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Naja, es ist ja nicht ganz unkompliziert alles. Es ist natürlich immer - - Wenn jetzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Poststelle, nehmen wir jetzt mal ein Extrembeispiel - - Oder die im Fahrdienst tätig sind - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die sind meistens nicht die, die am meisten mit Wirecard-Aktien spekuliert haben. Das ist meine Einschätzung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das teile ich. Das Problem ist nur: Sie müssen ja eine allgemeingültige, juristisch nicht angreifbare Regelung finden, die so ist, dass sie auch Bestand hat. Und die Frage, welche Einschränkungen möglich sind und welche nicht, da haben Sie ja auch gesehen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das kriegt das BMF bestimmt hin, da habe ich keine Zweifel.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, davon gehe ich auch aus. Aber Sie haben ja gesehen: Auch in der BaFin gibt es da unterschiedliche Einschätzungen. Der Personalrat hat sich auch mit einer liebevollen Stellungnahme an uns gewandt. Und Sie haben gesehen, dass in dem FISG ja auch Regelungen, wenn ich das richtig erinnere, enthalten sind dazu. Und die Haltung des Finanzministers, glaube ich, ist deutlich geworden, er möchte, dass das abgestellt wird.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, wir bleiben dran. Aber jetzt zur nächsten Frage. Im Untersuchungszeitraum, da dürfen wir ja nur nachfragen, wann haben Sie mit dem Bundesminister Scholz über Wirecard gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht mehr präzise sagen. Aber erst im Zusammenhang, sozusagen mit dem Aufkommen der Skandale, als es dann so richtig los ging.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das heißt in 2020?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nicht vor 2020?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und da haben Sie dann mit ihm einmal gesprochen oder jeden Tag oder wie oft?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht mehr sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es kommt ja nicht so oft vor, mit so einem DAX-Konzern, dass da so ein Riesenproblem auftaucht, da spricht man ja vielleicht doch mal mit dem Chef.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, nicht nur mit dem Chef. Ich habe ja geschildert, dass wir uns sehr bemüht haben, sehr schnell alle Informationen zusammenzutragen. Das ist ja auch sehr ausführlich dokumentiert, dass wir uns bemüht haben, auch hin und wieder im Ringen mit anderen, möglichst viele Informationen an Sie als Abgeordnete heranzutragen. Insofern war das sowohl im Kreise der Kollegen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber mit Herrn Scholz meine ich jetzt. Ich meine jetzt nicht uns, sondern Sie mit Herrn Scholz. Wann haben Sie denn mit ihm das erste Mal darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ernsthaft nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann oder auch nicht mehr telefonisch, persönlich?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir reden so viel über so vieles miteinander und ich kann es nicht mehr sagen, ich kann auch nicht sagen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau das irritiert mich. Dass Sie so viel über, also ständig, miteinander reden und gerade über dieses ganz wichtige Thema, dieses Riesenanlegerschutzthema mit einem Riesenskandal dahinter, da sprechen Sie dann irgendwann in 2020 drüber, in 2019 gar nicht. Und dann wissen Sie auch nicht mehr wann, und Sie wissen auch nicht mehr bei welcher Gelegenheit, und wie oft wissen Sie auch nicht. Und das irritiert mich, weil: Wenn man solche doch maßgeblichen Punkte bespricht, dann müsste man sich da doch eigentlich erinnern.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß nicht, wie Sie das so halten, ich kann ja nur für mich reden. Und ich kann Ihnen sagen: Wir haben da natürlich sehr intensiv drüber geredet. Wann das war, und danach hatten Sie mich ja gefragt, kann ich Ihnen nicht mehr beantworten. Oder kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich es schlichtweg nicht mehr weiß. Und die Frage 2019, nochmal: Für den Bereich Wirecard und für den Bereich Finanzmärkte ist der Kollege Kukies zuständig. Der hat, wie Ihnen sehr sorgfältig berichtet worden ist, ~~und auch~~ (den Sondersitzungen des Finanzausschusses, in der Chronologie, der Bundesminister fortlaufend unterrichtet. Und wir haben dann, als es klar war, das ist hier ein schwerer Betrugsfall, natürlich gemeinsam mit den Staatssekretären und dem Bundesfinanzminister, wenn das Thema war, darüber geredet. Aber für gewöhnlich ist es so, und dafür habe ich dann auch zu viele eigene Themen, dass wenn es jetzt um die fachlichen Fragen ging, dass der zuständige Staatssekretär und die Abteilungsleiterin mit dem Minister in Rücksprachen erörtern. Und wenn es um eine politische Bewertung geht, dann gibt es durchaus sozusagen das Kollegium, was wir in unregelmäßigen Abständen machen, wo alle sechs Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und die Büroleitung und der Abteilungsleiter L zusammenkommen. So. Und ich kann Ihnen

Hin
7n

75



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

aber mit Stand heute nicht mehr sagen, an welchem Zeitpunkt wir wann über dieses Thema wie geredet haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann haben Sie das letzte Mal mit Herrn Scholz darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Was heißt sprechen, er hat mir heute Morgen in einer Kollegiumschatte viel Spaß gewünscht, auf den heutigen Abend bezogen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann frage ich mal, wann es das letzte inhaltliche Gespräch zum Thema Wirecard mit Herrn Scholz gegeben hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise auch nicht sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vor diesem „Viel Spaß“?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich glaube, das letzte war in irgendeinem Kollegium, als es um dieses Thema Insiderhandel und verschiedene Optionen ging. Und wir haben dann über die Frage, wenn Sie das zum Themenkomplex Wirecard mit dazuzählen, ob es uns gelingt, all die Differenzen, die es noch gegeben hat, die in der Bundesregierung hin und wieder auch vorhanden sind, unterschiedliche fachliche Einschätzungen zwischen einzelnen Ministerien und das Gesetz jetzt am Mittwoch ins Kabinett kam, da gab es noch Fragen. Und die konnten dann am Montagabend bei uns in der Staatssekretärsrunde mit einer Nachfrist am Dienstag geklärt werden. In dem Zusammenhang, glaube ich, haben wir kurz darüber gesprochen. Und dann war unser Ministerfrühstück mit den Ministerinnen und Ministern der SPD-geführten Häuser, haben wir den Erfolg kurz angesprochen: Dass dieses Gesetz jetzt im Bundeskabinett beschlossen worden ist, das ja die notwendige Transparenz herstellt, die Reform bei den Wirtschaftsprüfern und bei der Bilanzkontrolle und, glaube ich, einen großen Fortschritt darstellt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich muss da leider jetzt nachhaken. Ich kann da nicht locker lassen, weil ich es Ihnen nicht so richtig abnehme. Also

wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, wann Sie das erste Mal mit ihm darüber gesprochen haben, Sie wissen nicht mehr die Gelegenheit, und Sie wissen auch nicht so richtig wie oft. Können Sie da nochmal drüber nachdenken? Also ich meine, Sie haben ja gerade gesagt, 2020 war das erste Mal, das halte ich schon für schwer glaubhaft, also nicht glaubhaft. Aber wenn es sich doch auf dieses eine Jahr jetzt, was ja auch noch nicht so lange zurück liegt, beschränkt, dann können Sie mir doch wahrscheinlich sagen, ob Sie das jetzt mit ihm drei Mal diskutiert haben oder eher zehn Mal oder eher hundert Mal. Jede Woche, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Hauer, ich verstehe, dass für Sie das Thema Wirecard sozusagen die Nummer Eins der Agenda ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, wir sind hier im Untersuchungsausschuss.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ich verstehe das, deswegen sage ich das ja - -

Zwischenrufe

Zeuge Wolfgang Schmidt: ...meine Hochachtung mit großem Respekt. Ich bitte nur auch um ein bisschen um Verständnis, dass wir seit, also ich, seit Rückkehr vom G20- und G7-Treffen, ich glaube am 23. Februar, im Wesentlichen ein Thema haben, und das ist die Corona-Pandemie und -bekämpfung. Und ich kann Ihnen nur sagen: wir arbeiten, ich will nicht sagen, Tag und Nacht, aber doch weitgehend 18/7, an der Bewältigung dieser Krise, und tatsächlich ist das im Moment für meinen Verantwortungsbereich der Schwerpunkt der Tätigkeit. Deswegen bitte ich ein bisschen um Nachsicht, dass angesichts der Tatsache, dass wir einerseits - - Und ich mich auch mit der Leitungsabteilung und in der Koordinierung der SPD-geführten Häuser und auch mit den SPD-geführten Ländern und mit der SPD-Bundestagsfraktion um das epidemiologische Geschehen kümmere, und die Frage, welche Maßnahmen sinnvollerweise ergriffen werden sollen, welche Haltung der SPD-Teil der - -



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Herr Staatssekretär, ich muss Sie leider unterbrechen, weil das geht ja nur von meiner Zeit ab.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich würde das gerne erläutern - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...und deshalb muss ich Sie jetzt unterbrechen, weil es überhaupt nichts mit meiner Frage zu tun hat.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch. Ich schildere, Sie haben mir ---

Zwischenrufe

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich stelle nicht in Abrede, dass Sie sich mit der Pandemiebekämpfung auseinandersetzen und den Folgen der Pandemie. Meine Frage hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Meine Frage war, wie oft Sie sich mit Herrn Scholz darüber unterhalten haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, Sie haben gesagt, es ist wenig glaubhaft, weil aus Ihrer Sicht ich mich an jedes Gespräch, das ich mit Herrn Scholz zu Wirecard präzise erinnern können sollte. Und ich sage Ihnen, mein Kopf ist im Moment ganz wesentlich, insbesondere im Zeitraum Februar bis, sagen wir mal, bis Juni/Juli oder so, und dann wieder seit vielleicht September mit der Bewältigung der Pandemiefolgen. Ich kann Ihnen nur sagen, wir sind im Moment dabei, riesige Hilfspakete zu konstruieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das wissen wir doch alles, Herr Schmidt!

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, aber Sie können es vielleicht nicht ermessen. Sie kriegen ja als Abgeordneter auch die einen oder anderen Hinweise, Briefe und E-Mail aus dem Wahlkreis von Betroffenen, DEHOGA, HDE, usw., und Sie können sich vorstellen, wie viele das bei uns sind.

Zwischenruf

Matthias Hauer (CDU/CSU): Meine Frage war, wie oft haben Sie sich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine Damen und Herren, bitte! Liebe Kollegen, wenn Sie jetzt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ... bezog sich auf den Zeitraum vor 2020.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, dazu habe ich Ihnen präzise gesagt, im Zeitraum für 2020 habe ich mit Herrn Scholz keine Erinnerung an ein Gespräch. Nochmal, weil der Bereich Wirecard nicht der ist, der zu meinem Zuständigkeitsbereich gehört, was die Finanzbankaufsicht angeht, Bilanzkontrolle angeht. Und für den Bereich China und die Frage „Aktivität von Wirecard dort“ gab es keinerlei Veranlassung für mich, aus meiner Sicht. Das mögen Sie anders beurteilen, aber das meine Einschätzung mit Herrn Scholz darüber das Gespräch zu suchen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich versuche es in der nächsten Runde nochmal.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Ich würde da nochmal anknüpfen wollen, was der Kollege Hauer gesagt hat, würde dann aber ein knappes Jahr zurückspringen nochmal. Also das war mir jetzt noch nicht so ganz klar, und wir hatten ja eben diesen Mailverkehr mit dem Dr. Gartzke mit einer Art Wunschschreiben, was Sie modifiziert haben. Und gemäß der Chronologie aus Ihrem eigenen Hause vom 16. Juli 2020, 15:00 Uhr, „Aufzeichnung für den Finanzausschuss“ zum Thema Wirecard, steht in dieser Chronologie, 27. Juni:

Der für internationale Finanzpolitik zuständige Staatssekretär Schmidt hat sich mit einer Mail auf Grundlage der Vereinbarung des deutsch-chinesischen Finanzdialoges

- also der vom Januar 2019 -

an seinen chinesischen Ansprechpartner gewandt, um ihn über das Interesse des deutschen Unternehmens Wirecard AG am Eintritt in den chinesischen Markt zu informieren.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist das soweit korrekt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt meine Frage: Was war jetzt genau der Anlass für diese Information an das chinesische Finanzministerium über diesen geplanten Markteintritt der Wirecard AG? Also war es dieser Kontakt, dieser Mailverkehr mit Dr. Gartzke?

f " 7" **Zeuge Wolfgang Schmidt:** Ja, also [Mailverkehr] ist etwas einseitig, also der Anruf von Herrn Gartzke und die dann sich anschließende E-Mail.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gab es, das hatten Sie jetzt gesagt, eben - - Nach Berichten eines Internetmediums, das heißt „Perspektive Online“, haben Sie von Herrn Dr. Gartzke für die Kontaktaufnahme mit Ihrem chinesischen Kollegen einen vorgefertigten Brief-oder Mailentwurf erhalten. Das ist dieser, über den wir uns auch unterhalten haben eben, im Vorlauf. Oder war da noch ein anderer?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das ist der, der auch auf der Internetseite des BMF veröffentlicht ist im Rahmen der IFG-Anfrage. Der Ihnen vorliegt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, und jetzt kommen wir ja doch so in einen Grenzbereich - - Und ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie, ich habe jetzt gehört, sechs Staatssekretäre haben. Aber ich habe immer ein Problem damit, wenn man zu sehr betont - - Kein Vorwurf, sondern einfach eine Feststellung, die dann vielleicht auch - - Zu einem Behördenversagen wäre hier zu schwer, aber - - Wenn Sie eben sagen: „Das ist jetzt nicht mein Bereich“. Das würde ja dann bedeuten: Wenn der Kollege Kukies erfahren würde – zwei Monate vor Ihnen oder einen Monat vor Ihnen – dass da irgendwo im Rahmen der Chinapolitik oder von Wirecard fürchterlich was schief läuft und er jetzt sagt: „Naja, ist nicht mein Bereich, ich hefte das einfach mal ab“ und würde Sie nicht informieren. Und hier gehen wir jetzt ja in einen Bereich, da kommen wir schon sehr nahe zwischen dem Anlassverlangen, dem Leerverkauf, den Gerüchten, denen wir ja alle hier

Ihnen auch schon nahe gebracht haben und Sie auch, ob nun ex ante oder auch vielleicht damals entsprechend vorher kennengelernt haben, rücken auf den Zeitpunkt der KPMG-Sonderberichterstattung - - Also was war Ihnen zu diesem Zeitpunkt - - Mit 27. Juni, da ist ja dieses Herantreten an den chinesischen Vizefinanzminister Liao Min charakterisiert. Was war Ihnen zu diesem Zeitpunkt genau zur Wirecard AG bekannt? Denn ich glaube schon, wenn Sie in ein so wichtiges Telefonat reingehen - - Mit all dem, was Sie geschildert haben - - Daran könnte ich mich jetzt erinnern?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jetzt weiß ich nicht ganz genau, auf welches wichtige Telefonat rekurrieren Sie jetzt?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also ich habe hier stehen, dass Sie entsprechend, ich gehe davon aus, kann natürlich auch per Mail gewesen sein, an den chinesischen Finanzminister Liao Min gewandt haben, um das Interesse der Wirecard AG am Eintritt in den chinesischen Markt kundzutun.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist die Ihnen vorliegende Mail vom 27. Juni, 00:57 Uhr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: 2019, Genau.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist das. Deswegen: kein Telefonat, sondern eine E-Mail. Diese E-Mail, die habe ich geschrieben, das hatte ich ja versucht zu schildern. Und ich habe damals keinerlei Veranlassung gesehen, dazu jetzt den Kollegen Kukies zu befragen. Weil diese E-Mail im Rahmen der Vereinbarung des deutsch-chinesischen Finanzdialogs sich abspielte, also diese mehrfach angesprochene Nummer 30. Und das ein Anliegen war, was, aus meiner Sicht, deswegen sich vollständig im Rahmen dessen befand, was ja zwischen Deutschland und China vereinbart war. Und was ich, hatte ich ja geschildert, am Vortag noch von mir abgezeichnet, auch in dieser Monitoringliste, in der der Fortschritt zu den einzelnen Vereinbarungen aus dem Finanzdialog, und eben auch zu der Nummer 30, verzeichnet war. Insofern hatte ich da jetzt keinerlei Anlass, jetzt zu sagen: Ich muss jetzt nochmal



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

den Kollegen Kukies dazu befragen. Ansonsten kann ich Ihnen versichern, also erstens, wir haben vier beamtete und zwei parlamentarische Staatssekretärinnen. Sie wissen, die Aufgaben sind ein bisschen unterschiedlich, deswegen haben wir zwar sechs, aber die vier sind für die operative Steuerung des Hauses mit den verschiedenen Themenfeldern zuständig. Und die parlamentarischen Staatssekretärinnen sind ja auch vorrangig für die Vertretung des Ministers in der Öffentlichkeit zuständig und auch natürlich gegenüber Ihnen, dem Parlament. Dass wir natürlich uns über alle relevanten Vorgänge immer wieder auch austauschen, das gehört sich. Zu so einem gut geführten Haus gehört das dazu. Es wäre auf der anderen Seite, glaube ich, aber auch ein Zeichen von Missmanagement, wenn alle alles machten, dann bräuchten Sie nur Einen. Sondern dafür gibt es die berühmten beamteten Zuständigkeiten, in den Organisationskästchen auch ausgewiesen. Wir bemühen uns, mein Eindruck ist, auch ganz ordentlich, in den Fragen, die übergreifend sind, dann auch immer auf der Leitungsebene uns auszutauschen. Dass das auf der Fachebene passiert, hatte ich ja versucht zu schildern am Anfang, indem ich gesagt habe: Es gibt sozusagen einen Punkt – in diesem Fall war das das Referat I C 2 bei mir im Bereich – das für das Zusammensammeln in dieser Monitoringliste zuständig war. Aber die Zuständigkeit zu den einzelnen Punkten ~~war~~ dann wieder auf die Fachreferate (der verschiedenen Abteilungen) war das die Zuständigkeit. Und in diesem Fall war das, wenn ich das richtig erinnere, dann in der Abteilung VII, ein Referat aus dem A-Strang, ich glaube VII A 2 oder VII A 3.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt also, ich folgere dann richtig, dass Sie - - Bevor Sie jetzt in Kontakt getreten sind, gab es keine Abstimmung mit dem Herrn Bundesfinanzminister Scholz oder mit anderen Ressorts oder gar mit dem Kanzleramt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann eine letzte Frage, die mich jetzt interessiert, aufgrund der Ausführung. Ich halte das schon -- Das ist jetzt meine Ansicht -- Sie sagten unregelmäßig.

Wenn ich das auf ein Jahr beziehe – auf das Kalenderjahr – wie oft trifft sich dieses Kollegium der sechs Staatssekretäre? Vielleicht haben wir den Bundesfinanzminister, um sich da zu synchronisieren? Weil ich glaube, solche Treffen sind unheimlich wichtig, damit man dann über die Zuständigkeitskästchen auch hinausspringt und sich austauscht. Wie oft kann man das ansetzen? Sie sagten unregelmäßig. Aufs Kalenderjahr bezogen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen. Aber ich kann Ihnen berichten, dass das natürlich nicht die einzige Koordinierung ist, die wir haben. Wir haben jeden Morgen eine Morgenlage unter den Staatssekretären und montags mit den parlamentarischen Staatssekretären dabei, wie das, glaube ich, *Hinnen* in fast allen Häusern üblich ist. Wo wir uns natürlich über das Tagesgeschäft und wichtige Dinge austauschen. Jetzt nageln Sie mich nicht fest. Im Kollegium würde ich mal so sagen alle Woche, alle zwei Wochen oder so was. Aber das ist dann natürlich immer abhängig von Parlamentswoche, Corona - - Mal findet es statt, mal findet es nicht statt. Aber wir kommen zur Not auch, wenn es wichtige Themen sind, ad hoc zusammen. Die Koordinierung findet aber im Wesentlichen natürlich jetzt bei den Themen, die wir auf unserer Ebene als Staatssekretäre klären können, entweder bilateral oder trilateral oder eben in der Morgenlage statt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Dann geht es weiter mit den Kollegen der SPD. Wer möchte? Cansel Kiziltepe für die SPD-Fraktion. Bitteschön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Staatssekretär, ich möchte ein bisschen weg vom China kommen. Ich glaube, der Bereich ist ziemlich erschöpft. Zur Regulierung, Regulierungslücken, Kompetenzen und so weiter. Wir haben nach dem größten Bilanzbetrug erlebt, dass abgesehen davon, dass es sich um organisierte Kriminalität und bandenmäßigen Betrug handelt, es hier auch ein gewisses Aufsichtswirrwarr gab. Keiner fühlte sich zuständig. Jeder versucht, die Verantwortung von sich abzuweisen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Auch bei der Aufsicht über die Geldwäsche bestanden offensichtlich Unklarheiten. Das Bundesfinanzministerium hat ja auch Ende Juli einen Aktionsplan vorgelegt – relativ schnell muss ich auch sagen – die diese Regulierungslücken auch schließen will. Welche Gespräche gab es im Vorfeld dieses Aktionsplanes? Woher haben Sie die Expertise? Haben Sie sich mit Verbänden ausgetauscht? Wir hatten ja schon mal eine Novelle der Wirtschaftsprüfer im Jahr 2016. Und es gab eine lange breite Diskussion nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Es gab einen EU-Kommissionsvorschlag dazu, der lange diskutiert wurde. Viele Vorschläge aus dem Jahr 2011 sind ja auch in dem Aktionsplan berücksichtigt. Vielleicht können Sie dazu nochmal was sagen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich befürchte, dass ich Sie jetzt ähnlich enttäuschen muss wie den Kollege Hauer. Das sind Themenbereiche, für die ich ^{7, wie ich gesagt} ~~beamtlich~~ wieder nicht zuständig bin. Das heißt, hin und wieder haben Leute mir auch was geschickt, das habe ich dann brav und ordentlich dem Kollegen Kukies und der Kollegin Wimmer, die die Abteilungsleiterin der Abteilung VII ist, weitergeleitet. Ich hab mich jetzt natürlich im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses und -verfahrens ein bisschen mit den Inhalten beschäftigt. Und mit der Frage, ob wir alles das tun, was sinnvoll ist. Oder wie sich das politisch so darstellt. Aber mit wem jeweils die Fachabteilungen, mit wem Kukies und mit wem der Bundesminister sich dazu ausgetauscht hat, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben aber den Sommer damit verbracht, sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Und die Wirtschaftsprüfer sind hier ja auch sehr stark im Fokus. Auch wenn einige meinen, blauäugig oder naiv gewesen zu sein, was dieses Unternehmen angeht, muss man ja auch feststellen, dass EY über Jahre hinweg uneingeschränkt testiert hat. Es gibt auch Vorschläge in dem Aktionsplan, die darauf eingehen. Können Sie Ihre persönliche Sichtweise darstellen, zu den Verbesserungsvorschlägen im Aktionsplan. Warum lief es nicht so gut? Und was muss besser sein?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nochmal, ich befinde mich jetzt auf einem Gebiet, dass ich – ähnlich wie die meisten von Ihnen – jetzt mir neu erschließe. Einige sind Experten, ich war es bis dato nicht. Ich kann sagen, dass, glaube ich, deutlich geworden ist, dass das zweistufige Verfahren, was wir in Deutschland haben, für Fälle von Betrug absolut nicht ausreichend ist. Deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, dass die BaFin reformiert und mit hoheitlicheren Aufgaben oder Befugnissen ausgestattet wird. Die Frage, welche Rolle die privatwirtschaftlich organisierte DPR spielen soll, ist, glaube ich, eine, die richtigerweise gefragt wird und gestellt wird. Und ich glaube im Aktionsplan auch einigermaßen gut beantwortet wird. Also die Schwierigkeiten sind doch jetzt sehr offensichtlich geworden. Ich glaube, es ist auch ein Thema, welche Befugnisse die DPR hat. Wie lange die Verfahren da dauern. Die Frage der Rotation der Abschlussprüferinnen und -prüfer. Da hat sich ja jetzt in der Bundesregierung der Kompromiss ergeben, das auf zehn Jahre zu beschränken, wie es ja bisher auch für die Finanzsektor üblich ist. Ich persönlich – wenn Sie mich fragen als jemand, der nun auch das Vergnügen hat, in zwei Aufsichtsräten zu sitzen und auch einem Prüfungsausschuss vorzuzustehen – finde, dass die Frage der Cooperate Governance ganz zentral ist. Ich glaube – das ist jetzt meine Wahrnehmung – dass das natürlich auch ein Problem bei Wirecard gewesen ist, dass die bis zum Frühjahr 2019 keinen Prüfungsausschuss hatten. Wenn die – alte Menschen in allen Ehren – einen 74-jährigen Aufsichtsratschef haben, der auf die Berichte in der FT vom 15. Oktober sagt: „Wir haben so viel zu tun – we have other things to do“. Und er habe das noch nicht zur Kenntnis nehmen können, als Aufsichtsratsvorsitzender, dann ist da ja erkennbar etwas mit der Aufsicht in dem Unternehmen nicht in Ordnung. Dass das etwas ist, was nicht richtig ist, und so nicht bleiben kann für ein börsennotiertes Unternehmen, ist, glaube ich, auch klar. Dass ich als Sozialdemokrat finde, dass mitbestimmte geführte Unternehmen – wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Aufsichtsgremien mit sitzen – besser geführt sind, weil dann hin und wieder auch die Kenntnis aus der Belegschaft mit eingeführt wird, ist etwas. Aber das ist eine politische Bewertung, die überlasse ich natürlich –

4 in



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Güntzler schmunzelt schon – die überlasse ich natürlich Ihnen. Und das wird ja dann – Herr Hauer hat ja auch darauf hingewiesen – es gilt immer das Struck'sche Gesetz, wenn ich das hinzufügen darf. Das wird ja jetzt im parlamentarischen Verfahren bestimmt intensiv beraten. HI Wenn ich finde, die Bundesregierung hat ein ganz ordentliches Angebot gemacht. Ich hoffe, dass Sie das alle unterstützen, und dass wir dann schnell diesen Reformschritt gehen. Ob dann nach dem Ausschuss weitere notwendig sind, wird man ja dann sehen. Da werden Sie wahrscheinlich die eine oder andere Erkenntnis noch hinzugewinnen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist auch mein Punkt. Es gab bei Wirecard weder einen Betriebsrat noch eine Arbeitnehmer*innenbank im Aufsichtsrat. Das hängt natürlich auch mit der Tochterstruktur zusammen, um eine paritätische Mitbestimmung auch zu umgehen. Das ist aber ein weiteres Problem, dass es gibt. Allerdings muss man den Nachfolger diesbezüglich auch im Blick behalten, dass ist ja Delivery Hero – der die Wirecard im DAX 30 nachgefolgt sind. Ich wollte Sie nochmal fragen: Kennen Sie die Vorschläge der APAS für eine Reform in diesem Bereich?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin ehrlicherweise nicht sicher. Es kann sein, dass ich die mal zur Kenntnis genommen habe – also gesehen habe. Aber da gilt das gleiche, was ich dem Kollegen Hauer gesagt habe. Ich bin seit März – bis auf diese Phase dieser intensiven Diskussion mit Ihnen und die Sommerferien – doch eher mit anderen Themen im Moment beschäftigt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die APAS ist ja eine Aufsichtsbehörde, die offenbar – was ich auch nicht wusste – keinerlei Fachaufsicht unterliegt. Die ESMA hatte ja auch Vorschläge gemacht, dass die BaFin unabhängiger werden muss. Würde das bedeuten, wenn man diesem Vorschlag der ESMA aufgreift, dass auch die Fachaufsicht bei der BaFin entfiere?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich ernsthaft nicht sagen. Ich schlage vor, sie behalten die

Frage im Kopf und diskutieren Sie mit dem Kollegen Kukies. Der kann das bestimmt ganz kompetent beantworten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, dann komm ich nochmal zurück zu den Vorschlägen der APAS, zu einer Weiterentwicklung der Aufsicht in Deutschland. Das sind aus meiner Sicht sehr sehr gute Vorschläge, die zum Teil auch im Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz, abgekürzt FISG, mit drin sind, aber nicht alle. Also hier wird von der Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht gesprochen, von einem unbeschränkten Informationsfluss zwischen sämtlichen Behörden. Hier wird von internationaler Kooperation, von Transparenz der öffentlichen Aufsicht gesprochen. Das heißt: Kommunikation über die eröffneten Verfahren, Inspektionen, Berufsaufsichtsverfahren. Hier wird somit ein Naming and Shaming gefordert. Hier wird gefordert, dass das Berufsrecht weiterentwickelt wird, dass die Abschlussprüfungen in Richtung Aufdeckung von Fraud gerichtet werden sollten etc. Also als ich diese Reformvorschläge der Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer*innen gelesen habe, war ich sehr beeindruckt, und ich habe mich gefragt, warum diese Vorschläge im Rahmen der Ressortabstimmung mit dem BMWi nicht aufgenommen wurden. Aber dazu können Sie wahrscheinlich auch nicht viel sagen. Das klären wir dann nochmal an anderer Stelle.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich befürchte, ich kann da in der Tat nicht viel zu sagen. Ansonsten gilt natürlich: Die Bundesregierung handelt immer einheitlich nach außen. Und die Bundesregierung hat jetzt einen, wie ich finde, sehr guten Gesetzgebungsvorschlag gemacht. Und die Fragen werden Sie bestimmt gemeinsam sehr konstruktiv hier im Parlament erörtern und diesen Gesetzentwurf gegebenenfalls noch besser machen, wie das so Ihre Art ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Dann gebe ich an meinen Kollegen Jens Zimmermann weiter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann müssen wir doch nochmal nach China. Nein, ich würde einfach, um das auch abzurunden - - Mich würde



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nochmal interessieren: Hatte die Insolvenz von Wirecard dann bzw. welchen Einfluss hatte das auf die Diskussionen mit der chinesischen Seite, was sozusagen das ganze Thema Finanzmarkt angeht? Gab es da Rückmeldungen oder Gespräche?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, gab es nicht. Aber ich hatte ja auch versucht zu schildern, dass Wirecard, was den Absatz 30 des Finanzdialoges anbelangt, nicht so richtig im Zentrum stand, also eher gar nicht. Deswegen hatte das und hat das auf den Finanzdialog keinen Einfluss. Wir haben eher die anderen Themen: eine gewisse Frustration über die Frage, was eigentlich an Vereinbarungen tatsächlich umgesetzt ist. Ich hatte das ja am Anfang versucht zu schildern, dass das mit der chinesischen Seite häufig das Problem ist. Ich hatte vorhin ganz am Anfang auch die geopolitische Ausgangssituation gesagt. Sie wissen alle: Das hat sich ein bisschen verändert, die Amerikaner haben das war Liu He dann eben auch mit Lightthizer und Mnuchin, Ross und dann auch Trump selber ein sogenanntes Phase-1-Abkommen geschlossen, das dann zunächst die Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und der Volksrepublik China beendet hat. Das führt dazu, dass jetzt tatsächlich sehr viele US-amerikanische Finanzdienstleister Lizenzen bekommen und die deutsche Finanzwirtschaft sich meldet und sagt, auch bei der Botschaft. Ich weiß nicht, ob Sie das mit Herr Peters ein bisschen erörtert haben, dass das ein großes Thema für sie ist. Deswegen hatte ich vorhin auch gesagt: Ich habe meinen Counterpart jetzt verschiedentlich – auch in Bezugnahme auf andere Unternehmen – nochmal geschrieben. Und wir haben gesagt: Wir müssen jetzt ein Stocktaking machen. Wir sind ein bisschen zurückhaltend, dann kam jetzt auch noch Corona dazwischen, weil wir eigentlich jetzt gerne erstmal Regierungskonsultation und dann den Finanzdialog machen wollten. Die Chinesen drängen jetzt sehr darauf. Da sind wir im Gespräch. Nur die Ausgangslage hat sich ein bisschen verändert. Wir müssen jetzt wieder ein bisschen mehr paddeln. Gleichzeitig lesen Sie ja auch, dass im Moment in der Europäischen Union das Thema Handelsabkommen mit China eine große Rolle spielt. Da tut sich auch gleichzeitig was. Die Wahl des neuen US-amerikanischen Präsidenten verschiebt Dinge natürlich

auch. Ich nehme wahr, dass die chinesische Seite schon zur Kenntnis zu nehmen scheint, dass es eine größere Einigkeit auch innerhalb der G7 wieder wird geben können. Da die G7 gemeinsam dieses Thema „Marktzugang, Level-Playing-Field, State-Owned Enterprises, Exportkredite“ hat und jeweils in den Bilateralen Gesprächen mit den Chinesen auch vorbringt, glaube ich, ist es aus Sicht der Chinesen ein Thema, bei dem sie jetzt in die Pötte kommen müssen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, ich hab da viel Verständnis für, aber wir sind nicht Koalitionskrisenkabinett. Also in so weit - - Wünsche (akustisch unverständlich). Und ich übergebe dann jetzt mal an den Kollegen Dr. Florian Toncar für die FDP Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. Ich habe jetzt richtig in Erinnerung, dass in Ihrem Staatssekretärskollegium auch das Leerverkaufsverbot mal Thema war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Welches Leerverkaufsverbot?

Dr. Florian Toncar (FDP): Das Leerverkaufsverbot vom 18. Februar 2019. Da gab es glaube ich nur eins. Das wird ohnehin selten gemacht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich frage deswegen so präzise nach, weil wir im Zusammenhang mit der Pandemie über die Frage Leerverkäufe gesprochen haben. Und da haben wir darüber diskutiert. Sehr interessiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Kein Vorwurf, 18.2.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Nein, da war es nicht Thema.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, danke. Über die Strafanzeige gegen Dan McCrum, Stefania Palma und weitere: Wurde darüber mal im Staatssekretärkollegium mal darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nicht, dass ich mich daran erinnere.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Reise der Kanzlerin geplant, bei der es ggf. wg Wirecard etwas zu unterzeichnen gibt?

MAT A AA-3.08b Blatt 114, hier die E-Mail von Herrn Fuhrmann, wo es im Betreff darum geht: „Telefonat Herr Gartzke w Wirecard mit Herrn Botschafter.“ Und dann schreibt er hier

Bei dem Besuch BK Merkel im Sept 2019 wurde bei dem Treffen mit

- geschwärzt, wahrscheinlich der Staatspräsident-

das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft.

Ich wiederhole nochmal:

Beim Besuch BK Merkel im Sept 2019 wurde bei dem Treffen mit das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft.

So, und jetzt möchte ich Sie vor dem Hintergrund dieser ganzen Erwähnung fragen, ob Sie bei der Darstellung bleiben, dass Wirecard auf der politischen Ebene in keinem dieser Gespräche eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. Also, ich kann ja nicht für das Gespräch der Kanzlerin - - Darüber ist ja berichtet worden, dass es da eine Rolle gespielt hat. Aber zu den anderen, da müssten Sie mir jetzt bitte auch nochmal zeigen - - Ich glaube, es handelt sich jeweils um Mails auf Arbeitsebene zwischen Kolleginnen und Kollegen. Ich hatte ja den Prozess geschildert, auch wie diese Matrix der Monitoringliste erstellt wird. Wenn ich es richtig sehe: Was Sie zitieren, ist eine bot-schaftsinterne - - Deswegen sind das ja alles AA-Unterlagen, das gehört zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes, nicht des BMF. Deswegen kenne ich die jetzt nur sehr rudimentär. Ist es aber aggregiert worden, und dann ist das ja, was Ihnen vorliegt, das, was an uns als politische Ebene dann jeweils mit einem Vermerk, eben wie im Januar erbeten, praktisch quartalsweise gegangen ist. Und da sehen Sie durchgehend - - Ich

glaube, irgendwann ab dem Mai ändert sich der Eintrag zu Wirecard, von „Gespräche im Mai“ dann irgendwie „fortlaufend“ oder irgendwie so-was. Insofern können Sie dem schon entnehmen, und ich bin ja eben ganz am Anfang, wollte ich mir das jetzt mal von Ihnen das erläutern lassen. Weil Sie sagten, es sei sozusagen politisch in 2018 schon erwähnt worden. Ich hatte das sehr deutlich dargestellt, auch zwei Mal glaube ich, dass das Dokument, aus dem Sie zitieren oder nicht zitieren, aber das Sie erwähnen, wo das als Petita wahrgenommen wird, dass es sich da um eine Aufzählung, wenn ich richtig erinnere, von neun Anliegen, die bei der deutschen Botschaft in Peking anliegend sind. Und es handelte sich um den Drahtbericht im Nachgang zu dem Gespräch des Botschafters mit dem Vizefinanzminister aus dem November, wo der Vizefinanzminister den Botschafter darüber informierte, dass die chinesische Seite sogenannte Deliverables haben will –so nennt man das, also konkrete Ergebnisse. Und deswegen darum bittet, eine Übersendung zu kriegen der Wünsche, die Deutschland hat. Und dann hatte ich geschildert, dass der Prozess dann so gelaufen ist, dass über Frau Braun-Werner, also das Referat I C 2, diese Petita an das BMWi gegangen sind. Und zwar die Petita, die das BMF hatte. Da findet sich weder Wirecard noch finden sich die Bezahl Dienste. Sondern ich hatte Ihnen vorhin geschildert, und die liegt Ihnen vor, das ist so eine mit einem Änderungsmodus, verschiedene abstrakte Sachen. Da geht es um die politischen Dinge, wie die Schulden-transparenz, G20, und dann die Marktöffnung, dann die Letter of Intent und die MOUs. Und in all diesen Dingen findet Wirecard – meiner Erinnerung nach, ich kann das ja nochmal überprüfen – und auch das Thema Bezahl Dienste keinerlei Erwähnung. Und ich habe Ihnen geschildert, dass es weder beim Gespräch mit Liu He noch bei dem Gespräch, das ich mit dem Finanz-Vize-minister geführt hab, eine Rolle gespielt hat und - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Was ist denn dann gemeint mit „Thematisierung auf deutsch-chinesischem Finanzdialog am 18. Januar“ mit Bezug auf Wirecard, in einer Tabelle, wo es um Wirecard geht? Was ist denn dann gemeint?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, das ist ja eine Mail, die ich nicht geschrieben habe. Ich kann doch nicht Ihnen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, und was ist denn dann gemeint mit „Erwähnung reicht absehbar zur Erlangung der zum Markteintritt notwendigen Lizenz“? Was ist mit „Erwähnung“ gemeint in einer weiteren Tabelle?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich es richtig sehe, hatten Sie doch den Verfasser dieser Mail bei sich zu Gast hier als Zeugen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na, der hat ja meistens auf Sie verwiesen und auf die politische Ebene, deswegen frage ich Sie jetzt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn er eine Mail abschickt, dann hat er auf mich verwiesen? Das kann ich mir kaum vorstellen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Er hat darauf verwiesen, dass das Belange gewesen seien, die politisch verhandelt worden wären. Deswegen frage ich, es gibt ja - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber ich hatte Ihnen doch, ich glaube, sehr ausführlich und ausdrücklich geschildert, dass die Frage, wo dieser Paragraph oder dieser Absatz 30 her kam, ich nochmal nachvollzogen habe, er ist als Artikel 38 von der chinesischen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich glaube, wir sind über der Zeit. Dann stelle ich für den jetzigen Zeitpunkt fest, dass der Staatssekretär der Auffassung ist, dass die Mitarbeiter der Botschaft hier offenbar Unwahrheiten über die Vorgänge und Abläufe verbreiten.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr De Masi, das ist Ihre Art und Weise zu agieren, die ich nicht akzeptiere. Das akzeptiere ich auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich brauche eine weitere Runde.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe jetzt die Ausföhrung der Botschaftmitglieder und -mitarbeiter

nicht erwähnt, aber ich finde das etwas erstaunlich, dass Sie jetzt einem Worte in den Mund legen, die weder gefallen sind, ich habe - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann erklären Sie den Widerspruch.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich sehe gar kein Widerspruch, Herr De Masi. Anders als Sie, sehe ich kein Widerspruch, und das ist ein bisschen Ihr Modus Operandi, dass Sie Widersprüche konstruieren, wo sie nicht existieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Ich würde an dieser Stelle sagen: Fortsetzung in der nächsten Runde. Und dann gebe ich das Wort jetzt an Dr. Bayaz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe auch nochmal eine, wahrscheinlich vielleicht sogar meine letzte Nachfrage zum Chinakomplex. Und zwar: Wenn man auch in die Unterlagen schaut, aber auch Ihnen zuhört, auch dem Vorgänger, dann geht es sehr viel darum, was für die deutsche Seite drin war bei diesem Dialog. Was war denn das chinesische Interesse, was hat man denen eigentlich versprochen oder was war deren Interesse? Darüber lese ich sehr wenig.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das hatte ich versucht ein bisschen zu schildern, dass es auch ein geopolitisches Interesse ist. Wir haben, glaube ich, als westliche Demokratie und Industriestaaten ja immer wieder das Thema mit der chinesischen Seite, dass das ein bisschen einseitig wahrgenommen wird. Also unsere Volkswirtschaften sind ziemlich offen. Sie kennen die Debatte, jetzt aus dem Wirtschaftsverordnungen und aus dem Wirtschaftsgesetz, ein bisschen auch strategische Interessen auch zu definieren. Aber das wir eine gewisse Ungleichheit wahrnehmen, was die Marktzugangsbarrieren anbelangt. Dass also es die Joint Venture-Pflicht zum Beispiel gibt auf chinesischer Seite, die das deutsche Recht und das europäische Recht auch nicht kennt. Und deswegen geht es darum, im Wesentlichen tatsächlich fast einen gleichen Marktzugang zu kriegen. Was die chinesische Seite anbelangt, gibt es, das hatte ich



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

vorhin ein bisschen geschildert, in der Regulatorik ein Thema, was, wenn ich es richtig erinnere, die Frage der Absenkung der Erfordernisse der Eigenkapital-, glaube ich, Ausstattung anbelangt. Das ist immer dann möglich, ^{im} nageln Sie mich nicht fest, ist in den Unterlagen Kreditwesengesetz oder so was, wenn das als gleichwertig anerkannt wird. Das war eines der, sozusagen, der harten Bargaining-Chips, die wir hatten in dem Gespräch mit den Chinesen, dass die das von uns haben wollten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das heißt: politische, regulatorische Themen und nicht, sage ich mal, Support für ein gezieltes Unternehmen oder - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da hatten wir erst, das hatte ich ja geschildert, mit dem Europa-Hub, da ist es eher unser Interesse gewesen. Wenn ich es richtig erinnere, gab es auch immer mal wieder einzelne Anliegen chinesischer Unternehmen, die adressiert werden. Aber da das Problem in China das des fehlenden Marktzugangs und der fehlenden Marktöffnung ist, ist es meistens eher ein Interesse der G7-Länder, der EU 27, dass ein europäisches Unternehmen in China auf dem Markt also Fuß fassen kann. Die Chinesen sind da, wenn man das ein bisschen zusammenfasst, so drauf, Rosinen picken, also in den Bereichen, wo es keine Konkurrenz gibt, in den Bereichen, wo sie etwas bekommen können und wo es ihre Marktposition nicht schädigt, da sind sie gerne bereit. Und in allen Bereichen, wo jetzt vielleicht westliche Unternehmen auch gerne mitmischen würden, in diesem sehr großen, sehr interessanten chinesischen Markt, da sind die sehr zurückhaltend.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommen wir nochmal zu dem Non-Paper „Für die Freunde“. Ich habe irgendwo gelesen, ich glaube den ersten Draft, den ersten Entwurf, gab es irgendwie am 27., am 29. Juli, weil der Bundesfinanzminister zu der, das war glaube ich, eine Sondersitzung des Finanzausschusses, zu Gast. War die Intention sozusagen, war das auch sein Briefing, seine Vorbereitung für diese Sitzung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, war es nicht. Es war meine Idee. Ich fand wir brauchen, weil das ja ein sehr komplexer Sachverhalt ist, und einige ja sehr intensiv die Öffentlichkeitsarbeit betreiben - - Ich sagte: Wir brauchen mal eine verständliche Darstellung, worum geht es eigentlich, und was sind die einzelnen Punkte, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Und das sollte unsere Erläuterung dessen, wie wir die Dinge sehen ^{sein}.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das am 4. August für den Bundesfinanzminister ausdrücken lassen, geht aus einer Kommunikation einher. War das auch ein Anlass, wo Sie das vielleicht mal genommen haben, um mit ihm durchzusprechen? Herr Hauer hatte ja vorhin, sage ich mal, versucht, nochmal Touchpoints zwischen Ihnen und dem Finanzminister genau zu den Fragestellungen herauszuarbeiten. War das so einer?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin jetzt ein bisschen in einem Dilemma, weil wir uns jetzt sehr schwer in dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung befinden, und da wissen Sie, ist meine Aussagegenehmigung nicht gedeckt. Ich will da aber gar kein großes Geheimnis drum machen. Das ist ein nicht abgeschlossener Vorgang. Ich will es mal so formulieren, der Bundesfinanzminister war nicht überzeugt davon, dass das das Richtige ist, und deswegen ist dieses Papier ja auch nicht verteilt worden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das ist doch eine klare Aussage. Können Sie rekonstruieren, wann der Bundesfinanzminister das erste Mal von einem Leerverkaufsverbot gehört hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das muss ja an dem 21. oder 22. Februar gewesen sein über den Vermerk. Aber wenn ich das richtig auch aus seinen Äußerungen bei Ihnen im Ausschuss erinnere, hat er das in der Zeitung gelesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und über die Ermittlungen gegen den Financial Times-Journalisten und seiner Kollegin?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, wenn man sich das ansieht, sind dort ja im Wesentlichen die Antworten von Kleinen Anfragen der Kollegen übersandt worden, und keine weiteren Informationen. Ist das richtig?

Zeuge Wolfgang Schmidt: So habe ich das auch wahrgenommen, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und ich habe Sie vorhin so verstanden, dass die Tätigkeit der DPR für Sie nicht mitteilungswürdig war, weil es war frisch.

Zeuge Wolfgang Schmidt: -fähig.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nicht mitteilungsfähig war. Sie haben aber ein Zusammenhang hergestellt zu dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk von EY aus dem April 2019. Können Sie mir das denn nochmal erklären, wie diese DPR-Prüfung mit diesem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zusammenhängt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ging es für mich um die Frage der öffentlichen Wahrnehmung und der Frage „ex post – ex ante“, und die Frage „Welches Wissen konnte wer zu welchem Zeitpunkt haben“? Und die Frage, wo ich immer versuche ein bisschen – auch im Zwiegespräch auch vorher auf Twitter mit Herrn De Masi – hinzuweisen: es handelt sich um zwei Komplexe: Singapur und Tochterunternehmen von Wirecard und Third Party Acquirer und speziell Dubai im Oktober. Und das Thema Singapur und die ganze Frage ist durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers EY im April auch öffentlich diskutiert worden und hat eine entsprechende Berichterstattung. Ich verweise nochmal, ich habe es mir nochmal angeguckt. Es sind zwei Seiten im Handelsblatt erörtert worden, ja sehr breit. Weil es zuvor auch das Auslaufen des Leerverkaufsverbot gab, das ja auch für bestimmte Debatten gesorgt hat. Dann hat es eben diese neuen Vorwürfe am 15. Oktober gegeben. Und darauf weise ich immer wieder hin, weil das jetzt wieder nicht mein Zuständigkeitsbereich ist, bin ich wieder in dem Bereich, den ich vorhin ganz am Anfang an dem Disclaimer erläutert

habe - - Das ist dann die sachliche Aufklärungsarbeit, die Sie ja leisten. Aber ich finde, das macht mich dann, muss ich ehrlicherweise sagen, und deswegen engagiere ich mich da hin und wieder, weil es mich dann doch ein bisschen, sagen wir mal, wie Sie merken, umtreibt, wenn die Dinge so mit Absicht, aus meiner Sicht, durcheinander gewürfelt werden, und man die Dinge nicht sauber auseinander dividiert. Das ist ein ganz schweres, ganz kriminelles Vorgehen, was wir hier sehen. Aber ich finde, gerade in der Aufarbeitung ist es absolut wichtig, dass man präzise bleibt. Natürlich ist bei der Frage der politischen Verantwortung, die sowohl mich trifft, was die Mail anbelangt, oder die Bundeskanzlerin betrifft, was die Reisen und dann das Erwähnen anbelangt, ist die Frage: Welche Kenntnis hatten wir? Welche Kenntnis hätten wir haben können? Da weise ich eben darauf hin, dass wir es mit zwei Sachverhalten zu tun haben, und der eine hat eben eine öffentliche Bewertung dann im April erfahren, durch, also 24./25., durch die Vorlage der Bilanz. Und dann hat es ja noch die Beteiligung von All-Score gegeben. Dann hat es groß verkündet die Tatsache, dass jetzt Aldi zu den Kunden von Wirecard gehört und es sich um ein DAX 30-Unternehmen handelt. So. Und jetzt wird ja so ein bisschen der Eindruck suggeriert, dass der Laden immer schon dodgy war. Ja, das wissen wir heute mit dem Wissen von heute, völlig d'accord. Aber Singapur und Dubai sind zwei unterschiedliche Sachverhalte. Herr De Masi ist anderer Auffassung. Aber selbst aus der Berichterstattung, ich kann Ihnen das gerne auch immer noch mal zitieren, der Financial Times, die sagt, am 15., wo sie ja dann diese ganzen Materialien auch vorlegt, ich gucke mal eben kurz - - Also zum Einen: Am 24. April sagt die Financial Times, den Einstieg der Softbank mit den 900 Millionen an Wirecard, nannte sie das ein Vote of Confidence, also eine Stimme des Vertrauens, oder wie auch immer Sie das übersetzen wollen. Wenn man sich dann anguckt das Thema Oktober, da wird geschrieben:

The documents provided by whistleblowers give the clearest picture to date of Wirecard's questionable accounting practises.

gegeben

7" 1"
H Abstimmun

H mit



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Also die Frage, dass die jetzt von den Hinweisgebern am 15. Oktober zur Verfügung gestellten Dokumente das bisher deutlichste Bild von Wirecards fragwürdigen Buchhaltungspraktiken und Geschäftsmodellen ergeben. Und deswegen hat diese Sache im Oktober ja auch für so viel Furore zu Recht gesorgt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das war gar nicht Ursprung meiner Frage.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigung.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber es ist ja immer nochmal interessant, das holt uns ja auch alles immer wieder nochmal ab. Und ich hatte Sie nur vorhin nur so verstanden, ich glaube auf die Nachfrage von Herrn Dr. Toncar, warum man sozusagen nichts der Bundeskanzlerin mit ins Gepäck gegeben hat bezüglich der DPR-Prüfung. Die sah ja letztendlich, da ging es ja auch nur um den ersten Teil des Problems, den Sie eben beschrieben haben, und das wäre durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk durch EY erledigt gewesen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also das ist jetzt meine retrospektive politische Betrachtung. Da ging es ja um die Frage, wie man auf eine Presseanfrage ein Jahr später reagiert und den Sachverhalt so präzise darstellt, wie es darzustellen ist. Und die Frage, ob DPR-Prüfungen mitgeteilt werden: Das, glaube ich, ist in irgendeiner Kleinen Anfrage auch erläutert worden, das ist natürlich nicht der Fall. Und Sie kennen das Problem, nach dem Gesetz, aber auch der Verfahrensordnung der DPR: Dass eben die Prüfungen der DPR selbst dem Finanzministerium nicht mitgeteilt werden dürfen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie hätten also gar nicht über die DPR berichten können, es lag Ihnen gar nichts vor?

H Frage **Zeuge Wolfgang Schmidt:** Das ist jetzt eine sehr juristische Frage. Ich bin da nicht der Experte. Ich beziehe mich jetzt wirklich auf das Wissen, und da ging es um eine zwischen Kanzleramt und Finanzministerium zu einende Sprache, und da war ich sprachlich hilfreich behilflich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das spannende ist ja, ich erlebe Sie heute zum ersten Mal, dass Sie im Disclaimer über alle Themen reden und hinterher immer sagen, sind Sie ja eigentlich gar nicht für zuständig, und das war ja gar nicht so gemeint. Für mich ist es schon deutlicher auch herauszuarbeiten am Sachverhalt, dass durch den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk von EY die DPR-Prüfung gerade nicht abgeschlossen worden ist. Hat man uns ja mehrfach - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, klar.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): ... dargestellt, dass sie nicht abgeschlossen ist, weil sie viel umfassender ist. Das war ja erst der Halbjahresabschluss 2018, der Konzernabschluss ist ja dann erweitert worden, also von daher - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die Prüfung ist zum Abschluss gekommen in 2020.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): ... hätte man der Bundeskanzlerin ja vielleicht doch ein bisschen mehr ins Gepäck tun können. Sie haben dann auch, auf die Nachfragen von der geschätzten Kollegin Kiziltepe, bezüglich des FISG ja auch dann wieder letztendlich geantwortet, eigentlich sind Sie ja gar nicht zuständig, aber am Anfang haben Sie den Werbeblock gemacht und die Jubelszenen, dass das im Kabinett am Mittwoch beschlossen worden ist, und dass das die richtige Antwort, Sie haben das ein bisschen anders formuliert, auf das Wirecard-Problem ist. Glauben Sie, dass mit den Dingen, die jetzt im FISG angelegt sind als Regierungsentwurf, der Wirecard-Skandal verhindert worden wäre?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da tue ich mich schwer. Ich weiß es nicht. Also das ist ja ein Riesenproblem, das wir haben. Wie schwerkriminell ist das Verhalten. Also sagen wir mal vorsichtig, ob man ihn hätte verhindern können, weiß ich nicht, aber er wäre vielleicht deutlich früher ans Tageslicht gekommen. Das ist aber eine Frage, und da werden Sie ja drüber beraten müssen, ob das ausreicht, und ich mach den Werbeblock natürlich, weil wir eine Bundesregierung sind. Ob T 50



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich persönlich mir auch noch darüber hinaus etwas hätte vorstellen können, das überlasse ich jetzt Ihrer Fantasie.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das kann ich mir durchaus vorstellen. Ich muss da nicht sehr ausgeprägt sein. Wir haben ja jetzt einen Untersuchungsauftrag, darum sind die Fragen ja auch berechtigt, ja auch genau den Auftrag, noch ein paar Vorschläge zu entwickeln. Deshalb gibt es bei uns teilweise noch ein paar Fragen mehr und überlegen, ob so ein Aktionsplan zu dem jetzigen Zeitpunkt richtig ist, wo wir die ganzen Erkenntnisse noch nicht vorliegen haben. Aber wenn Sie, als Vertreter des Bundesfinanzministeriums, hier sagen: „Das ist die richtige Antwort“, dann müssen Sie ja schon Erkenntnisse haben, die wir hier vielleicht teilweise erst gewinnen wollen. An diesen Erkenntnissen sollten Sie uns doch partizipieren lassen, dann ersparen Sie uns ein bisschen Arbeit.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist ja bisschen ein Henne-Ei-Problem also. Und der Aktionsplan, wie Sie wissen, ist ja wegen der Schnelligkeit, die Olaf Scholz an den Tag legt bei solchen Fragen, deutlich vor der Entscheidung, dass es hier einen Untersuchungsausschuss geben soll, vorgelegt worden. Und die gesetzlichen Vorschläge sind dann im Oktober erfolgt. Also ich hatte ehrlicherweise mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses nur eine Sorge, weil ich es ansonsten sehr wichtig finde, dass es aufgearbeitet wird, und das war, dass das Argument kommt von interessierter Seite, dass jetzt, nachdem ein Untersuchungsausschuss da ist, man ja noch gar kein Gesetz machen könne, weil man ja noch nicht alles wisse. Und ich glaube, dass es extrem wichtig ist, dass wir auf der Erkenntnis^{ebene}, die wir ja jetzt haben, jetzt schon handeln. Wenn Ihnen da noch kluge Einfälle kommen, dann ist es sicherlich gut, das noch besser zu machen. Aber die Sorge, die ich politisch hatte, war, dass wenn das jetzt zum Anlass genommen wird, zu sagen: „Na dann warten wir mal ab, bis der Untersuchungsausschuss zum Ende gekommen ist^{ist}“
 Ups! Jetzt ist ja das Ende der Legislaturperiode, und dann kommt ja die Diskontinuität. Und dann müssen wir noch eine Regierung bilden. Und bis

der Herr Scholz Kanzler ist, dann dauert das wieder, dann haben wir ja ein Problem.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber das setzt ja voraus, dass Sie ja schon Erkenntnisse haben, die wir unter Umständen noch nicht haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich bin sicher, dass Sie die auch alle haben. Also die Frage - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Dann würde ich Sie konkret, weil das ein Bereich ist, der mich sehr interessiert - - Das ist das Thema der Abschlussprüfung, um nur mal einen Bereich rauszugreifen. Welche Erkenntnisse Sie haben zur Abschlussprüfung, und auf die jetzt reagiert wird, und die dann den Wirecard-Skandal verhindert hätten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich glaube, also ohne jetzt den Ermittlungen und auch Ihren Befragungen der Beteiligten vorgreifen zu wollen: Die Frage, wie lange ein Abschlussprüfer in einem Unternehmen ist, und ob es eine externe Rotation irgendwann geben sollte, ist, glaube ich, eine, die richtigerweise mit „Nicht so lange, wie sie jetzt nach der gesetzlichen Regelung vorgesehen ist“, beantwortet werden sollte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie wissen, wie lange EY geprüft hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, und trotzdem - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir reden jetzt über zehn Jahre, sind im elften Jahr drin. Ist da so ein großer Unterschied?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jetzt bin ich ein bisschen in einer schwierigen Situation, dass Sie sich vorstellen können, dass ich mir persönlich auch immer noch was anderes - - Aber die Bundesregierung hat sich jetzt eben für einen Gesetzesentwurf mit zehn Jahren entschieden. So. Und wenn Ihnen klügere Gedanken kommen, glaube ich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also die Diskussion, auch wenn ich die Medien verfolge, auch damals, ich glaube letzte Woche, vorletzte Woche, die Wirtschaftswoche, ist ja die Frage der Haftung



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

muss er nicht haben. Aber das kommt ehrlicher-
weise in sehr sehr seltenen Fällen vor. Und dann
gibt es zweitens Sachen, die angefordert werden
aus dem Ministerbüro. Da werde ich einen Teufel
tun. Da gibt es hin und wieder mal eine Quali-
tätskontrolle, wenn ich sage, das ist hier noch
nicht ausreichend, oder das ist zu konfus, das
muss nochmal klarer strukturiert werden. Und
dann gibt es drittens Sachen, wo ich sage, wenn
auf einen Staatssekretär ausgezeichnete Vorlage
bei mir ankommt, und ich sage, die finde ich jetzt
so interessant, und das ist ein Aspekt, von dem
ich weiß, es interessiert den Minister auch, dass
ich dann noch ein „M“ oben drüber schreibe,
und dann geht das an den Minister.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn Sie sich als
Staatssekretär mit einem CEO eines DAX-Kon-
zerns treffen, wird das dann üblicherweise proto-
kolliert, was Sie da besprechen? Oder gibt es ei-
nen Vermerk darüber?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nie? Oder ist
das einfach unüblich, oder - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich treffe mich
jetzt nicht mit so vielen CEOs, aber ich treffe
mich mit Vorstandsmitgliedern. Und da, glaube
ich, habe ich in meiner Tätigkeit keinen einzigen
Vermerk zu angefertigt, oder kein Protokoll. Das
würde ehrlicher Weise - - Das ist auch wieder so
ein bisschen aus der Arbeitssituation: Wenn wir
jetzt jedes Mal nach einem Gespräch noch einen
Vermerk anfertigen müssten, dann müssten wir
praktisch zu jedem Gespräch nochmal Zeit dazu
addieren. Und wir haben eher das Problem, dass
unser Tag zu kurz ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie erinnern
sich also schlecht, habe ich festgestellt. Also Sie
erinnern sich ja noch nicht mal, wann Sie mit
Herrn Scholz über Wirecard gesprochen haben.
Dann würde es ja vielleicht helfen, wenn man
sich ab und zu mal etwas notiert. Ich fragte nur
deshalb, weil ja ihr Kollege Kukies ja den 50. Ge-
burtstag mit Herrn - also nicht seinen, sondern
den von Herrn Braun - bei Herrn Braun verbracht
hat, und dann ein Gespräch hatte und dazu nicht

protokolliert wurde. Aber da sagen Sie, das ist
üblich, dass das nicht gemacht wird, auch wenn
das der CEO eines DAX-Konzerns ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das wäre das voll-
ständig übliche Verfahren in jedem Ministerium.
Da Sie ja heute Geburtstag haben - ich weiß
nicht, ob Sie das jetzt hier - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich bin aber ge-
zwungen, heute hier - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: ...ja, ich wollte jetzt
sagen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ... ich habe Sie
nicht eingeladen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Und deswegen
möchte ich darauf hinweisen. Ich glaube, es ist ja
auch sehr sauber dokumentiert. Dann muss ich
auch sagen, das finde ich - - Weil Sie das ja,
wenn ich das richtig wahrgenommen habe, hin
und wieder jetzt gemacht haben. Und auch diese
Kolportagen, Kukies hätte da irgendwelche Ge-
burtstage gefeiert. Kollege Kukies ist, wenn ich
das richtig in Erinnerung habe, 6:10 Uhr in
Frankfurt losgeflogen, Sie können sich ja aus-
rechnen, wann er dann ungefähr aufgestanden
sein müsste. Er ist dann um 7:10 Uhr - wenn ich
das richtig erinnere - in München gelandet, um
um 8:30 Uhr in Aschheim den Termin zu ma-
chen, der bis 9:30 Uhr gedauert hat. Danach ist er
zur BayernLB gefahren, hat sich mit dem Vor-
standsvorsitzenden getroffen, hat danach einen
öffentlichen Vortrag gehalten, hat dann um
14 Uhr den Flieger zurück genommen, hat den
nächsten öffentlichen Vortrag in Frankfurt gehal-
ten und hat, das ausweislich seines Kalenders,
bis 22 Uhr über den Vorschlag von Olaf Scholz
zur Bankenunion mit ganz ganz Vielen telefo-
niert. Das heißt, der hat ein Riesen-Pensum abge-
griffen. Ich weiß nicht, wie Sie ihren Geburtstag
sonst feiern - vermutlich auch so in Sitzungen.
Aber dass man daraus jetzt konstruiert, dass Ku-
kies - - Weil er zufälligerweise das Gespräch - -
Das lange vorher von ihm - „Ich will den mal
treffen“ - angetextet war - - Jetzt immer wieder,
mit diesem „An seinem Geburtstag“ - - Was zum

Hrisseu



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teufel hat das mit der Tatsache, dass die sich getroffen haben, zu tun?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Erstmal stelle ich fest, dass Sie sich, wenn Sie wollen, sehr detailliert erinnern können. Sie kennen sogar nahezu den Kalender von Ihrem Kollegen Kukies auswendig. Wenn sich ein DAX-Konzern in die Insolvenz begibt, und Sie mit Ihrem Chef darüber sprechen, dann erinnern Sie sich nicht, ob es einmal, zweimal oder hundertmal gewesen ist. Das haben Sie immer noch nicht beantwortet. Ich bin enttäuscht, dass Sie nicht sagen wollen, wie oft Sie mit dem Herrn Bundesminister darüber gesprochen haben. Ich sage Ihnen, dass Herr Braun seinen 50. Geburtstag an diesem Tag gehabt hat. Er hat dort ein Gespräch mit Ihrem Kollegen, Herrn Staatssekretär Dr. Kukies, terminiert. Das finde ich bemerkenswert, weil ich mir vorstellen könnte, dass man seinen 50. Geburtstag auch anders verbringen kann. Insofern finde ich die Frage erstmal legitim und stelle fest, dass ich überzeugt habe.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich will es nochmal deutlich sagen. Das mag so eine Art sein. Ich habe aber nicht gesagt, ich wisse nicht, wie häufig ich mich mit ihm unterhalten hätte, sondern ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, wann das präzise war. Sie hatten mich mit einer präzisen Frage - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...und wie oft, habe ich gefragt, ob einmal, zweimal oder hundertmal.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das hatten Sie nicht gefragt. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie häufig das war. Wir haben in der Folge der Insolvenz mehrfach darüber gesprochen, wie man damit umgeht, wie das mit der Frage Aktionsplan ist. Ich kann Ihnen nur nicht - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ...also erstmals nach der Insolvenz?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Das sagte ich Ihnen doch gerade. Wir haben tatsächlich sehr viele andere Dinge. Die Tatsache, dass ich mich mit dem Kalender von Herrn Kukies so intensiv beschäftigt

habe, hatte auch etwas damit zu tun, dass das ständig Gegenstand öffentlicher Debatten war und reingehemmt wurde, er hätte den Geburtstag gefeiert. Und ich dann, solidarisch wie ich bin, sage, dass ich es eine solche Sauerei finde. Dann gucke ich mir den Sachverhalt an. Dann merke ich mir sowas auch. Wissen Sie, wir arbeiten im Finanzministerium. Ich arbeite seit ungefähr 19 Jahren mit dem Herrn Scholz zusammen. Ich habe unendlich viele Gespräche geführt. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, zu welchem Zeitpunkt ich wann was besprochen habe. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, wann genau ich die Vorgänge, die ich jetzt die ganze Zeit mit ihm berede, berede. Das ist ein fortlaufender Prozess.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich übernehme. Ich bin begeistert, dass Sie sich diesen Tag fast mit den Flugzeiten so verinnerlicht haben. Dann würde ich versuchen, sachlich aufzusetzen. Ist es zutreffend, dass Sie über die Gesprächsinhalte durch Herrn Kukies informiert worden sind?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das hatte ich auch schon gesagt. Ich habe von den Gesprächsinhalten im Umfeld der Chronologie Kenntnis genommen und bei der Debatte, ob man das vorlegen kann oder nicht. Wie Sie den Akten entnehmen können, waren Kollege Kukies und ich dafür, Ihnen das vorzulegen, weil wir diese Debatte „Über was wurde da geredet?“ und dieses ganze ~~Gereingeheimnisse~~ befürchtet hatten und antizipiert hatten. Und gesagt haben: Es hilft nur immer volle Transparenz. Und Sie wissen aber, dass es ein Problem gibt in der Frage - - Und das ist eine Schwierigkeit, der wir uns, das hatte ich vorhin dem Kollegen schon gesagt, ausgesetzt sehen, immer mit der Präjudiz, dass wenn wir in einem Fall etwas machen, weil wir sagen: „Das ist doch unproblematisch!“ und „Das sollten die wissen!“, dass dann in einem anderen Fall nicht mehr gesagt werden kann „Leute, das ist hier Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung“, oder „Es ist eben vertrauliche Gesprächsinhalte Dritter“. Sie haben gesehen: wir haben dann eine Ausnahme gemacht in der Chronologie. Und da ist es dann dargestellt worden, die Gesprächsinhalte. Und jetzt haben Sie auch, wenn ich es richtig wahrnehme, auch den entsprechenden Vermerk zu diesem Gespräch. Das

H Hinzeln

H 3



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

es jetzt haben – so ein wichtiges Gespräch im Ministerium erörtert werden. Das ist für mich eigentlich nur wichtig.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da kann ich jetzt nur sagen: Ich bin ja der Staatssekretär Schmidt. Und ich bin zuständig für bestimmte Bereiche. Wir haben andere Staatssekretäre. Wir haben Kukies. Der ist für andere Bereiche zuständig. Die Frage, was bei Wirecard passiert ist, ist ja zunächst mal was, und was auf den Finanzmärkten passiert, die sich im Verhältnis, wenn es ministerrelevant ist, zwischen Kukies und dem Minister - - Ich sitze ja nicht bei jedem Gespräch, das Kukies und der Minister führen. So können Sie kein Ministerium führen. Sonst bräuchten Sie auch nicht vier Staatssekretäre.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da bin ich ja bei Ihnen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Deswegen kann man aus dieser Tatsache bei aller Wertschätzung nichts herauslesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Doch, eigentlich schon. Wissen Sie was? Bei uns im Unternehmen war es so, dass man gesagt hat, irgendwann kann es schon mal sein – und Sie sind es ja auch gerade – dass man in einer gewissen Tretmühle oder Tunnelsituation ist. Weil Sie haben berechtigt gerade gesagt: „Leute, seit Februar sitze ich hier mit Corona und habe eine Menge zu tun.“ Ich kenne Herrn Kukies auch als einen sehr kompetenten im Finanzausschuss, der aus ECOFIN etc. und vielen, vielen anderen Themenbereichen berichtet. Ich unterstelle gar nichts Böses. Aber der fährt nach Aschheim und nimmt das vielleicht, weil er gerade ganz andere Sachen vom ECOFIN und anderen Dingen im Kopf hat – auch kein Vorwurf, das ist menschlich – mit. Und denkt da eigentlich vielleicht gar nicht daran. Hat das vielleicht auch von der DPR gerade oder von anderen Dingen alles gar nicht so präsent als Wissen. Hat das vielleicht auch mit KPMG noch gar nicht mitbekommen und nimmt das jetzt wieder mit - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Vorsitzender, jetzt müssen Sie auch wieder - - Es ergibt sich

auch aus den Akten: er hat das KPMG-Thema natürlich gewusst. Er hat sich vorbereiten lassen. Er hat es auch angesprochen. Aber Sie werden ihn ja auch noch persönlich dazu befragen, nehme ich an, sehr ausgiebig. Und da wird er das Ihnen ja noch selber ~~Ich~~ Ich bin jetzt nicht der Pressesprecher oder der persönliche Referent von Herrn Kukies. Was nur auch klar ist: Also die Aufsichtsbehörden sind die Aufsichtsbehörden. Das Ministerium ist das Ministerium. Sie haben den ESMA-Bericht ja gelesen, was die ESMA in Hinblick auf das Agieren des BMF gegenüber der BaFin gesagt hat. Und schon gesagt hat: „Ihr macht zu viel.“ Also, wenn jetzt Ihre Prämisse stimmte, Kukies hätte da hinfahren müssen, und dann hätte er - - Ja, was denn genau tun müssen? Hätte er dann persönlich? Ja, was denn genau? Wir sind in einem Bereich, der, glaube ich, sehr im Spekulativen ist. Ich bin gerne bereit, vielleicht, wenn Sie Interesse haben, das auch nach der Sitzung weiter mit Ihnen zu diskutieren, weil es mich auch wirklich interessiert, das Thema. Aber ich glaube - - Also, Sie können die Fragen stellen. Ich beantworte dann nach bestem Wissen und Gewissen. Aber es ist etwas, wo wir in einem Bereich sind, da habe ich keine eigene Kenntnis.

Herr Kukies

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine letzte Frage, da mache ich auch schnell. Am 27.7.2020 soll es zu einer Videokonferenz der sogenannten – ich kann da nichts mit anfangen – A-Staatssekretäre gekommen sein, für die Sie eingeladen haben sollen. Das ist MAT A AA-3.04 Blatt 391. Wichtiger Gegenstand des Gespräches soll die Wirecard AG gewesen sein. Ist dies zutreffend?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da müsste ich das Blatt sehen. Das kenne ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben wir das? Das habt ihr nicht dabei? Das ist schlecht. Dann muss ich das an der Stelle beenden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Haben Sie dazu mehr Infos?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe es so von meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter erhalten.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich finde die entsprechende Mail nicht mehr. Daher denke ich, dass wir es jetzt bei der Antwort belassen. In den Mails, die ich jetzt hier auf dem Rechner habe, fördert eine Durchsuchung keine Mails mit Spitzberg und Botschaft Peking mehr zutage.

Könnten Sie kurz erläutern, auf welche Mail Sie sich beziehen, die Sie nicht mehr finden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn Sie mir sowohl die erste Mail, die Sie ja zur Seite legen wollten, als auch die jetzt bitte nochmal vorlegen würden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verständnisfrage: Sie wollen jetzt noch die Tabellen, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sie haben gerade irgendwas gesagt. Ich halte das für eine erneute Wiederholung einer falschen Behauptung, dass Olaf Scholz das Thema angesprochen habe. Ich habe Ihnen mehrfach erläutert, und Herr Toncar hat darauf hingewiesen, unter welchen Umständen ich mich hier befinde, dass das nicht stimmt. Olaf Scholz hat beim Finanzdialog das Thema Wirecard nicht angesprochen. Ich habe Ihnen auch erläutert, dass das Thema Wirecard beim Finanzdialog von mir nicht angesprochen worden ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich nehme das zur Kenntnis. Ich habe Ihnen nur vorgelesen, was die Botschaft hier notiert hat, und zwar auf die Aufforderung, Einzelfälle, die hochrangig angesprochen wurden, zu thematisieren. Und sie schreibt mit Bezug auf Wirecard

Thematisierung auf DEU-CHN Finanzdialog

Ich kann das ja nur - - Das mag ja falsch sein. Es mag auch falsch sein, dass sie später notieren:

Erwähnung reicht absehbar.

Aber das finde ich überraschend. Mehr habe ich nicht gesagt. Die Tabellen stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe eben versucht, Ihnen zu schildern, wo der Text herkam: von der chinesischen Seite. Ich habe Ihnen geschildert, dass es weder beim Gespräch mit Liu He noch beim Finanzdialog eine Rolle gespielt hat. Dass andere Themen ~~haben~~ eine Rolle gespielt/aber Wirecard nicht. Und was - -

HS
haben

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Schmidt, ich wage die Prognose, dass wir uns nicht mehr einig werden. Deswegen konzentrieren wir uns doch auf diese Frage vielleicht. Ich will hier Sachverhaltsaufklärung machen - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, Sie haben festgestellt, dass es so gewesen sein muss. Ich kann nur sagen, das stimmt nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, und Sie widersprechen dem, und dann steht jetzt Aussage gegen Aussage. So ist das im politischen Raum öfters. Und wir konzentrieren uns jetzt auf den neuen - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber Sie hatten doch den Finanzreferenten hier und werden ihn doch dazu befragt haben.

7 S

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir haben ihn befragt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und was hat er Ihnen dazu gesagt?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Er hat gesagt, dass diese - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dass Scholz das gesagt habe? Das hätte ich jetzt gerne von Ihnen so geäußert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, danach haben wir ihn gar nicht gefragt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und warum nicht, wenn Sie mir das jetzt hier vorhalten und behaupten, dass er - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir haben in einem Fall gefragt. Da hat er gesagt, dass diese Tabelle



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Anlass nimmt, mich sub-
kutan dunkler Machenschaften zu
beziehen.

In einem weiteren Dokument, MAT A-BMF 25.01
Blatt 488 gibt es einen Mailwechsel zwischen
Dennis Kolberg und Olaf Scholz, wo dieser
schreibt:

Das werde ich dem Spiegel ganz
sachlich mitteilen. Die werden
versuchen, daraus was zu drehen,
aber letztlich haben wir das ge-
macht, was den Grundsätzen der
Außenwirtschaftsförderung ent-
spricht.

So. Ich frage mich jetzt einfach, Herr Schmidt:
Sie unterstellen mir, dass ich Ihnen Sachen un-
terstellen will und Sie quasi politisch verfolge
mit dem Vorhalt von Unterlagen, was mein Job
ist. Ich werde da ganz gut bezahlt, dass ich hier
versuche, Sachverhaltsaufklärung zu machen.
Und Der Spiegel bezichtigt Sie dunkler Machen-
schaften. Warum macht Der Spiegel denn das
nach Ihrer Überzeugung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ging es um, wenn
ich das richtig erinnere und einordnen darf, und
die Frage AllScore und die mich, wie Sie gemerkt
haben, etwas empörende Unterstellung, ich hätte
von einer Strafzahlung, die die PBoC im Mai
2020 verhängt hat, im Juni 2019 Kenntnis haben
können. Und dann war es, wenn ich das richtig
dunkel erinnere, auch aufgrund eines Tweets von
Ihnen über die Caixin-Webseite diese Frage, dass
die Geschäftsführer der AllScore schon vorher
bei irgendeinem Strafverfahren in Rede gewesen
seien. Das hatte ich mir im Sommer angeguckt.
Wie Sie sehen, habe ich mich damit intensiver
beschäftigt, weil ich das schon etwas ehrlich
finde. Und habe mir die chinesische Webseite an-
geguckt, auf die Bezug genommen wurde. Habe
die durch den Google Translator gejagt, habe das
nicht gefunden. Und habe dann diesen Freund
gebeten, das nochmal anzugucken, weil ich
schon den Eindruck hatte, dass immer wieder
Dinge zusammengemixt werden, die nicht zu-
sammen gehören. Wir haben uns – wenn Sie sich
das angucken, auf die Fragen des Spiegel sehr
transparent mit allen Dingen, die Sie jetzt auch in

den Unterlagen selber nachlesen können – trans-
parent gezeigt. Und deutlich gemacht, was pas-
siert ist, was wir wann gemacht haben und auch
begründet, warum wir das gemacht haben. Sie se-
hen mich hier – und ich nehme an Herr Rölller
später auch und die Bundeskanzlerin noch viel
später – und sagen: Das ist etwas, das im Rahmen
der Außenwirtschaftspolitik und Außenwirt-
schaftsförderung das gängige Geschäft der Bun-
desregierung ist. Und deswegen war - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber die Bundesre-
gierung hat doch gar nichts gefördert, weil die
war doch gar nicht mit Wirecard befasst, haben
Sie die ganze Zeit ausgeführt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigen Sie. Sie
versuchen schon wieder, Worte zu verdrehen. Ich
habe gesagt, dass die Kanzlerin sich in dem Ge-
spräch, an wen auch immer, das ist ja ge-
schwärzt, das weiß ich auch nicht, Wirecard an-
gesprochen hat. Und dass ich eine E-Mail ge-
schrieben habe. Das sind bekannte Tatsachen.
Das habe ich auch nicht bestritten. Wie käme ich
darauf? Ich habe Ihnen nur wahrheitsgemäß ge-
schildert, dass das Thema Wirecard auf der poli-
tischen Ebene, und soweit ich sehen kann auch
auf der Fachebene, in der Vorbereitung und
Durchführung des deutsch-chinesischen Finanz-
dialogs keine Rolle gespielt hat. Und dass erst-
mals bei mir das Thema Wirecard angelandet ist
mit dem Anruf von Herrn Gartzke. Vorher hat es
auf der Fachebene, wie wir gemeinsam gesehen
haben, auch in der Monitoringjust(?) eine Rolle
gespielt. Aber bei der Verhandlung am 17. und
18. Januar in Peking hat es keine Rolle gespielt.
Ganz wahrheitsgemäß habe ich Ihnen das ge-
schildert. Ich weiß nicht, wie Sie zu der Aussage
kommen, ich würde behaupten, es hätte keinerlei
politische Einflussnahme gegeben. Die Kanzlerin
hat gesprochen. Ich habe eine E-Mail geschrie-
ben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe Ihnen eine
Frage gestellt. Aber das kann mal durcheinander
gehen um die späte Uhrzeit. Ich beende meine
dunklen Machenschaften und habe keine weite-
ren Fragen mehr.

H S
H mit 7m

H-Liste



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dankeschön Kollege De Masi - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Darf ich das auch nochmal klar zu sagen, wenn ich das vielleicht noch replizieren darf. Geht ja jetzt nicht mehr von seiner Zeit ab. De Masi, Sie wissen, ich schätze Ihre Meinung sehr. Ich finde nur, es gibt immer eine Grenze, und da werde ich dann auch, wie Sie merken, ein bißchen fünsch. Wo es in den Bereich der Unterstellungen ~~↳~~ Und wo ich finde, das ist dann nicht mehr gedeckt von den Tatsachen. Und da werden wir an manchen Punkten wahrscheinlich noch in 20 Jahren - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Staatssekretär, Sie haben eigentlich gar keine Zeit mehr, auf mich zu reagieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine Herren, ich bin sehr tolerant, aber nun ist gut. Und jetzt hat Dr. Bayaz das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf die Toleranz kommen wir mal zurück bei Gelegenheit, aber zu anderen Themen. Herr Schmidt, weil Sie das gerade gesagt haben, dass Sie da im Sommer hart daran gearbeitet haben, haben Sie, glaube ich, viermal oder so gesagt. Wir übrigens hier alle auch. Wollt' ich mal gesagt haben. Und weil Sie gesagt haben, dass Sie in der Coronakrise hart arbeiten. Wir alle hier übrigens auch. Jahressteuergesetz morgens im Ausschuss, abends im Plenum, und jetzt sitzen wir hier. Ich glaub': Mit dem Workload beeindruckten Sie uns nicht. Den haben wir alle. Der Unterschied ist: Wir sind Parlament, Sie sind Exekutive. Und deswegen stellt sich auch die politische Verantwortung. Und deswegen sitzen Sie auch da in dem Zeugenstuhl, genau.

Stichwort politische Verantwortung: Ich wollte mal auf die Rolle von Herrn Hufeld zu sprechen kommen. Hatten Sie mit dem jemals über das Thema Wirecard Kontakt oder darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also zunächst mal, um das auch deutlich zu sagen: Ich schätze Ihre Arbeit, und die der Kolleginnen und Kollegen hier auch. Und ich weiß, was Sie hier im Moment alles leisten. Und ich wollte hier nicht – also, Augen auf bei der Berufswahl gilt immer und für alle – sagen: wir sind hier besonders betroffen. Ich hatte nur im Hinblick auf die Frage des Kollegen, ob ich mich noch an etwas erinnere, auch einen genauen Zeitpunkt, gesagt: wir hatten hier gerade ein paar andere Themen. Was Hufeld angeht: Über Wirecard habe ich mit ihm nie gesprochen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr Hufeld ist ja auch deswegen im Blickpunkt: Wir hatten ihn – Sie hatten die Aufklärungskultur angesprochen, das gilt natürlich für ihn, allerdings auch für Ihr Haus – im Ausschuss recht früh in diesem Skandal, wo wir auch nach den Aktiengeschäften gefragt haben. Wir haben auch den Bundesfinanzminister danach gefragt, heißt: „Wir haben gute, klare Compliance-Regeln.“ Und nur, weil wir den Sommer - - Weil wir auch hartnäckig nachgefragt haben, kam erst beim zweiten oder dritten Mal erst diese Geschichte heraus. So viel zum Thema Aufklärungskultur.

Aber ich wollte auf etwas anderes nochmal zu sprechen kommen, und zwar: Dieses Leerverkaufsverbot, das lässt mich irgendwie nicht ganz in Ruhe. Das ist politisch ja schon ein Vorgang: Die Bundesbank distanziert sich davon, auch das Ausland sieht es sehr kritisch. Wenn man durch die Akten schaut, der BaFin, aber auch bei Ihnen im Haus, hat sich dieses Narrativ durchgesetzt: „Das sind Short Attacken von den bösen Leerverkäufern.“ Da ist man ja auch dieser Verschwörungstheorie wirklich aufgesessen. Das ist schon auch ein politischer Akt. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass das immer nur ein Thema ist, dass Sie so schön zur BaFin wegschieben. Sondern was auch an der Spitze des Hauses, und zwar sehr frühzeitig - - Zu einem Zeitpunkt, wo die BaFin sich dafür entschieden hat, diesen Sonderweg zu gehen, ja, der ja schon sehr außergewöhnlich war. Dass das nie ein wirkliches politisches Thema gewesen ist, wo Herr Scholz mal gesagt hat: „Irgendwas stimmt doch da nicht. Dreht



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mal ein paar Steine um. Ich möchte da wirklich informiert werden.“ Vielleicht können Sie da nochmal Stellung zu beziehen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, dass die BaFin das nicht alleine gemacht hat, sondern nach Konsultation mit der ESMA. Sie durfte das auch nicht alleine machen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Die sich jetzt so halb distanziert - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dazu äußere ich jetzt mal mich nicht, weil: das weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Es war also eine Ego-Nummer der BaFin. Ich habe noch keinen gesehen, der gesagt hat, es war genau richtig, dass wir das gemacht haben. Außer Herr zu Guttenberg.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich wollte nur zum Ausdruck bringen: Das war jetzt keine singuläre Entscheidung, wenn ich das richtig wahrgenommen habe. Sondern es gibt ein etabliertes Verfahren. Das ist die Einbindung der ESMA und damit der europäischen, wie Sie genau wissen, Aufsichten beinhaltet. Und wenn das nicht auf Zustimmung trifft, kann das nicht in Kraft treten. Ich wollte das jetzt aber auch inhaltlich nicht bewerten. Dazu kenne ich mich nicht ausreichend aus. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Teilen Sie denn die Einschätzung, dass Herr Hufeld sagt, er würde wieder heute alles genauso machen? Leerverkaufsverbot, die Anzeige gegen Journalisten? Das ist ja seine Aussage, die er getroffen hat.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht. Ich bin mit solchen Aussagen sehr vorsichtig. Auf der anderen Seite - - Ich habe mich ja mal beruflich mit G20 in Hamburg beschäftigt. Da wird einem diese Frage ja auch gestellt. Wenn etwas schief gelaufen ist und man aber subjektiv den Eindruck hat, und auch objektiv aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten bestimmte Limitationen hat, was man machen kann, ist das wahnsinnig schwer, auf so eine Frage zu antworten. Weil

ich glaube, jeder teilt das Gefühl, das ist nicht richtig, was passiert ist. Und es hätte nicht passieren dürfen. Und dann fängt man, und dreht die Steine um und sagt: Da hättest du nicht anders handeln können, und da hättest du nicht anders handeln können. Dafür gibt es aber auch den Untersuchungsausschuss, das genau aufzuklären - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau!

...und zu gucken, ob es irgendwo mal Fehler gegeben hat. Da wird es wahrscheinlich eine Bewertung geben. Ich kann Ihnen nur sagen, und das ist, glaube ich, das Wichtige: Dieses Narrativ, und das hatte ich vorhin auch schon mal gesagt, nach dem Motto: „Da sind die bösen Shortseller, und die FT, und sozusagen London und die Amerikaner, die jetzt unser Lieblingsunternehmen kaputt machen wollen.“ Die, kann ich Ihnen sagen, hat es bei uns, zumindest auf der Führungsebene oder so, nie gegeben. Und ich kann Ihnen vielleicht auch berichten: Ich habe mit Kukies – das findet sich vielleicht dann auch irgendwann in den Akten, keine Ahnung – über die Frage, ob es angezeigt wäre, ein Leerverkaufsverbot, wie andere auch, und wie offensichtlich Herr zu Guttenberg vorgeschlagen hat, im Zuge der Pandemie zu machen, mal diskutiert. Weil ich das auch als politischen Debattenpunkt wahrgenommen habe. Da hat er mir sehr klar und lustigerweise auch mit Bezugnahme auf die BaFin gesagt: Nein. Da war das Narrativ ja auch: jetzt wird hier aus dem Ausland billig aufgekauft in Deutschland.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Haben Sie sich mit Herrn Kukies oder dem Bundesfinanzminister mal über die Frage unterhalten, ob die Direktoriumsmitglieder, die auch in den Wirecard-Prozess der BaFin involviert waren, noch die richtigen sind?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe Kukies mal nach Diskussionen, die ich mit Ihren Parteifreunden, insbesondere Sven Giegold, mal geführt habe, und der mir ein paar Dinge dazu gesagt hat, darüber informiert, was der Kollege Giegold dazu so denkt.

Zeuge
Wolfgang
Schmidt

7 das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber was denken Sie oder Ihr Haus denn?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß nicht, was das Haus darüber denkt. Ich kann es nicht einschätzen. Da fehlt mir ein Gespür, was da los ist, wie die Leute agieren. Ich lese die Dinge, aber da traue ich mir kein Urteil zu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Eine letzte Frage. Sie haben immer die Transparenz betont, und auch den Stil, als es vorhin darum ging, dass Sie die E-Mails mit „Herzlich“ unterschreiben. Ich habe jetzt viele Akten gelesen. Ich muss ehrlicherweise sagen: Auch gerade der Kollege Kukies macht immer den Eindruck, sehr bemüht gewesen zu sein, bei der Aufklärung beizutragen. Bei Ihnen weiß ich manchmal nicht. Ich möchte Ihnen mal eine beispielhafte Formulierung geben, wo der Herr Michelbach nur seinem Job nachgegangen ist, nämlich Fragen an Sie gestellt hat, so wie wir das alle gemacht haben. Ich lese das so: Sie ärgern sich ein bisschen über eine Anfrage und nennen sie „lang und un schön“. Sie bitten, dass man den Antworten immer mal wieder einen Disclaimer hinsetzt, so dass es ihm, ich zitiere, „Es soll ihm peinlich sein, die Antworten“. Wir machen ja auch nur unseren Job. Deswegen weiß ich nicht, ob das der richtige Stil ist, wenn Abgeordnete ihrem Job nachgehen und Fragen ans Ministerium stellen, dass es ihnen am Ende peinlich sein muss, wenn sie darauf Antworten bekommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber Herr Bayaz, ich glaube: Wenn wir jetzt mal durch Ihre E-Mails durchgehen, die Sie mit Kollegen, Freunden - - Da ist nicht jede so gelungen, wie wenn man sie an die Öffentlichkeit geben würde. Ich gebe zu, ich habe mich geärgert, und zwar darüber, dass mehrfach Fragen nochmal gestellt wurden, die wir schon beantwortet hatten. Und zwar ja nicht eine, wo einem das mal passieren kann. Aber wenn der Eindruck entsteht, dass wir uns sehr, sehr viel Mühe gegeben haben, die vielen, vielen Fragen - - Und Sie wissen das. Herr Toncar hat 21 Seiten Fragen eingereicht - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Die sind aber nicht alle beantwortet wurden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich weiß, ich weiß. Aber das war in +{

Zwischenruf

Zeuge Wolfgang Schmidt: Absolut! Ich beschwere mich nicht. Ich wollte nur sagen - - Wir hatten ja vorhin über Workload geredet - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Alles klar.

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... und wenn dann - - Nein, aber ich will das Ihnen schildern. Wenn dann aber der Eindruck entsteht, dass wir diese Fragen sehr liebevoll und mit großer Detailkenntnis und Freude beantworten und dann werden Sie nicht mal gelesen - -

Zwischenruf

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... dass Sie dann - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kleinstarbeit!

Zeuge Wolfgang Schmidt: ... dass Sie dann aber so das Gefühl haben: Ey! Was ist denn das! Also, wir sind ja auch - - Also das kostet uns ja auch alles Arbeitszeit. Und wie Sie gesehen haben, haben sowohl Kukies als auch ich dann immer persönlich das nochmal gemacht. Da sind auch immer massig Beschäftigte auch noch mit dran. Das ist dann auch so eine Frage, wo ich dann sage: Nee, Leute, dass find' ich jetzt auch nicht mehr in Ordnung. Das mag eine menschliche und falsche Reaktion sein. Es war aber auch nicht gedacht, dass das an die Öffentlichkeit geht. Das ist dann so, wenn man in einem Untersuchungsausschuss alles vorlegt. Ich muss sagen, dass mich manches Verhalten, auch von frei gewählten Abgeordneten, irritiert. Vielleicht gestehen Sie es einem, wenn man gleichzeitig noch ziemlich viele - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich gestehe Ihnen das zu, selbstverständlich - -

4 in Einver-
nehmen
mit Ihnen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung, dass bei der von Liu He erbetenen Liste der deutschen Unternehmen mit Anliegen auch Wirecard dabei war. Da ging es *meinen Erinnerungen nach* aber noch nicht um die Cross Border-Lizenz und das jetzt in Rede stehende Unternehmen AllScore, sondern um vier regionale Lizenzen. Dazu steht ja unter Punkt 30 auch etwas in der Verfolgerliste.

Das war meine Frage. Ich hatte die dunkle Erinnerung, dass es diesen Summit mit Liu He gab. Ich hatte – ganz ordentliches Gedächtnis offenbar an manchen Stellen doch – die Erinnerung an diesen Drahtbericht, wo Wirecard auftauchte. Ich hatte mir aber auch gemerkt, weil als ich Gartzke fragte „Wieso, es ist doch hier alles in Butter mit den Vieren?“, dass dann das Thema – deswegen hatte ich das geschildert vorhin – das Cross-Border-Thema kam. Das war aber alles, wie man auch der Antwortmail von Frau Braun-Werner an Frau Kothé, das ist die zuständige Unterabteilungsleiterin. Die sagt: „Wir haben die Unterlagen nochmal durchgeschaut mit Fokus auf den usw. und so fort und die Vorbereitungen - -“

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist genau das, was die Anfragen quasi - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hat sie einleitend nochmal geschrieben. Aber dann steht eben im Fazit:

Im Fokus standen die Payment-Lizenzen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dort hat die Botschaft im Vorfeld eine Liste mit Petita übersandt. Dort ging es bei Wirecard um die Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen. Das ist der Drahtbericht DKOR vom 16. November, über den wir schon mehrfach diskutiert haben. Dann gibt es 2019. Da ging es nur allgemein um die Öffnung des Finanzmarktes in China. Das sind die Nummer 30, Follow-Up Fachebene, und dann immer wieder Payment-Lizenzen. Das sind die

Verfolgerlisten, wie ich Sie genannt habe, also diese Matrix mit der Monitoring-Liste.

Fazit: Im Fokus standen die Payment Lizenzen für Wirecard. Im Vermerk für St Kukies wurde erstmals die *cross Border Lizenz* genannt.

Das ist ein Vermerk – irgendwie, weiß ich nicht mehr – aus dem Sommer oder sowas 2019, wo ich dann, glaube ich, aufgrund dieser Mail - - Order - - Ich kriege das nicht mehr zusammen. Aber - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber dieser Fokus: Worauf ist das bezogen?

Im Fokus standen die Payment-Lizenzen für Wirecard.

Ist das auf den Finanzdialog zu verstehen? So verstehe ich es.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, es ist auf die Verfolgerliste zu verstehen. Meine Erinnerung war, dass es in der Matrix immer nur um die vier Payment-Lizenzen ging. Dann erinnerte ich das Gespräch und meine Mail an den Finanzvize, wo es ja um Cross-Border-Payment-Lizenzen ging.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann habe ich jetzt Ihre Sicht verstanden. Ich möchte nochmal ein anderes Thema ansprechen. Sie sagten vorhin: Thema BaFin, DPR, das sei nicht mitteilungs-fähig, haben Sie gesagt. Weil ja in Rede stand: Es gibt da so eine Prüfung, und wieso behält man das für sich und erzählt es keinem. Es hätte wahrscheinlich Auswirkungen gehabt, wenn man das berichtet hätte. Das BMF ist bei dem Thema am nächsten dran. Welche Mitteilungspflichten, Mitteilungsmöglichkeiten BaFin, DPR gibt es?

Da würde mich interessieren, wieso man im BMF nicht früher auf die Idee gekommen ist zu sagen: „BaFin und DPR: Wenn da so eine Prüfung läuft, dann ist das das ja vielleicht schlecht für andere Beteiligte, wenn man das für sich behält.“

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe wieder die Schwierigkeit, dass wir in einem Bereich sind,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zwischenruf

Nein, beim legislativen Fußabdruck geht es darum, dass festgehalten wird, wer sich wann dazu getroffen hat. Das ist etwas, was im Moment liebevoll von Einzelnen abgefragt wird. Ich persönlich habe dafür eine große Offenheit, weil ich für Transparenz bin. Es ist nicht so, dass Protokolle von Gesprächen vorgelegt werden. Es tut mir leid, dass mein Gedächtnis so funktioniert, wie es funktioniert. Ich habe eine präzise Erinnerung an präzise Vorgänge, insbesondere wenn ich mich mit denen sehr intensiv beschäftigt habe. Wie Sie sehen, ist das bei Wirecard der Fall. Wenn es um die Frage geht, in einem längeren Prozess zu definieren, an welchem Tag ich das gemacht habe, kann ich das nicht. So funktioniert mein Gedächtnis, Ihres mag anders funktionieren. Dann beglückwünsche ich Sie. Die Menschen sind sehr unterschiedlich.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie mit dem Minister erst nach Insolvenzeröffnung gesprochen haben. Das heißt, vorher nicht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe gesagt in 2020. Ob Insolvenzeröffnung oder KPMG, kann ich Ihnen nicht mehr präzise sagen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wie funktioniert das Monitoring im BMF?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir sind nicht das Stasi-Ministerium, auch wenn wir in einem ehemaligen DDR-Ministerium sitzen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Sie unterstellen mir Dinge, die ich überhaupt nicht gesagt habe. Sie haben erwähnt, dass es eine Monitoring-Liste über die DAX 30-Konzerne gebe. Da wird doch wahrscheinlich laufend berichtet, wenn ein Vorstand wechselt, wenn der Aktienkurs einbricht, wenn irgendwelche Tatsachen da sind. Wenn der Verdacht einer Straftat eintritt und andere Berichterstattungen in der Zeitung sind, dann muss so etwas doch hochkommen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Es scheint ein Missverständnis vorzuliegen. Ich weiß nicht, ob ich mich

unklar ausgedrückt habe oder Sie es vielleicht falsch wahrgenommen haben. Ich habe von einer Monitoring-Liste über den Zweiten Hochrangigen Deutsch-Chinesischen Finanzdialog, ein sogenanntes Monitoring der Outcomes, zu den 34 Punkten geredet. Da geht es darum, dass zu den 34 Punkten festgehalten wird, was in der Ausführung dieser jeweiligen Punkte passiert ist. Da ist zu dem Punkt 30 mit dem Cross Border Payment usw. seit Anbeginn markiert, dass Wirecard im Prozess ist, diese vier Payment-Lizenzen zu bekommen. Da steht, dass das das Monitoring ist. Normalerweise guckt sich das keiner an. Ich habe mir das immer angeguckt. Ich habe deswegen abgespeichert gehabt ~~↳~~ Und wie gesagt, einen Tag, bevor ich die E-Mail geschrieben habe, am 26., habe ich sie abgezeichnet, die damals letzte. Da war es nochmal drin. Deswegen habe ich für mich gesagt, dass Wirecard okay ist. Es läuft. Die hatten sich wegen eines anderen Themas, der Cross Border-Lizenz, gemeldet. Da habe ich gesagt, dass wenn wir das andere im Finanzdialog als Thema hatten, als Abstraktum, nicht als konkretes Thema, dann ist es völlig okay und von dem Rahmen, den wir mit den Chinesen abgesprochen haben, gedeckt. Deswegen meinte ich Stasi. Das wäre Hybris. Wir können nicht alle Unternehmen monitoren. Dafür gibt es die BaFin und alle möglichen Aufsichten. Das machen wir nicht. Das wäre Irrsinn.

H, dass Wirecard da erwähnt ist.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Sie haben einen Profi-Monitor, den Zeitungen lesenden Minister. Sie haben erwähnt, dass er sehr aufmerksam alle Zeitungen liest. Wenn in der Zeitungsberichterstattung etwas von Schwierigkeiten bei Wirecard steht, kommt da kein Gespräch zustande, dass man seinen Staatssekretär mal fragt, ob er sich das anschauen oder prüfen kann, weil man ein schlechtes Gefühl hat? Wenn ich Zeitung lese und irgendwas aus Nürnberg, meiner Heimatstadt, kommt, das mir irgendwie Schwierigkeiten bereiten könnte, frage ich sofort den Oberbürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden, was da los ist und man machen muss. Gab es vorher überhaupt kein Gespräch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe das Problem, dass ich zwar schon sehr lange mit Olaf Scholz zusammenarbeite. Ich war auch schon mal sein



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

persönlicher Referent und Büroleiter, bin das aber schon seit vielen Jahren nicht mehr. Ich weiß es einfach nicht. Sie haben ihn und Kukies demnächst doch auch hier. Wenn ich mich richtig erinnere, steht dazu ein bisschen etwas in der Chronologie drin. In Kleinen Anfragen ist dazu schon ein bisschen etwas gesagt worden.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Sebastian Brehm. Verstehe ich das richtig, dass E-Mails ab einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb des gesamten Bundesfinanzministeriums gelöscht werden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin in der Aktenführung kein Experte. Es ist so, dass es ^{7a} ~~Aktenführungsstellen~~ ^{Hande Stellen} gibt. Da kann Herr Fritz etwas dazu sagen. Alles, was zu verakten ist, wird veraktet. Dazu gehören E-Mails. Das finden Sie in Ihren Unterlagen. Dann wird immer ^{7" r"} zur Akte geschrieben und natürlich auch E-Mails. Die persönlichen E-Mail Postfächer werden sehr unterschiedlich gehandhabt. Heute hatte ich ein großes Problem, weil ich meine Quota exceeded habe. Mein Postfach war zu voll, und ich konnte nicht mehr mailen. Jetzt muss ich etwas löschen oder in Offline-Ordner verschieben. Andere sind sehr rigoros und löschen gleich oder ziemlich schnell alles, was nicht veraktet werden muss.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich höre gerade von meinem Nachbarn, dass das der Wahnsinn sei. Klar, das ist vielleicht etwas anderes, Unternehmen haben für Unterlagen verlängerte Aufbewahrungsfristen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, für Unterlagen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für mich sind in der heutigen Zeit E-Mails wesentliche Unterlagen im Finanzministerium. Das ist letztlich das, woraus wir, wenn es einen anderen Untersuchungsausschuss zu einem anderen Sachverhalt gäbe, unseren Nektar ziehen müssten. Insoweit bin ich da, im Zuge von vielen Möglichkeiten - - Ich bin nicht so weit, als ich noch eine Banklehre machte, vom Mikrofichen zu sprechen. Da gibt es aber genügend Möglichkeiten, verpflichtend und

auch geheim, wenn es private Postfächer sind. Wir sprechen hier aber vom Finanzministerium.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Fritz kann sagen, wie das ist. Es gibt eine Aktenordnung. Das ist doch in jedem Ministerium so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das macht mich auch nicht glücklicher, wenn es in jedem so wäre.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist nichts Außergewöhnliches. Ich kann Ihnen das für meinen Bereich sehr ausdrücklich bestätigen. Um den geht es hier. Ich glaube, dass das bei Kukies auch so ist. Wir haben alles vorgelegt. Wir haben unsere E-Mail Postfächer durchgekämmt. Es gibt dafür Regularien. Das ist in einer ordentlichen deutschen Verwaltung so. Es gibt Bestimmungen, was zu verakten ist. Daran halten sich auch alle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Regularien nach der APAS und gute deutsche Verwaltung, da habe ich dann andere Gedanken. Wenn ich nur an die Geschäftsordnungen denke, und mir niemand sagen konnte, wo die Geschäftsordnung eigentlich herkommt, wo diese fünf Prozent herkommen und wie sie angewendet werden. Da habe ich im Laufe der letzten Wochen nicht den Glauben verloren, denke aber, dass da noch Potential nach oben ist. Vielleicht kann das Herr Fritz kurz erläutern. Ist es tatsächlich so, und wenn ja, nach wie vielen Jahren oder Mega-/Gigabyte im Postfach wird gelöscht?

Robert Fritz (BMF): Man muss unterscheiden, ob es aktenrelevante Vorgänge sind. Die werden der Veraktung zugeführt. Die nicht-aktenrelevanten Vorgänge können gelöscht werden. Es ist so, dass wir aufgrund der Weite der Beiziehungsbeschlüsse Ihnen sehr viele Unterlagen vorgelegt haben und auch weiterhin werden, die über aktenrelevante Vorgänge hinausgehen. Da ist gerade auch der Bereich des Beweisbeschlusses 25 von nicht-aktenrelevanten Stellen ein sehr gutes Beispiel. Fristen gibt es eigentlich nur für aktenrelevante Unterlagen. Bei nicht aktenrelevanten Unterlagen gilt der Grundsatz der Datensparsamkeit. Die muss man sogar ziemlich schnell löschen. Da ist es genau umgekehrt.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer entscheidet, ob es aktenrelevant ist? Entscheidet das derjenige, der selbst diese Mail erhalten hat? Dann könnte ich selbst sagen, dass ich gerade zehn Mails zu Wirecard habe, diese aber nicht aktenrelevant seien.

Robert Fritz (BMF): Das entscheidet letzten Endes die aktenführende Stelle. Es wird dem Fachreferat oder der -abteilung zugeleitet, wenn es aktenrelevant ist, und dann veraktet. Natürlich haben Sie manchmal zehnmal dieselbe Mail im Referat und der - Im Referat spricht man nicht von Federführung, sondern von der Person, die es bearbeitet. Die Person ist dann auch dafür zuständig, dass es veraktet wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann habe ich das soweit verstanden. Gibt es zumindest für den Untersuchungszeitraum, unabhängig von Kenntnisaufnahmen, Gesprächen, Prüfungen, in Ihrem Teilbereich des Finanzministeriums, in Form von organisatorischen Maßnahmen oder Anordnungen, Schlussfolgerungen oder Veränderungen aus der Erkenntnis von Wirecard? Nur bis zum 8. Oktober, Installation unseres Untersuchungsausschusses.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, für meinen Bereich nicht, weil wir nicht mit den Finanzmärkten, der Bilanzkontrolle oder anderem zu tun haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, für Ihren Bereich nicht, und für die anderen fünf könnten Sie zurzeit nichts sagen? Okay. Ich bin durch. Gibt es noch Fragen von den Kollegen der SPD? Nein. Fragen von den Kollegen der FDP? Nein. Kollege De Masi für DIE LINKE?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich stelle meine Fragen an Herrn Schmidt auf Twitter.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da habe ich einen Wettbewerbsnachteil. Es sei denn, Sie entlasten mich irgendwann. Ich habe eine gewisse Zurückhaltungsvorsicht waltend. Das ist ein etwas einseitiges Ding. Ich antworte dir dann privat. Das ist aber unfair. Das gibst du zu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine Fragen mehr. Die Kollegin Paus hat noch jede Menge und macht jetzt weiter.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte ein paar Daten nachfragen. Einiges habe ich nicht mehr ganz präsent. Sie hatten gesagt, dass Sie sich 2019 nicht mit Kukies über Wirecard unterhalten haben. Wenn ich Ihren Eingangsvortrag noch in Erinnerung habe, dann hatten Sie aber sehr wohl mit drin, dass die Deutsche Botschaft den Termin mit Herrn Gartzke im November nicht mehr gemacht hat, nachdem die Kanzlerin in China gewesen war. Weil die Deutsche Botschaft auf Unterlage von Herrn Fuhrmann eingeschätzt hat, dass das im Oktober noch nicht so gut war. Der Kollege Herr Peters war sich nicht sicher, ob Sie diese Information erhalten haben. Sie hatten es in Ihrem Eingangsvortrag aber mitgeteilt. Es war Teil dessen. Deswegen wollte ich wissen, wann Sie darüber erfahren haben. Es klang am Anfang so, als wären Sie im November darüber informiert worden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, das habe ich im Zuge der Aufarbeitung gesehen. Nach meiner Erinnerung habe ich die E-Mail nicht gesehen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war aber in Ihrem Eingangsvortrag, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, klar. Ich hatte berichtet. Das war das Beispiel, das ich bei der Frage berichtet hatte, dass ich mich dahin gewandt hatte, ganz am Ende, was zu unterscheiden ist: Januar/Februar Vorwürfe der FT, und Oktober Vorwürfe der FT. Dann hatte ich als Beispiel erwähnt das, was jetzt öffentlich bekannt ist, weil ja auch in der Spiegel-Berichterstattung, dass der zweite Finanzreferent, der von der Bundesbank kommt, Herr Fuhrmann, gesagt hat, dass man jetzt Abstand nehmen sollte. Ich hatte darauf hingewiesen, weil das ja durcheinander ging, in der Unterstellung, Berichterstattung, was auch immer: Seht Ihr, es gab ja aufrechte Beamte, die das wussten. Daraufhin hatte ich gesagt, dass immer zu gucken ist, zu welchem Zeitpunkt das war. Es war nach der Reise der Kanzlerin und nach meiner Mail.

7 - rd

7 -

Hessen
7 und
TV
PS
L m
lassen



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht so genau. Da müsste ich nochmal draufgucken. Meistens ist es zugeordnet worden. Das war bei Wirecard anders. Deswegen habe ich das ausdrücklich nochmal gesagt. Das ist ein Unterschied gewesen. Deswegen hatte ich auch vorhin erläutert, dass wir uns zu einzelnen Punkten sehr detailliert mit den Unternehmen und den Kollegen, zum Teil auch ich selber, zum Beispiel mit Bäte von der Allianz, ausgetauscht haben, was genau sie im Finanzdialog als Passus brauchen. Und deswegen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie einzeln mit den einzelnen Unternehmen gemacht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mit Bäte habe ich Ihnen ja geschildert. Dort habe ich das gemacht. Normalerweise wird es auf der Fachebene gemacht. Dann gibt es hin und wieder mal - - Bei Bäte war das zum Beispiel der Fall, dass ich gesagt habe: Haben wir das so gelöst, wie das für die dann auch hilft? Wir hatten ein Interesse daran, dass die Allianz die Möglichkeit bekommt, in ganz China diesen sehr großen Markt für Versicherungen mit sich zu erschließen. Deswegen hatte ich das geschildert. Das ist ein Vorgehen für ein Unternehmen, auch ein DAX 30, gewesen. Etwas Vergleichbares hat es mit Wirecard Null gegeben. Es bestand keinerlei Kontakt von mir mit Wirecard, soweit ich sehen kann, auch von keinem anderem im Vorfeld oder im Zusammenhang des Finanzdialoges, das erste Mal durch diesen Anruf von Gartzke deutlich später, am 22. Juni dann die Mail.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Zeit ist um. Ich frage erstmal, ob der Wunsch nach einer weiteren Runde besteht. Ich frage die Kollegen der CDU/CSU. Die Kollegen der SPD. Kollege Dr. Toncar? Kollege De Masi? Dann geht es weiter.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankeschön. Bäte hatten Sie benannt. Bei den anderen sagten Sie, dass es nicht auf Ihrer Ebene, sondern auf der Fachebene gewesen sei.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mal auf der Fachebene. Ich weiß aber auch, dass sich noch Holle mit einem Angestellten von der Deutschen Bank ausgetauscht hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lief aber nicht mit Ihrem Kollegen Kukies?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Er war dann in cc, wenn Holle mir das geschickt hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das galt für alle sechs? Sagen wir mal, wir gehen davon aus, dass es sechs waren.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nur ein Beispiel, was mir erinnerlich ist, weil ich das gesehen habe, nochmal herausgegriffen. Das ist auf sehr unterschiedlichen Ebenen gelaufen, in der Regel aber nicht auf Chefebene. Das wäre übertrieben. Der zweite Teil war der Zugang über den Finanzreferenten. Ich hatte vorhin geschildert, dass das aus der Botschaft zuffloss. Die haben das Monitoring vor Ort. Die DAX 30-Konzerne haben ja Tochtergesellschaften in China, die dann auch eigenverantwortliche Managerinnen und Manager haben. Die wiederum mit der Botschaft den Austausch pflegen. Die adressieren ihre Probleme direkt bei der Botschaft. Dann gibt es andere, die auch wieder hochagggregieren und das über/Headquarter in Deutschland machen. 7 das

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das mit dem cc bei Ihrer Korrespondenz mit Gartzke auch so? War Herr Kukies auch in cc?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Da war meine persönliche Referentin cc.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab von Ihnen auch eine Mail zur People's Bank of China, worauf es keine Antwort gab.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nicht von mir. Ich hatte aus der Erinnerung aus den Aktenvorlagen des Auswärtigen Amtes von dem Fuhrmann, der in der Botschaft berichtet, zitiert.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben intensiv Herrn zu Guttenberg zugehört. Er hat insbesondere zwei Aussagen getätigt. Erstens: dass er sehr wohl wahrgenommen hat, dass ein sehr hohes Interesse des Finanzministeriums an der Frage Markteintritt von Wirecard besteht. Sie haben die ganze Zeit Wert darauf gelegt, dass das nicht so sei. Trotzdem hat Herr Guttenberg das so gesagt. Sie hatten mit ihm direkt nichts zu tun. Sagen Sie, dass das eine Fehleinschätzung ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kenne die Aussage nicht. Es wundert mich etwas, weil ich Ihnen nur berichten kann, dass auf meiner Ebene, auf der Ebene des Ministers, nein. Die Genese, die ich Ihnen geschildert habe, die ich mir extra nochmal angeguckt habe, spricht ein bisschen dagegen. Kann ich vielleicht noch kurz etwas sagen? DB, KfW, Munich Re, Ergo. Ich versuche, die Liste durchzugehen. Dann sind das aber auch viele politische Themen: IWF-Quotenreform, G20 BEPS-Prozess, G20, die Koordinierung Eminent Persons Report zur Reform der multilateralen Entwicklungsbanken, AIB. Das ging munter durcheinander. Euler Hermes war auch noch ein Thema. Das ist ein uraltes Thema, was Euler Hermes als Problem hat. Die Deutsche Börse mit CEINEX gibt es auch noch. Das sind die, die ich beim schnellen Durchblättern sehe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein weiterer Punkt, der zu Guttenberg sehr wichtig war. Er sagte, dass es völlig klar sei, dass bei großen Unternehmen der Markteintritt in China nicht ohne politische Unterstützung seitens der Bundesregierung geht, insbesondere im Finanzmarkt-bereich, weil der superreguliert ist. Da geht ohne den Stempel der Bundesregierung gar nichts, die unterstützen, dass diese Unternehmen in dem Bereich tätig sind.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte versucht, das zu schildern. Ob gar nichts geht, ist eine sehr absolute Aussage. Einige sind auch so aktiv und erfolgreich. Dieses Problem der unterschiedlichen Marktzugangsmöglichkeiten, die wir in China und Europa, auch in der Bundesrepublik haben, ist eines. Es ist auch meine Erfahrung, dass man im Umgang mit China immer wieder die politische Ebene benötigt. Das auch, weil die KP China

überall sitzt. Insofern haben wir den Finanzdialog genau aus diesem Grunde auch gemacht, so dass wir die Marktöffnung, die alle G7-Staaten haben wollen, auch hinkriegen. Das ist auch eine Frage der Fairness. Da wird mit China sehr viel politisch und öffentlich diskutiert.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen aber, dass Sie sich für alle gleich eingesetzt haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Es ist immer die Frage, was die brauchen und wo man helfen kann. Ich kann Ihnen ein Beispiel schildern. Wir hatten in Hamburg die CESL, die China European School of Law. Das ist ein Zusammenschluss europäischer Hochschulen. Konsortialführer ist die Uni Hamburg. Da ging es um einen Rechtsstaatsdialog mit chinesischen Partneruniversitäten. Irgendwann fing der Parteisekretär in der Partneruniversität an, die Europäer herauszudrängen. Er wollte von Rechtsstaat nichts mehr hören. Er wollte nur noch Kaderjuristen. Wir haben gesagt: Das war nicht die Verabredung. Dann bin ich mehrfach hin, habe den EU-Botschafter und den deutschen Botschafter eingeschaltet und mit denen Streitgespräche geführt. Wir sind nicht weitergekommen. Irgendwann haben wir es so hocheskaliert, dass der damalige Kommissionspräsident Barroso das mit dem damaligen Präsidenten Hu, glaube ich, oder so, war das noch, angesprochen hat. Nur dann sind wir diesen Parteisekretär losgeworden. Das zeigt: selbst mit Botschaftereinsatz und ich als Staatsrat und Konsortial usw. – wir kamen nicht weiter. Es musste tatsächlich auf die Ebene Barroso und dem chinesischen Präsidenten eskaliert werden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ging es jetzt nicht darum - - Rechtsstaatsdialog, und auch in allen anderen Fragen, Marktöffnung usw. – da versteh ich das. Mir ging es jetzt um den Einsatz für konkrete Unternehmen. Nicht um allgemeine Regulierung, sondern um die Frage, wie stark setze ich mich für deutsche Unternehmen ein. Und inwieweit schaue ich auch nochmal, inwieweit deutsche Unternehmen und deutsche Interessen immer komplett deckungsgleich sind, oder ob es auch wichtig ist, sich zu überlegen, in-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wieweit es Standards geben sollte. Das heißt, inwieweit die Interessen der deutschen Regierung immer eins zu eins deckungsgleich mit den Interessen der Unternehmen sind. Gibt es irgendwelche Standards oder Kriterien? Meinen Sie nicht, dass diese entwickelt werden sollten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht. Standards: Ich glaube, das ist eine Einschätzungsfrage, die am Ende eine Kanzlerin, ein Wirtschaftsminister, ein Außenminister trifft. Sie können gleich Herrn Röller befragen, wie das im Standardverfahren läuft. Ich kenne das bei Delegationszusammensetzungen zum Beispiel so. Da ist das häufig in enger Verbindung mit den Ländervereinen und dem BDI so. Mit denen wird geguckt, welche Unternehmen ein Interesse haben, und welche ein Problem haben, das nur staatlich mit Intervention, das das mal erwähnt wird im Angesicht des Präsidenten. Dann wird es hinterher gelöst, weil es dann so aufgefasst wird, dass es eine Problemlösung gibt. Ich bin nicht sicher, ob uns ein Set von Regeln helfen würde. Am Ende bleibt es immer eine Ermessensentscheidung. Am Ende bleibt es eine Entscheidung der Kanzlerin, des Wirtschaftsministers, des Außenministers: Nehme ich mit oder nicht. Die Delegationslisten werden dann nochmal vorgelegt. Das ist in einem Prozess, wo die Ländervereine, also die Wirtschaftsverbände, Lateinamerika-Verein, Ostasia-Verein, Ostausschuss der Wirtschaft oder BDI-Lateinamerika, sich kümmern und je nach Interessen die Vorschläge machen. Das gehört zu den üblichen Verfahrensweisen aller Bundesregierungen, seit sie fliegen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich frage die CDU/CSU, SPD, ich nicht, Kollege De Masi? Nein. Frau Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es je bei den vielen Fragen zur Finanzmarktöffnung eine Rolle gespielt, dass der Finanzmarkt auch eine kritische Infrastruktur ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Der Finanzmarktöffnung in Deutschland? Der ist geöffnet.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der in China.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, nicht dass es mir untergekommen wäre. Das ist immer das Spannungsverhältnis. Wir haben als westliche Industrienation ein großes Interesse daran, dass die Märkte geöffnet werden. Das mag aus der Sicht Chinas manchmal anders sein. Wir beharren nur ein bisschen auf einem Level Playing Field, also Reziprozität. Wenn wir das machen, sollen die es auch machen. Jedes Land hat die Möglichkeit, für sich selber zu entscheiden, dass es bestimmte Bereiche von der Liberalisierung ausnimmt. Die Schwierigkeit ist nur dann, wenn es gleichzeitig die Liberalisierung bei anderen nutzen möchte. Im chinesischen Bereich haben wir die große Schwierigkeit, dass wir durch dieses etwas hybride Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell gleichzeitig auch viele Staatsunternehmen haben. Die Chinesen haben zum Teil auch den Wunsch, deswegen ja auch der eigene Wunsch nach Öffnung, in einzelnen Bereichen etwas effizienter zu werden. Am Ende, so wie wir uns zum Beispiel auch entschieden habe, bei 50 Hertz zu sagen, dass das kritische Infrastruktur sei, und wir lieber wollen, dass das in deutscher oder europäischer Hand bleibt, auch das Außenwirtschaftsgesetz zu ändern, was die Schwellen anbelangt. Der chinesische Staat ist sicherlich einer der härtesten, was Nichtzugänge anbelangt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir sehr wohl bekannt. Deswegen meine Frage, inwieweit es irgendeinen Austausch zwischen Ihnen als Finanzministerium und ggf. dem Verteidigungs- und Innenministerium sowie dem Bundeskanzleramt zu den sicherheitspolitischen Fragen gegeben hat.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir tauschen uns zu den sicherheitspolitischen Fragen ständig aus. Da es hier um die Frage der Marktöffnung in China geht, wüsste ich nicht, warum das ein Problem für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sein sollte. Gerade der Sicherheitsbereich und auch der Umgang mit - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn deutsche Unternehmen in Form von Zugang zu Daten tätig werden, dann gibt es schon auch Rückverfolgung. Es ist also kein Thema gewesen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine letzte Frage. Sie sind für die internationale Zusammenarbeit zuständig. Es gibt auch internationale Zusammenarbeit im Bereich Geldwäsche. Waren Sie da in den letzten drei Jahren unterwegs?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dafür ist Herr Kukies zuständig, weil die FATF mit Herrn Pleyer auch zuständig ist. Das ist der Strang VII A. Wir diskutieren bei G7 und G20 immer wieder. Da ist der FATF-Präsident auch dabei. Auch da ist es so, wenn wir bei G7- oder G20-Kommuniqués Themen haben, die den Bereich FATF oder FSB anbelangen, wird das von den Kollegen aus der VII vorbereitet. Deswegen ist dann zum Beispiel bei Delegationsreisen häufig auch Holle mitgewesen oder in Zukunft Frau Wimmer.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind auch nie auf Wirecard angesprochen worden, international?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Ich gehe davon aus, dass sich an den Wünschen, Fragen zu stellen, zu den vorvorletzten Runden nichts geändert hat. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen, ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung. Ich darf mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich wünsche Ihnen einen guten Tag oder eine kurze Nacht, wie Sie es wünschen. Ich wünsche, wie allen Kolleginnen und Kollegen zu vorgerückter Zeit im Dezember, eine schöne Vorweihnachtszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und kommen Sie gesund durch die Zeit.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Vorsitzender, ganz herzlichen Dank! Das wünsche ich Ihnen auch. Ich freue mich auf die Fortsetzung, ob auf

Twitter oder wo auch immer. Ihnen, Herr Hauer, wünsche ich noch einen guten Geburtstag, hoffentlich auch im Kreise noch netterer Menschen als hier in diesem Kollegenkreise. Jetzt viel Spaß mit Herrn Rölller.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Unter uns Hamburgern sage ich einfach Tschüss. Dann bin ich bei den Obleuten herumgelaufen. Herr De Masi hatte auch gewünscht, dass wir uns kurz darüber beraten, wie wir diesen jungen Tag weiter gestalten wollen. Das müssen wir nicht öffentlich tun. Ich würde die Technik bitten, uns offline zu stellen. Ich kann nicht erkennen, dass nicht berechnete Personen, außer dem Kollegen Schmidt, im Raum sind. An der Stelle bitte nicht mehr rudeln. Wir haben zu viel schöne Zeit miteinander verbracht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Keine falsche Hektik, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin tiefenentspannt. Ich sehe ein Frühstück, von Dr. Toncar finanziert, auf mich zukommen.

(Unterbrechung von 3.31 Uhr bis 3.43 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben in der Beratungssitzung einen Beschluss gefasst. Angesichts der fortgerückten Zeit und der Wichtigkeit der Zeugen und eines vernünftigen Umganges mit den Zeugen, haben wir beschlossen, für heute, wenn ich mit den Ausführungen fertig bin, die Beweisaufnahme zu schließen. Wir haben uns darauf verständigt, für die Zeugen und etwaige Rechtsbeistände, die dort sind, am 12.1.2021 um 16 Uhr mit der Zeugenvernehmung Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller, dem Kollegen Michael Langenbrinck und Ole von Beust diese Zeugenvernehmung fortzusetzen. Für heute möchten wir an dieser Stelle beenden. Die Zeugen sind für heute entlassen. Ich bitte, das den Zeugen mitzuteilen. Nichtsdestotrotz möchte ich mich bedanken, dass Sie bis jetzt um 3.45 Uhr hier bei uns zugegen oder auf dem Sprung waren und sich bereitgehalten haben. Ich möchte den Zeugen und den Rechtsbeiständen vom Ausschuss eine gute Weihnachtszeit und einen guten